

**Pressespiegel zum
Votum der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes
„Aufarbeitung der SED-Diktatur“**

06.05.06-1.06.06

31.05.06 Tagesspiegel

Werner van Bebber

CDU vermisst den emotionalen Zugang zur Mauer

Geschichtspolitiker halten das Gedenkstätten-Konzept des Kultursenators nur für begrenzt tauglich Spitzenkandidat Pflüger plädiert mit Flierl für den Ausbau der Erinnerungsstätte an der Bernauer Straße

Die Gefühle für die Opfer der Mauer haben in Berlin keinen Ort. Es gibt Mauerrelikte, Museen, Gedenkstätten. Doch es fehlt ein Denkmal, das an die Todesgrenze mitten in der Stadt erinnert: So ungefähr lässt sich die Meinung derer zusammenfassen, die sich in der Berliner CDU mit dem Mauergedenken und der Geschichtspolitik befassen. Die CDU-Geschichtspolitiker haben am gestrigen Dienstag mit ihrem Spitzenkandidaten Friedbert Pflüger und einigen Fachleuten die Pläne des Senats und eigene Vorschläge diskutiert. Pflüger war danach in einem Punkt der Meinung von Kultursenator Thomas Flierl (PDS): Die Mauergedenkstätte Bernauer Straße soll „als zentraler Gedenkort“ aufgewertet und ausgebaut werden.

Davon abgesehen, ließen die CDU-Politiker und zwei der vier Fachleute nicht viel Gutes am Konzept des Senators. Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, erinnerte an den großen Zuspruch des Mahnmals mit den tausend Kreuzen am Checkpoint Charlie. In Flierls Konzept fehle ein Ort, der an das tödliche Grenzregime erinnere, und zwar „so leicht verständlich“, dass er einem Millionenpublikum gerecht werde.

Darin steckt die Erkenntnis, dass viele Berlin-Besucher in der Stadt die Spuren des 20. Jahrhunderts suchen. Flierls Konzept biete, was die Mauer angeht, nur „Verharmlosung“ und „Irreführung“, sagte Knabe. Das zeige sich gerade an dem Vorschlag, die Gedenkstätte in der Bernauer Straße ins Zentrum des Mauerkonzepts zu stellen. Sie habe bis jetzt nicht funktioniert, weil sich dort „die Tödlichkeit“ des Grenzregimes nicht erschließe, sagte Knabe, und die geplante Erweiterung werde die Probleme nicht lösen.

Was Christiane Lauer von der Mauergedenkstätte natürlich nicht akzeptieren konnte. Nicht allein die 56 000 Besucher (bis April) zeigten, dass die Leute die Gedenkstätte angenommen hätten, sagte sie. Man werde bei der geplanten Erweiterung auch den gewünschten emotionalen Zugang schaffen: So soll ein „begehbare Totenbuch“ mit den Lebensläufen der an der Grenze Erschossenen die Art von Erinnerung möglich machen, die das Mahnmal am Checkpoint Charlie geschaffen hatte.

Das Mahnmal mit den Kreuzen war, das zeigte sich wieder, eine Provokation für die Politik. Andere Provokationen müssen folgen, geht es nach Jochen Staadt vom Forschungsverbund SED- Staat an der Freien Universität. Er fühle sich derzeit an 1962 erinnert. Damals hätten junge Leute, die nach der NS-Zeit gefragt hätten, zu hören bekommen, sie sollten nicht alles glauben, was über Nazi-Gräuel erzählt werde: Unter den Nazis habe es keine Arbeitslosigkeit gegeben, und die Kraft-durch-Freude-Ferien seien schön gewesen. „Immer frecher“ erinnerten heute andere an ähnliche Errungenschaften der DDR, sagte Staadt. Sein Kommentar zur Flierls Konzept gleicht einer Mängelliste: Zum Mauergedenken gehöre Erinnerung an den Nachkriegs- Terror der Sowjets, Erinnerung an verschleppte, in Moskau erschossene West-Berliner, Erinnerung an die Funktion West-Berlins im Kalten Krieg, Erinnerung an die Fluchtwellen aus der DDR. Für all das stehe Berlin – und doch drohe alles der Geschichtspolitik aus dem Blick zu geraten.

29.05.06 Der Tagesspiegel

Martin Sabrow

Das letzte Donnern. Erinnerungsland DDR: zum Streit um die Empfehlungen der Expertenkommission / Von Martin Sabrow

Am Anfang war die Skepsis: Wie sollte eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern, Publizisten und Museumsfachleuten für die DDR-Aufarbeitung das leisten können, was für die NS-Aufarbeitung gerade erst krachend misslungen war: der Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Geschichtspolitik in bezug auf die DDR-Vergangenheit eine konzentrierte Orientierung zu liefern? Wie sollte sie eine gemeinsame Empfehlung zustande bringen, die das schon Geleistete würdigt, aber auch nicht bloß fortschreibt, die wenig kostet und doch viel bewirkt und dabei möglichst auch noch die Spaltung in den Köpfen der erinnerungskulturell noch keineswegs vereinigten Republik überwinden hilft?

Dass sich am Ende neun von zehn Kommissionsmitgliedern auf eine Empfehlung einigten und das einzige Sondervotum lediglich allgemein ein offensiveres Instrumentarium der Aufarbeitung forderte, hat die Beteiligten selbst überrascht. Das Geheimnis des Konsenses lässt sich dennoch leicht entschlüsseln: Es bestand in der Bereitschaft der von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss eingesetzten Arbeitsgruppe, sich Zeit und Raum zu schaffen, um einander zuzuhören. Um Sichtweisen gegeneinanderzuhalten und zugleich unbeirrt am gemeinsamen Ziel einer multiperspektivischen und institutionell gestärkten Darstellung der zweiten deutschen Diktatur festzuhalten.

Die Kommission, deren Zusammensetzung das Spektrum der DDR-Aufarbeitung im Kleinen abbildete, gelangte zu einem gemeinsamen Ergebnis, weil sie mehr auf die stille Macht des Arguments gab als auf das schlagende Argument der Deutungsmacht. Vielleicht verführte sie dies zu der Annahme, dass sich in der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit ein allmählicher Akzentwechsel bemerkbar mache: weg von der tagespolitischen Kampfdebatte hin zu einer kritischen Historisierung und einer Differenzierung der Perspektiven. Auch Historiker können bekanntlich irren. Aber so energisch von der stürmischen Reaktion auf das eigene Papier dementiert zu werden, hat in der Kommission wohl kaum jemand vorausgesehen. Wie ist der mediale Aufruhr um die Empfehlungen zur DDR-Aufarbeitung zu verstehen, der ungeachtet ihrer mehrheitlich sehr freundlichen Aufnahme in die Deutungskämpfe der ersten Jahre nach dem Untergang des SED-Staates zurückzuführen scheint?

Zum einen liegen mancher Abwehr offenkundige Missverständnisse zugrunde. Anders als in einzelnen Vorab-Stellungnahmen zu lesen war, befürworten die Empfehlungen keine Zentralisierung der Auseinandersetzung mit der DDR und sprechen sich schon gar nicht für ein ‚Aufarbeitungskombinat‘ aus. Vielmehr schlagen sie eine Mehrdimensionalität von Aufarbeitungsbereichen vor. Mit ihr soll auch für das Thema ‚Überwachen und Verfolgen‘ eine dauerhafte Stärkung regionaler und lokaler Gedenkstätten und Lernorte erreicht werden – durch Verbundlösungen, Kooperationen und einen zentralen Ansprechpartner, der bei Mitteleinwerbung oder Projektanträgen Hilfestellung leisten kann. Die polemische Rede von der ‚Monsterbehörde‘ ist absurd. Die Empfehlungen beziehen im Gegenteil das formelle, aber zeitlich noch nicht festzulegende Ende der BIRTHLER-Behörde ein. Und sie skizzieren für die MfS-bezogenen Gedenkstätten in Hohenschönhausen und Lichtenberg drei unterschiedliche Lösungen: von der vorläufigen Eingliederung in die BIRTHLER-Behörde bis zur völligen Abkopplung.

Es ist aufschlussreich, dass gerade die lauteste Kritik gleichzeitig eine härtere Zeichnung der SED-Diktatur und die rasche Abschaffung der BIRTHLER-Behörde fordert. Offenbar ist es das Schicksal von öffentlichen Expertisen, dass sie zunächst politische Beißreflexe auslösen und Konkurrenzgefühle wecken. Die ‚Weichspülung der harten Fakten‘ beklagte ein Berliner Kulturpolitiker, der das Votum offenbar nicht genau gelesen hatte. In der ‚FAZ‘ sah ein Kritiker gar eine unbändige Selbstbedienungslust der Kommissionsmitglieder am Werk und

stellte den Vorsitzenden als eine Art Gedenkmogul von Gnaden der PDS hin. Ein anderer interessierter Streiter pries es gar als Glücksfall, dass der neue Kulturstaatsminister die Umsetzung der Empfehlung schon verhindern werde, und hoffte gleich vernehmlich auf die Beauftragung besserer Fachleute.

Hinter diesem vordergründigen Streit verbirgt sich jedoch eine tiefere Erschütterung. Sie stellt einen in den letzten zehn Jahren ausgeformten DDR-Erinnerungskonsens in Frage, der fälschlich für stabil gehalten wurde. Stil und Tonlage des Streits erinnern an die Debatten der frühen neunziger Jahre um die Zukunft der vergangenen DDR. Diesmal aber wird die Auseinandersetzung nicht innerhalb der Geschichtswissenschaft geführt, auch sind ehemals systemverbundene Intellektuelle und DDR-Historiker kaum beteiligt. Stattdessen haben wir es heute mit einem mehrfach gespaltenen Milieugedächtnis zu tun, in dem voneinander abgeschottete Bilder der DDR-Vergangenheit nebeneinander stehen. So lässt sich etwa von einer politisch dominanten „Revolutionserinnerung“ sprechen, die die DDR als einen im Herbst 1989 mutig überwundenen Unrechtsstaat konturiert. Schon die den Begriff der friedlichen Revolution gern meidende Alltagssprache im Osten der Republik deutet die parallele Existenz einer weitverbreiteten „Wendeerinnerung“ an, die sich mit der Spaltung von öffentlichem Geschichtsbild und individueller Erfahrung abgefunden hat. Erst der jüngste skandalöse Auftritt ehemaliger Stasi-Offiziere in Berlin machte daneben die feste Verankerung eines gut organisierten Milieugedächtnisses früherer DDR-Eliten deutlich, in deren geschichtsrevisionistischer Erinnerung die DDR als Normalstaat und die Vereinigung als koloniale Unterwerfung erscheint.

Der Zusammenprall dieser drei historischen Parallelwelten gewinnt an Härte, weil es nun um die Deutungshoheit im Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis geht. Die fachhistorischen Schlachten um den Charakter der untergegangenen DDR haben dabei an Intensität verloren – leider aber auch an Orientierungskraft für die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit.

So konnte die Frage des „Alltags“ in der DDR nur deshalb zum Reizwort werden, weil die DDR-Vergangenheit in ihrer Janusgesichtigkeit zwischen gewollter Modernität und gewordener Monstrosität noch weit von dem gemeinsamen öffentlichen Gedächtnisplatz entfernt ist, den die NS-Zeit in unserem Geschichtsbild gefunden hat. Natürlich zielt das Votum der Kommission nicht auf die verklärende Erinnerung. Im Gegenteil: Gerade um einer ‚ostalgischen‘ Alltagsverklärung entgegenzutreten, benötigt die Erinnerungslandschaft Orte, an denen Regimecharakter und Lebenswelt zusammenkommen und die tagtägliche Anpassung, Auflehnung, Begeisterung und Gleichgültigkeit fassbar werden. Dass diese selbstverständliche Erkenntnis der Zeithistorie öffentlich so schwer zu vermitteln ist, kennzeichnet die gegenwärtige Debatte, die in ihrer Entgegensetzung von vermeintlichen Weichspülern und Hartmalern ein anachronistisches Duell austrägt. Denn mittlerweile ist unumstritten, dass das kommunistische Experiment in Ostdeutschland eine überwundene Diktatur darstellt, deren Wiederkehr auch der verklärteste Blick zurück sich nicht ernstlich erträumt.

Insofern lässt sich die Heftigkeit der Debatte um die Zukunft der Aufarbeitung auch als letztes Donnern eines nun bald endgültig abziehenden Erinnerungsgewitters verstehen. Dieses Gewitter könnte die Luft der Aufarbeitung reinigen – für einen offeneren Diskurs über unsere geteilte Vergangenheit des letzten Halbjahrhunderts.

Der Autor ist Vorsitzender der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Er ist Professor für Neueste und Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung.

Interview: Renate Oschlies

"DDR-Alltag - das war nicht nur die private Idylle". Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) über die umstrittenen Expertenvorschläge zur Aufarbeitung

Herr Kulturstaatsminister, eine Expertenkommission hat gerade ein Konzept zum Umgang mit der DDR-Geschichte vorgelegt. Die empfiehlt, sich mehr dem Alltag in der SED-Diktatur zuzuwenden sowie eine stärkere wissenschaftliche Durchdringung. Beides hat umgehend Kritiker auf den Plan gerufen.

Ja, wir haben jetzt eine sehr erhitzte Debatte. Die einen fürchten, wenn das normale Leben mehr ins Blickfeld genommen wird, würden die Schrecken der Diktatur weichgespült. Andere glauben, die bestehenden Gedenkstätten, Museen und Archive sollten nun alle hochwissenschaftliche, blutleere Einrichtungen zur Wissensvermittlung werden. Hier werden Widersprüche gesehen und eine Neuausrichtung der Aufarbeitung, die so wohl gar nicht gemeint ist. *Wie soll das Erinnerungsbild der DDR aussehen?*

Vielschichtig. Es ist wichtig, die politische Verantwortung der Täter zu zeigen, ebenso - mit dem zunehmenden Abstand - die Geschichte weiter wissenschaftlich aufzuarbeiten und zu erforschen, wie die Menschen in dem Unrechtssystem gelebt haben. Beide Aspekte sind gleichermaßen wichtig, sie sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Was kann der zumeist triste Alltag der Menschen in der DDR an Erkenntnissen bescheren?

Ich glaube, den Alltag in der DDR vertieft zu erforschen, bietet die große Chance, noch nicht ausreichend beantworteten Fragen nachzugehen: Wie funktionierten die Mechanismen der SED? Wie konnte sich ihre Diktatur über Jahrzehnte halten? Warum und wie haben sich die Menschen mit dem System arrangiert? Warum haben so viele mitgemacht und andere nicht? Wie entwickelte sich die Bürgerrechtsbewegung? Das alltägliche Leben einzubeziehen, heißt ja nicht, nur eine private Idylle zu zeigen. Es geht doch gerade darum, dieses Feld nicht denen zu überlassen, die verharmlosen und - wie nach dem Zusammenbruch jeder Diktatur - nostalgisch an das vermeintlich normale Leben erinnern nach dem Motto: "Was war denn? Wir haben gelacht und geweint, uns verliebt und gefeiert."

Dies ist eine Seite. Was soll mit den Gedenk-Orten geschehen, die für Verfolgung und Unterdrückung stehen?

Es ist wichtig, diese Orte wie das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen oder den Sitz von MfS-Chef Mielke in der Normannenstraße zu erhalten als das, was sie sind - als Zeugnisse für eine unselige Zeit. Hohenschönhausen etwa steht für Unmenschlichkeit, Haft, Unterdrückung, Folter. Das soll keine primär wissenschaftliche Einrichtung werden und sicher auch kein Museum für Alltagskultur. Es soll nachfolgenden Generationen ein anschauliches, authentisches Bild geben über Repressionen in einer Diktatur.

Sie haben das Papier der Expertenkommission einen Gedankenbaustein genannt für ein Konzept zur Gedenkstättenförderung der beiden deutschen Diktaturen. Beschreiben Sie uns doch bitte die Umriss dieses Gebäudes

Es geht, was die DDR-Diktatur betrifft, darum, die verschiedenen Einrichtungen, die sich mit dem SED-Unrecht beschäftigen - wie Museen, Gedenkorte in verschiedenen Bundesländern sowie die Birtler-Behörde und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur - in einen übergeordneten Gesamtrahmen zu stellen und sie zu vernetzen. Wir wollen festlegen, welche Stätten der Bund wegen ihrer besonderen nationalen Bedeutung fördern soll, welchen Investitionsbedarf es gibt, wie das alles konzeptionell geordnet werden kann, damit es langfristig Bestand hat.

Wie sehen Sie die Zukunft der Birtler-Behörde?

Irgendwann werden ihre Akten durchforstet und archiviert, die Regelanfragen und die Akteneinsicht der Bürger abgearbeitet sein. Es spricht vieles dafür, die Akten dann dem Bundesarchiv zu übergeben. Was mit dem Forschungsteil und seinem besonderen Know how ge-

schiebt, ist zu klären - einschließlich der Rolle, die die Stiftung Aufarbeitung dabei spielen soll.

Ist also eine baldige Auflösung der Stasi-Unterlagen-Behörde in Sicht?

Das ist eine längerfristige Perspektive, über die ja gerade in Verbindung mit dem Experten-votum zu reden sein wird. Zunächst setze ich mich für eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ein, die eine Anfrage zur Stasi-Mitarbeit für besondere Personengruppen wie etwa Abgeordnete auch über das Jahr 2006 hinaus ermöglicht. Zum anderen unterstütze ich ein Pilotprojekt, mit dem im Herbst 89 zerrissene Stasi-Unterlagen aus zunächst 400 von insgesamt 16 500 Säcken mit einem Computersystem rekonstruiert werden sollen. Dafür sind insgesamt sechs Millionen Euro im Haushalt für 2007 und 2008 bereits vorgesehen.

Halten Sie eine Konzentrierung der DDR-Aufarbeitung auf drei Themengruppen mit jeweils einem zentralen Ort für sinnvoll?

Es ist sicher richtig, dass Einrichtungen zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen austauschen. Aber es ist ein Unterschied, ob man zentralisiert oder vernetzt. Für eine Vernetzung bin ich. Aber die Absicht, etwa einen authentischen Gedenkort wie Hohenschönhausen in eine Behörde zu integrieren, lehne ich ab. Hohenschönhausen darf man nicht unterpflügen.

Sie wollen Ende des Jahres ein Gesamtkonzept vorlegen. Was geschieht bis dahin?

Es wird noch diverse Anhörungen geben, und ich möchte alle mit der Aufarbeitung befassten Gruppen an den Tisch bringen, auch die Opferverbände. Dann werden wir sehen, welche der abgegebenen Vorschläge übernommen beziehungsweise welche Alternativen erarbeitet werden. Entscheiden wird am Ende das Parlament.

26.05.06 Frankfurter Allgemein Zeitung

Hubertus Knabe (Leserbrief)

Nicht entzogen

Zum Artikel „Meine DDR – Vorab zerpfückt: Das Gedenkstätten-Gutachten“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 11. Mai): Als Direktor der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen hatte ich in der „Welt“ das Votum einer Expertenkommission zur Neuordnung des DDR-Gedenkens zu beurteilen. Dabei habe ich zunächst auf die umstrittene Genese der Kommission hingewiesen – es saßen darin weder Vertreter von Opferverbänden noch konservative Historiker. Statt sich mit Argumenten auseinanderzusetzen, versucht Regina Mönch an der Reputation des Autors zu kratzen – leider mit unrichtigen Behauptungen: Anders als sie schreibt, wurde mir nicht der Auftrag „entzogen“, eine faktengesicherte Ausstellung in Hohenschönhausen aufzubauen. Das Haus der Geschichte soll vielmehr im Auftrag der Gedenkstätte das von mir entwickelte Konzept umsetzen. Die Gedenkstätte verfügt auch sehr wohl über einen Katalog („Der verbotene Stadtteil“, Berlin 2004), von dem bereits Tausend Exemplare verkauft wurden. Daß der Besucherfilm „grobe Fehler“ enthalten würde, ist insofern eine erstaunliche Behauptung, als er vom wissenschaftlichen Beirat der Gedenkstätte vor der Fertigstellung diskutiert und gutgeheißen wurde.

26.05.06 Süddeutsche Zeitung

Marcel Siepmann (Leserbrief)

Vorrang für Mahnen. Das Problem des Gedenkens: Nachgebaute Erinnerung

26.05.06 Süddeutsche Zeitung

Sigmar Faust (Leserbrief)

Geschichte erlitten. Das Problem des Gedenkens: Nachgebaute Erinnerung

26.05.06 Yahoo-Nachrichten

ddp

Kulturstaatsminister gegen Zentralisierung der DDR-Aufarbeitung

Berlin (ddp). Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) hat sich gegen eine Zentralisierung der DDR-Forschung ausgesprochen, wie dies eine Expertenkommission vorsieht. «Die Absicht, etwa einen authentischen Gedenkort wie Hohenschönhausen in die BIRTHLER-Behörde zu integrieren, lehne ich ab», sagte Neumann der »Berliner Zeitung« (Freitagausgabe).

Er betonte: »Hohenschönhausen darf man nicht unterpflügen.« Es sei sicher richtig, dass Einrichtungen zusammenarbeiteten und ihre Erfahrungen austauschten. «Aber es ist ein Unterschied, ob man zentralisiert oder vernetzt», sagte Neumann. Das Gremium aus Historikern und Bürgerrechtlern hatte unter anderem vorgeschlagen, das ehemalige Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen und den früheren Sitz von Stasi-Chef Erich Mielke in der Normannenstraße der BIRTHLER-Behörde unterzuordnen.

Neumann verteidigte allerdings die Empfehlung der Experten, künftig stärker den Alltag in der SED-Diktatur zu erforschen. Dies biete die Chance, bisher nicht ausreichend beantwortete Fragen etwa nach den Mechanismen der SED, nach Anpassung, Widerstand und der Bürgerrechtsbewegung nachzugehen.

Der Kulturstaatsminister kündigte an, sich für eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes einzusetzen, das eine Überprüfung etwa von Abgeordneten auch über das Jahr 2006 hinaus regeln soll. Die bisherigen Regelüberprüfungen laufen Ende des Jahres aus. Zudem will Neumann ein Pilotprojekt der BIRTHLER-Behörde unterstützen.

25.05.06 Rheinischer Merkur

Interview: Robin Mishra und Hans-Joachim Neubauer

Das gute Leben im Schlechten. Marianne BIRTHLER. Die Bundesbeauftragte warnt davor, das DDR-Unrecht zu verharmlosen

Das Auftreten ehemaliger Kader kritisiert sie hart. Die Grünen-Politikerin betont aber auch: Die DDR-Bürger waren kein Volk von Spitzeln und Verrätern.

RHEINISCHER MERKUR: Ehemalige Stasi-Mitarbeiter treten neuerdings offensiv bei öffentlichen Veranstaltungen auf. Wie einflussreich sind diese Kader noch?

MARIANNE BIRTHLER: Sichtbar ist nur eine Hand voll Stasi-Offizieren im Ruhestandsalter. Ich nehme diese Auftritte trotzdem sehr ernst. Es ist spürbar, dass sie Beifall in einem bestimmten Milieu finden – immerhin hat eine sechsstellige Zahl von Menschen für die Stasi gearbeitet. Vor allem müssen die Opfer des Staatssicherheitsdienstes unbedingt vor Beleidigungen geschützt werden. Eine klare Reaktion von Öffentlichkeit, Medien und Politik würde gerade diese obrigkeitstgläubigen Kader durchaus beeindruckern. Durch eine vielfach indifferente Haltung lassen sie sich dagegen ermutigen. Da sind wir als Gesellschaft herausgefordert und dürfen es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen.

Ehemalige Gefängniswärter und Spione verweisen darauf, strafrechtlich unbescholten zu sein. Hat die deutsche Justiz versagt?

Der Rechtsstaat erlaubt es nur, Vergehen strafrechtlich zu verfolgen, die zu dem Zeitpunkt, an dem sie begangen wurden, gegen die geltenden Gesetze verstießen. Das Strafrecht einer Demokratie ist nicht für die Aufarbeitung einer Diktatur gemacht. Für die Opfer der SED-Herrschaft ist das sehr bitter zu erleben, dass ihre Peiniger von einst nicht nur straffrei bleiben, sondern auch stattliche Renten beziehen. Die Stasi-Offiziere, die jetzt sichtbar werden, tragen entscheidende Verantwortung für Abertausende politische Gefangene, dafür, dass Menschen aus dem Land getrieben und Biografien zerstört wurden. Wenn sie dann sagen, das sei alles kein Unrecht gewesen, ist das der Gipfel der Unverfrorenheit.

Kommt da bei Ihnen persönlich das Gefühl von Ohnmacht auf oder gar Hass?

Hass empfinde ich nicht. Persönlich habe ich keine Rechnung offen. Die Schikanen, die ich erlebt habe, waren eine Folge meiner Entscheidung. Ich habe bewusst in der Opposition mitgearbeitet und hatte an jedem Tag das Gefühl, dass mein Leben reicher, erfreulicher und lebendiger ist als das der Leute, die vor meiner Haustür spitzelten. Aber Mitgefühl empfinde

ich schon gegenüber denen, die jetzt auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie nach Haft und politischer Verfolgung beruflich nicht mehr auf die Beine gekommen sind – während gleichzeitig diejenigen, die sie verhört haben, eine Rente bekommen, als hätten sie ihr Leben lang im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik gearbeitet. Das erfüllt mich schon mit Bitterkeit, und mir gehen manchmal die Argumente aus. Um die Würde der Opfer wiederherzustellen, ist es deshalb ungeheuer wichtig, die Verbrechen der Täter auch Verbrechen zu nennen und nicht um den heißen Brei herumzureden.

Durch den Kinofilm „Das Leben der Anderen“ interessiert sich plötzlich ein breites Publikum für dieses Thema. Allerdings ist die Geschichte etwas geschönt: Ein Stasi-Offizier entwickelt sich vom Saulus zum Paulus. Ist die Zeit schon reif für diese Fiktion?

Uns ist in der Tat kein realer Fall bekannt, in dem ein Stasi-Offizier versucht hätte, heimlich denen zu helfen, die er überwachte und zu verfolgen hatte. Vielleicht erzählt der Film auch mehr von der Sehnsucht danach. Ich erinnere mich, dass wir uns früher immer gefragt haben: Was denken die sich eigentlich, wenn sie uns beobachten; wenn sie sehen, wie wir streiten, wie wir lachen, wie wir lieben? Es muss doch Menschen geben, hofften wir, die das ansteckt, die uns vielleicht sogar beneidet haben. Das war wohl eine Illusion. Viel entscheidender ist aber: „Das Leben der Anderen“ zeigt in bedrängender Weise, wie auch in einer eher unblutigen Diktatur wie der späten DDR Menschen eingeschränkt und des Vertrauens zu ihren Mitmenschen beraubt werden. Das wird sehr eindrucksvoll geschildert – erstaunlich, dass dies ausgerechnet ein junger Regisseur aus dem Westen vermochte.

Der Film erfährt eine Spiegelung im realen Leben. Hauptdarsteller Ulrich Mühe beschuldigt seine Ex-Frau, die Schauspielerin Jenny Gröllmann, ihn bespitzelt zu haben. Gröllmann bestreitet das vehement, der Fall scheint nicht aufgeklärt zu sein...

Nach Aktenlage ist der Fall völlig unstrittig. Wir haben schon vor Jahren Unterlagen herausgegeben, nach denen Frau Gröllmann in den Akten der Staatssicherheit eindeutig als Inoffizielle Mitarbeiterin geführt wird. Ich finde es bedauerlich, dass Ulrich Mühe unterstellt wird, er habe seine ehemalige Frau zu Unrecht geoutet.

Frau Gröllmann ist schwer krank. Wird daran nicht deutlich, dass es auch jene zerstörerische Kraft der Aktenöffnung gibt, vor der zum Beispiel Helmut Kohl immer gewarnt hat?

Die Erfahrung zeigt, dass die Wahrheit nicht zerstörerisch ist. Das, was in den Akten dokumentiert worden ist, das hat Leben zerstört! Ein fauler Friede trägt nicht weit. Natürlich tut die Wahrheit oft auch weh, aber niemand kann sich mit einem Menschen ehrlich versöhnen, wenn er nicht die Karten offen auf den Tisch legt. Das ist ein schwerer Weg, aber es gibt dazu keine Alternative.

Die „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur“ empfiehlt, Ihre Behörde demnächst mit den Gedenkstätten Normannenstraße und Hohenschönhausen zu einem Themenkomplex „Diktatur und Geheimpolizei“ zusammenzufassen. Wie finden Sie diese Idee?

Zunächst einmal ist es eine kluge Idee, drei verschiedene Schwerpunkte zu schaffen: Neben dem Thema Repression/Stasi sind auch die Bereiche Grenze/Teilung und Herrschaft/Gesellschaft/Widerstand wichtig. Um ein Beispiel zu nennen: Die Bildungspolitik Margot Honeckers war bisher noch kaum Gegenstand der Aufarbeitung. Was nun die erwähnten Pläne zur Zusammenlegung betrifft: Wir haben in der Stasi-Unterlagenbehörde die umfangreichste Expertise zum Thema Stasi. Darum ist es sinnvoll, unsere Dauerausstellung in der ehemaligen Stasi-Zentrale Normannenstraße zu zeigen. Anders sehe ich das beim ehemaligen Gefängnis Hohenschönhausen. Da muss sich zwar inhaltlich einiges ändern. Eine funktionierende Struktur in der Trägerschaft des Landes Berlin gibt es aber, diese muss man nicht unbedingt verändern.

Ihr Auftrag besteht in der Verwaltung der Stasi-Akten. Die sollen mittelfristig im Bundesarchiv verschwinden. Was halten Sie davon?

Das bleibt eine offene Frage. Zumindest für die nächsten zehn bis 15 Jahre ist das aus fachlicher und juristischer Sicht keine sinnvolle Option. Grund dafür ist vor allem die hohe Schutzbedürftigkeit der Daten, aber auch besondere, aufarbeitungsfreundliche Zugangsregeln. Wir sind zudem kein klassisches Archiv, sondern öffnen die Dokumente für Betroffene – und da ist die Nachfrage unvermindert groß. Wir haben allein im letzten Jahr 80000 Anträge auf Akteneinsicht bekommen. Daran zeigt sich, dass man Menschen nicht vorschreiben sollte, wie schnell und intensiv sie sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Ob ich langfristig für eine Verlagerung der MfS-Akten in das Bundesarchiv bin, hängt von den konkreten Bedingungen ab. Wichtig ist, dass dieser einmalige Bestand komplett erhalten bleibt und nicht zwischen Bundes- und Landesarchiven zerrissen wird.

Martin Sabrow, Vorsitzender der Expertenkommission, spricht von einem „Verblässen der Erlebnisgeneration“. Sind wir schon an dem Punkt, wo individuelle Erinnerung ins kollektive Gedächtnis überführt wird?

An diesem Punkt sind wir noch lange nicht. Das zeigt schon ein Vergleich mit der NS-Zeit, über deren Bewertung es einen ganz breiten Konsens in der Bevölkerung gibt. Wer etwas anderes vertritt, stellt sich außerhalb der Gesellschaft. Über die Bewertung der DDR wird noch immer gestritten. Das wird nicht nur im Auftreten der Stasi-Offiziere deutlich. Ich erlebe gelegentlich Veranstaltungen, bei denen gezischt wird, wenn ich von „SED-Diktatur“ spreche. War die DDR ein Unrechtsstaat? Wie schlimm war die Stasi? Was halten wir von dem Prinzip „Gleichheit geht vor Freiheit“? Über all diese Fragen gibt es noch unglaublich viel Streit. Es ist falsch, von einer „verblässenden Erinnerung“ zu sprechen. Solange diese Debatte mit den Biografien lebender Menschen zu tun hat, warne ich dringend vor einer Historisierung.

Freya Klier, Mitglied der Expertenkommission, wittert in Ihrem Sondervotum zum Kommissionsbericht genau jenen „Geist des Abwickelns“.

Freya Klier warnt vor einer Tendenz, die es in dem Papier der Kommission nicht gibt. Man muss schon sehr böswillig sein, um in ihm eine Banalisierung der DDR auszumachen – immerhin haben Stasi-Opfer wie Ulrike Poppe und Roland Jahn in der Kommission mitgearbeitet. Über einzelne Punkte lässt sich streiten. So finde ich es falsch, für das Leben in einer Diktatur den schillernden Begriff „Alltag“ zu verwenden. Die Fiktion des guten Lebens im Schlechten wirkt ablenkend und letztlich verharmlosend.

Hat Ihre Behörde das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands befördert?

Ich würde den Erfolg der Stasi-Unterlagenbehörde nicht daran messen, ob sie die Einheit befördert hat. Das war nicht unsere Hauptaufgabe. Jedenfalls haben wir das Zusammenwachsen nicht behindert...

...vor allem von der Linkspartei/PDS wird immer wieder der Eindruck erweckt, die Aktenöffnung führe zur Diskriminierung aller Ostdeutschen.

Wer das behauptet, muss sich nur die Entstehungsgeschichte unserer Behörde ansehen: Der Osten wollte die Öffnung der Akten, und die Volkskammer hatte es sehr schwer, sich damit gegen die Regierungen de Maizière und Kohl durchzusetzen. Ich kann überhaupt nicht erkennen, dass die Stasi-Akten die Ostdeutschen demütigen. Im Gegenteil. Unter zwei Prozent der DDR-Bürger haben mit der Stasi gemeinsame Sache gemacht. Die meisten, die angeworben werden sollten, haben die Zusammenarbeit verweigert. Die Akten rehabilitieren uns DDR-Bürger gegenüber dem Vorwurf, wir seien ein Volk von Spitzeln und Verrätern gewesen.

25.05.06 Rheinischer Merkur

Hans-Joachim Neubauer

Drei Säulen. Vorschläge der SED-Kommission. Wolkiges von dem Weltweisen

Sperrig und ein wenig vorsichtig kommt das Dokument daher. Es heißt: „Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Tatsächlich aber könnten die dieser Tage in Berlin vorgestellten 21 Seiten eine

neue Phase im Umgang mit der DDR-Vergangenheit vorbereiten. Die von dem Potsdamer Historiker Martin Sabrow geleitete Kommission aus Bürgerrechtlern und Experten will die Zukunft des Gedenkens neu regeln. Dazu schlägt sie ein Modell aus drei Säulen vor. Sie sind an thematischen Zusammenhängen orientiert: 1. „Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand“, 2. „Überwachung und Verfolgung“ sowie 3. „Teilung und Grenze“. Alle drei Institutionen sollen als Stiftungen geführt werden.

Ein aus der „Stiftung Aufarbeitung“ hervorgehendes „Forum Aufarbeitung“ soll sich dabei um den ersten Komplex, also die gesellschaftlichen Grundlagen und Beziehungen der DDR, kümmern; den dritten Themenzusammenhang, die Erinnerung an die Geschichte des geteilten Landes, soll in Zukunft die Gedenkstätte Berliner Mauer gestalten. Das liegt nahe. Besonders brisant aber sind die Empfehlungen der Kommission für die Dokumentation von Überwachung und Verfolgung.

Sie sehen vor, dass die Gedenkstätten Hohenschönhausen (Stasi-Untersuchungsgefängnis), Normannenstraße (Stasi-Zentrale) und Birtler-Behörde zu einer organisatorischen Einheit zusammengeführt werden. Das geplante Dokumentations- und Forschungszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ soll einerseits Akten vorbereiten und sichern, andererseits aber die vielschichtigen Aufgaben einer Gedenkstätte wahrnehmen. Dabei sind sich die Autoren des Papiers durchaus bewusst, dass es kompliziert sein wird, diese so unterschiedlichen Funktionen zusammenzufassen.

Für die weitere konkrete Arbeit wird es daher von besonderer Bedeutung sein, in welcher Form, und das heißt: für wen, die Akten der Birtler-Behörde in Zukunft zugänglich sind. Falls sie, wie die Empfehlungen vorsehen, dem Bundesarchiv eingegliedert werden, könnte dies zumindest den Zusammenhalt dieses einzigartigen Aktenkorpus gewährleisten; eine Aufgliederung der Bestände in verschiedene Landesarchive halten alle Experten für problematisch.

Vom Aktenzugang hängt ab, welchen Status die Behörde haben wird: Ehemalige Bürgerrechtler der DDR legen Wert darauf, auch weiterhin die Akten für Betroffene zur Einsicht offen zu halten. Zumindest dies müsste bei einer organisatorischen Integration der Bestände in das Bundesarchiv zumindest für die nächsten Jahre gewährleistet sein. Die entscheidende Frage, die mit dem Status der Akten diskutiert wird, ist die nach der Gegenwärtigkeit der DDR-Geschichte. Wenn die Akteneinsicht unmöglich würde, bedeutete dies eine Verlagerung der DDR und des mit ihr verbundenen Unrechts in die Historie. Für einen solchen historisierenden Schlussstrich aber sei die Zeit längst nicht reif: Das Interesse vieler Betroffener ist ungebrochen, und die Erinnerung ist alles andere als verblasst. Die bestehenden Regelungen, die eine Akteneinsicht von Betroffenen ermöglichen, den Zugriff von Journalisten und Historikern dagegen aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes einschränken, laufen zum Ende des Jahres aus. Nach dem Votum der Experten steht fest: Der Übergang von der gelebten Erinnerung in das kollektive Gedächtnis ist zu komplex und widersprüchlich, als dass er übereilt vollzogen werden darf.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann, der als zuständiger Politiker das Papier in Berlin entgegennahm, war bemüht, die Bedeutung der Vorschläge – die er als „Denkanstöße“ bezeichnete – zu relativieren: „Empfehlungen sind Empfehlungen“ meinte er schmunzelnd und fand zu einem Satz, wie er wolkgiger kaum sein kann: „Alles hängt ja in diesem Zusammenhang zusammen.“ So gehen nur Weltweise mit Geschichte um. Oder Ahnungslose. Anfang Juni soll die Diskussion zwischen Politikern, Bürgerrechtlern und Historikern in Form von „Hearings“ fortgesetzt werden.

25.05.06 Rheinischer Merkur

Hartmut Kühne, Robin Mishra und Hans-Joachim Neubauer

U-Boot und alte Kader. Ortstermin / In Berlin tobt der Streit zwischen den Geheimdienstlern und ihren Opfern auf offener Bühne

Die Täter fühlen sich ungerecht behandelt. Obwohl im ehemaligen Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen ihre Gräueltaten sichtbar werden.

Am Anfang das Kino. Jede Führung durch das Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen beginnt mit einem Dokumentarfilm über den verbotenen Stadtteil. Auf Stadtplänen war es ein weißer Fleck, Mauern, Zäune und Schranken riegelten es ab; jetzt kommen jeden Tag Hunderte Besucher hierher, um zu sehen, wovon sich im Herbst 1989 die Menschen der DDR befreiten. Mit uns sitzen etwa 30 Besucher im Vorführraum. Der Film ist zu Ende, das Licht geht an. Vor uns steht Herbert Pfaff. Er ist kein großer Mann, eher kräftig von Statur; er hat starke Hände, noch schwarzes Haar, und er ist ein Mann mit Erfahrung. Zweimal hat er in Hohenschönhausen gesessen, zuerst 1954 im „U-Boot“, dem fensterlosen Kellertrakt. Dann, zehn Jahre später, hatten sie ihn als Fluchthelfer erwischt: „Ich habe 46 Menschen von der Unfreiheit in die Freiheit geführt“, sagt er. Er ist heiser, seine Stimme klingt stolz.

Dann gehen wir los. Wir besichtigen das U-Boot mit den rekonstruierten Folterzellen, wir stehen vor Pfaff, wie er sich in eine Nische stellt, in der damals, zur Zeit der sowjetischen Leitung des hier untergebrachten „Speziallagers Nummer 3“, Gefangene hinter einer Stahltür eingezwängt wurden. In einem Nebengang zieht eine Gruppe italienischer Schüler vorüber; sie sind ganz ruhig. „Noch Fragen?“, fragt Pfaff. Eine von uns, eine Frau aus Bayern, meldet sich. Warum ihr Reiseführer das Gefängnis nicht erwähne, will sie wissen. Ihr Begleiter nickt heftig und schiebt seine Kappe aus der Stirn. Pfaff schweigt einen Moment, dann hebt er die Schultern: „Tja, vielleicht wollen viele nichts mehr davon wissen.“ Er spreizt die Arme ab und sagt in tröstlichem Ton: „Aber schön, dass Sie trotzdem hierher gefunden haben!“ Ein paar Minuten später stehen wir vor einem der Stasi-Gefangenentransportwagen, einem beigegrauen Barkas B 1000.

Als diese Kleinlastwagen mit ihren fünf winzigen Zellen noch in Betrieb waren, schmückte Werbung ihren kastenförmigen Aufbau. Für Eis machte man dort Reklame oder für frischen Fisch. Die klapprigen Autos waren perfekte Desinformationsmobile. Die, die hinten in ihnen saßen, sahen nichts: „Wir sollten niemals denken und niemals wissen und haben niemals gewusst, dass wir hier fünf Kilometer vom Alex waren“, sagt Pfaff. Das Gefängnis Hohenschönhausen war eine unsichtbare Gegend, ein Ort im Nirgendwo. Eine dunkle Utopie. Ein Freitagnachmittag in Berlins Mitte. Draußen blüht der Mai, drinnen, in der „Begegnungstätte der Volkssolidarität“, die Blumentapete. Hier, vor den Gardinen des Tagungsraums, sitzen drei Dutzend ältere Männer und Frauen. Beige Schuhe tragen sie, hellbraune Jacken und Hornbrillen, wie man sie heute nicht mehr kaufen kann. Wie es „Genosse Schneider“ geht, fragt einer. Ach, er sei jetzt wieder auf dem Damm, lautet die Antwort. Schwarz umrandete Ausschnitte aus dem „Neuen Deutschland“ gehen herum: die Todesanzeigen derer, die nicht mehr kommen.

„Rotfuchs“, ein Magazin zur Verteidigung des Kommunismus, hat zu einem Vortrag eingeladen. Vorne nimmt Stefan Doernberg Platz, die Hauptperson. Seine 82 Jahre sieht man ihm nicht an. Der Kopf ist kahl geschoren, darunter wache Augen. Doernberg wippt auf seinem Stuhl, als wolle er gleich losspringen. Geboren ist er in Berlin, seine Eltern waren Juden und Kommunisten. 1935 floh die Familie nach Moskau, wo Doernberg zur Schule ging, gemeinsam mit Wolfgang Leonhard. Als Hitler die Sowjetunion überfiel, trat Doernberg in die Rote Armee ein; 1945 kam er zurück nach Berlin, als Sowjetsoldat. In der DDR dann wurde er Historiker, brachte es bis zum Botschafter in Helsinki. Jetzt hat er sein Leben aufgeschrieben: „Fronteinsatz“. Das klingt nach Mut und Kampf, nach einer erfüllten Biografie. Anders als Leonhards „Die Revolution entlässt ihre Kinder“.

Die Zuhörer bewundern Doernberg. So wie er wollen auch sie ihr Leben sehen. Aber ganz redet Doernberg ihnen nicht nach dem Mund. Er spricht von den „imperialen Interessen Stalins“, von den „furchtbaren Repressalien“ und kritisiert den Einmarsch nach dem Prager Frühling. Da geht ein Raunen durch den Saal. An Stalin kann eine Frau nichts Schlechtes

finden, problematisch findet sie eher den 20. Parteitag: „Das war ein großer Rückschlag für die Arbeiterklasse“, glaubt sie. 1968 habe sich eine „bedrohliche konterrevolutionäre Lage in der CSSR entwickelt“, sagt ein früherer DDR-Diplomat. Für ihn und für viele hier war der Wendeherbst 1989 pure „Konterrevolution“.

Doernbergs Kritik an Stalin kommt für manchen überraschend. Noch 1998 schrieb er angesichts von mehr als 60000 Toten in den sowjetischen Lagern darüber, dass „Halbwahrheiten und sensationell gefärbte Entstellungen ein Geschichtsbild vortäuschen“ wollten. Die sowjetischen „Internierungslager“ seien „Maßnahmen gegen nazistische Verbrechen und besatzungsfeindliche Umtriebe“ gewesen, eine „nicht vermeidbare“ Kriegsfolge, keine Repression, sondern Werkzeug der Entnazifizierung und des Antifaschismus.

Die alten Kader der DDR kämpfen um ihren Platz in der Geschichte – und um das Bild der Stasi. Sie kämpfen hier im Hinterzimmer der Volkssolidarität, sie kämpfen aber auch, wenn Egon Krenz auftritt. So wie neulich, als er in Jena sprach zum Thema: „Der Herbst 1989 und was davon geblieben ist“. Die Ex-Stasi-Mitarbeiter, die alten DDR-Richter und -Staatsanwälte mischen sich bei Vorträgen unter das Publikum und geben ihre Sicht der Geschichte preis. So erscheinen sie auch im Berliner Gropius-Bau. Es ist der 11. April: Klaus Marxen, Professor für Strafrecht an der Humboldt-Universität, spricht über die Entnazifizierung im Osten Deutschlands. Die DDR habe NS-Verbrechen nicht systematisch verfolgt, sagt Marxen, sondern ließ sich davon leiten, welche Urteile sie propagandistisch ausnutzen konnte.

Viele Nazi-Verbrecher, die sich den neuen Machthabern andienten, genossen Strafverschonung. Der Einspruch der alten Kader kommt prompt. Die Geschichte des Ostens, so glauben sie, gehört ihnen. Bräunlich, manchmal grün, immer gemustert, sehen die Tapeten in den Vernehmungsräumen aus, als sollten sie Häuslichkeit zitieren. Gemütlich aber wirken sie nicht, eher gespenstisch. Vielleicht sollten sie Wärme vortäuschen; sie verkörpern den Muff der realsozialistischen Herrschaftsverhältnisse, den Sieg des Spießertums: falsche Gefühle, systematische Kontrolle, schlechter Geschmack. Jenseits des Ornaments ist alles funktional; einfache Möbel, mit Bedacht platziert. Der Schreibtisch des Beamten steht schräg im Raum, er hat das Fenster im Rücken. Ein kleinerer Tisch steht vor dem Schreibtisch. In der Ecke hinter der Tür steht ein Hocker. Dort, im Blick des Vernehmers, musste der Gefangene Platz nehmen, die Hände unter die Oberschenkel geschoben: Änderte er seine Haltung nur geringfügig, schlug der Verhörer sofort auf den Signalknopf auf dem Schreibtisch.

Jetzt sitzt Herbert Pfaff hinter dem Schreibtisch. Dreimal täglich nimmt er hier vor der Tüllgardine Platz, erklärt die Funktion der Einrichtung, klemmt die Hände unter die Oberschenkel, schlägt auf den Alarmknopf. Links an der Wand hängt ein Porträt des Felix Dserschinski: ein schmaler, klug wirkender Kopf mit wachen Augen. Der Gründer des NKWD sieht aus wie ein Dichter oder Komponist. Einen Moment schweigt Pfaff, sein Kopf sinkt herab, dann ist seine Stimme wieder da. Fünftausend Menschen habe Dserschinski eigenhändig ermordet, sagt Pfaff und fragt, was man von einer Organisation halten solle, die sich einen vielfachen Mörder zum Patron sucht. Dann steht er auf und führt uns weiter; eine Antwort auf seine Frage erwartet er nicht.

„Hier befinden wir uns mehr oder weniger im Tigerkäfig.“ Pfaff steht in der Ecke eines zellengroßen Hofes. Die Leute bleiben an den Wänden. Pfaff spricht von der gesiebten Luft, an die er und seine Leidensgenossen hier geführt wurden. Die Leute schauen nach oben; durch das Drahtnetz über dem kleinen Hof sehen sie den Wachgang, auf dem bis 1990 die Wächter standen. „Betontes Husten“, erklärt Pfaff, wurde bestraft, und er macht vor, was damit gemeint war. „Galt als Kontaktaufnahme.“ Oben, über uns, weit jenseits des Drahtnetzes, hängt ein graues Telefon an der Wand. Hier ruft seit 16 Jahren niemand mehr an. Die alten Kader haben anderes zu tun. Sie schreiben Bücher und stellen sie vor. Die meisten erscheinen in der „Edition Ost“ des Eulenspiegel Verlags. Dort werden Vordenker wie Egon

Krenz und Michael Benjamin verlegt, der verstorbene Sohn der „roten Hilde“, der langjährigen Justizministerin der DDR, dort erscheinen auch die Schriften von Ex-Stasi-Offizieren: Peter Pfützes „Besuchszeit“ etwa, das die Haftbedingungen der 550 Westdeutschen rühmt, die seit den siebziger Jahren in DDR-Haft saßen. Auch Pfützes Dienstkollege Gotthold Schramm veröffentlicht hier seinen Sammelband mit Erinnerungen von Auslandsspionen der Stasi. Der Auslandsdienst der Stasi, die HVA, habe auch nicht anders gearbeitet als der BND. Mit den Machenschaften des Inlandsdienstes habe Markus Wolfs Truppe wenig zu tun gehabt. Als Pfützes und Schramms Buch im April in Lichtenberg vorgestellt werden, ist auch Werner Großmann unter den Zuhörern. Früher war er Vizechef der Stasi. Als ein anwesendes Stasi-Opfer die Geheimdienstler als „rot lackierte Faschisten“ bezeichnet, springt Großmann auf: „Darf ich Anzeige gegen Sie erstatten? Bitte geben Sie mir nachher Ihren Namen und Ihre Adresse.“

Immer häufiger treffen in letzter Zeit Opfer auf Täter. So auch in der Bezirksvertretung Lichtenberg, einem Plattenbau im tiefen Berliner Osten, die zum Ort eines Showdowns im Kampf um die Geschichte wird. Der Bau liegt in einem Neubaugebiet mitten im Quartier der DDR-Nomenklatura. Früher beherbergte er ein Stasi-Schulungszentrum, gleich um die Ecke war das „Ledigenwohnheim“ des Geheimdienstes. Dort wohnten die „Romeos“, Schnüffel-Spezialisten, trainiert darauf, sich in Betten und Herzen einsamer Mitarbeiterinnen von Bonner Politikern zu stellen. Im März traten in Lichtenberg 200 Ex-Stasi-Leute bei der Sitzung des Bezirksparlaments auf und verhöhnten das Gefängnis Hohenschönhausen als „Gruselkabinett“. Eine unrühmliche Rolle spielte dabei Kultursenator Thomas Flierl (Linkspartei/PDS), als er dazu aufforderte, die „Zeitzeugen“ doch sprechen zu lassen.

An diesem Tag Ende April soll über den Antrag abgestimmt werden, im einstigen Sperrgebiet vier Gedenktafeln aufzustellen, Hinweise auf das hier verübte Unrecht des SED-Regimes. Es dauert lange, bis das Thema an der Reihe ist. In der Sitzungspause sitzen die Bezirksvertreter bei Sättigungsbeilagen für 80 Cent in der Kantine oder essen mitgebrachten Nudelsalat aus Tupperdosen. Auch etwa ein Dutzend Stasi-Leute ist gekommen. „Unsere Meinung wird immer unterdrückt. Das ist die Meinungsfreiheit hier im Land“, schimpft einer von ihnen in die Fernsehkameras. Drüben im Publikum sitzt Siegfried Rataizik und fächert sich mit einem Buch Luft zu. Zwischendurch macht sich der ehemalige Chef des Stasi-Untersuchungsgefängnisses Notizen. Heute wird er still bleiben, genau wie Friedrich Wolff: Der Anwalt Erich Honeckers sitzt ein paar Plätze weiter und wartet.

Die Opfer und ihre Verbände sind gut vorbereitet. Es ist ihr Tag, sie sind in der Mehrheit, nach und nach melden sie sich zu Wort, sprechen von ihrem Leiden. Es ist auch der Tag von Hubertus Knabe, dem Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, schließlich hat er den Text für die Gedenktafeln verfasst. Knabe ist eine der widersprüchlichen Figuren im Streit um die SED-Vergangenheit. Einerseits streitet er unermüdlich für die Rechte der Stasi-Opfer. Jedem Versuch einer Historisierung der Stasi setzt er mit der Gedenkstätte einen authentischen Ort entgegen, an dem auch Tränen fließen dürfen. Andererseits zieht Knabe Kritik auf sich, etwa wenn er das Untersuchungsgefängnis als „Dachau des Ostens“ bezeichnet. So ist er, kein Wunder, zur Hassfigur der alten SED-Kader geworden.

Auch für ihn steht an diesem Tag viel auf dem Spiel. Deshalb suchen er und einige ehemalige Gefangene – auch Herbert Pfaff ist unter ihnen – die Konfrontation. Als Ex-Stasi-Mann Kurt Stankewitz der Gedenkstätte „Verteufelung“ vorwirft, protestieren sie, bis der Vorsteher der Bezirksvertretung, ein Abgeordneter der Linkspartei, dem Redner das Wort entzieht. Kurz nach Mitternacht geben einige von der Linkspartei/PDS nach, die hier mit absoluter Mehrheit regiert. Mit CDU, SPD und FDP stimmen sie für die Gedenktafeln.

Wohl niemand schöpft Verdacht, wenn er von der GBM liest, der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.“. In der Satzung ist die Rede von der „Förderung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“, auch die „Gestaltung eines würdigen und inhaltsreichen Lebens der Bürger“ ist Vereinsziel. 1998 zeichnete die GBM den

kubanischen Diktator Fidel Castro mit einem „Menschenrechtspreis“ aus. Ein ganz normaler Club? „Seit 15 Jahren gibt es den Verein“, erzählt Sabine Dahlke, die Geschäftsführerin der GBM. Es gehe konkret um den „Kampf gegen Altersarmut. Wir betreuen vor allem Rentnerinnen und Rentner.“ Doch die GBM führt nicht nur Prozesse vor den Sozialgerichten; sie ist auch ein Dachverband für Vereine ehemaliger Mitarbeiter der Stasi und der NVA. Auch denen geht es um ihre Renten. Aber das ist längst nicht alles.

Die GBM kämpft auch um das Bild der Stasi – und damit um die Biografien ihrer Mitglieder. Gerne tritt der Vorsitzende Wolfgang Richter bei Gedenkfeiern auf, zum Beispiel in Ziegenhals. Dort, bei Königs Wusterhausen, liegt so etwas wie das Allerheiligste der Altkader, eine Thälmann-Gedenkstätte aus DDR-Zeiten. Im März fuhr Richter nach Weißrussland, um die Präsidentschaftswahlen zu beobachten. Lukaschenko hält er für einen Demokraten.

In dieses Milieu gehört auch die GRH, die „Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung“. Ihre Büros hat sie im Redaktionsgebäude des „Neuen Deutschland“. Der Bau an der Straße der Pariser Kommune hat schon bessere Zeiten gesehen. Die Zeitung ist längst nicht mehr das Zentralorgan einer Parteidiktatur. Sie hat Untermieter aufgenommen, die „Verdi Service GmbH“, die „Fahrschule am Ostbahnhof“, im dritten Stock sind die Kommunistische Partei Deutschlands und die GRH. Dort sitzt Dieter Stiebert vor einem Flachbildschirm. An der Wand hängt ein Satz Rosa Luxemburgs: „Heiter trotz alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwachen.“ Auf dem Schreibtisch steht ein Osterhase aus Schokolade. Stiebert arbeitet als einer von drei Ehrenamtlichen in der Zentrale. Früher war er bei der Stasi, „und da habe ich auch bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechern mitgeholfen“, sagt er. Es klingt eher rechtfertigend als stolz.

„Jedes Urteil gegen Stasi-Leute war eines zu viel“, sagt Stiebert. 1500 Mitglieder zählt sein Verein, „wir fragen nicht nach der früheren Arbeit“. Er wolle etwas gegen die „politische Strafverfolgung tun“. Dass jetzt die Stasi und ihre Geschichte so oft in den Medien sind, freut Stiebert. Seit einiger Zeit bekommen sie wieder neue Mitglieder, sagt Stiebert, aus Solidarität. Zur vielschichtigen Lobbyarbeit der Ex-Stasi-Mitarbeiter gehört auch das kleine Büro auf der anderen Seite des Flurs. Dort hat die Isor ihr Büro, die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“. Statt Luxemburg hängt dort Rembrandts „Mann mit dem Goldhelm“ an der Wand. Und Karlheinz Hypko, der Geschäftsführer der Isor, war auch nicht bei der Stasi, sondern Jurist im Innenministerium der DDR. „Im zivilen Teil“, wie er betont.

Gut 24000 Mitglieder hat die Isor, davon waren drei Viertel früher bei der Stasi. Sie zahlen einen Beitrag von 2,60 Euro im Monat. Mit der GBM habe der Verein nichts zu tun, das ist Hypko wichtig. Ihm gehe es nur um die Renten, „um die Gerechtigkeit“. Er habe vor dem Bundesverfassungsgericht durchgesetzt, dass die Renten der Stasi-Mitarbeiter nach oben angepasst würden. „Endlich lassen sich die früheren Mitarbeiter nicht mehr den Mund verbieten.“ Vieles sei ungerecht. „Die DDR will man treffen, die Stasi-Leute haut man konkret.“

Dass sich jetzt allerdings so viele zu Wort melden, sei bedenklich. „Der Rummel schadet unseren Anliegen.“ Als etwa der Bundestag im Begriff war, das „Dienstbeschädigtenausgleichsgesetz“ durchzuwinken, habe es unter den Abgeordneten gegrummelt. Nach dem forschen Auftreten der Stasi-Leute werde jetzt eine weniger günstige Fassung Gesetz. Invalidenrente gibt es nur nach einer Einzelfallprüfung.

Herbert Pfaff raucht seine sechste Zigarette. Die Führung ist vorbei. Wir sitzen im Café der Gedenkstätte. Bücherregale füllen den Raum, hier gibt es Literatur zum SED-Staat, Romane, historische Forschungen, Berichte von Betroffenen, Interviews mit Tätern. Die Regale sind voll, bald wird man anbauen müssen; die Stasi wird immer mehr Geschichte, Stoff zum Lesen, Material für Schulen, Stoff für Filme. Pfaff schreibt uns eine Widmung in den Dokumentationsband über Hohenschönhausen. Für ihn ist diese Geschichte noch lange nicht

zu Ende. Ob es ihn anstrengt, jeden Tag seine hundert Besucher durch dieses Kapitel seines Lebens zu führen? Ja, schon, sagt er, aber es gehöre halt dazu. Zur Aufarbeitung, zum Verstehen.

Der Raum hat sich mit Besuchern gefüllt; draußen regnet es, zwei junge Frauen blättern in Büchern, ein Ehepaar bezahlt den Eintritt, eine Frau klappt ihren Regenschirm zusammen. Ein junger Mann macht die Tür zum Vorführraum auf. Die Leute gehen hinein, gleich fängt der Film an. Herbert Pfaff macht sich bereit. Gleich wird er wieder sprechen, über das „U-Boot“ und all das.

Später, in der Straßenbahn zum Alexanderplatz, schauen wir in das Buch über das Gefängnis. Vorne finden wir Pfaffs Widmung, ein kurzer Dank für unseren Besuch. „Pfaff Herbert“, steht da in sauberer Schrift, und darunter: „Zeitzeuge“.

24.05.06 Neues Deutschland

Interview: Karlen Vesper

Was kann die Sabrow-Kommission? Prof. Gerhard Benser über den Umgang mit DDR-Geschichte

Der Historiker, Jg. 1931, ist der Vorsitzende des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

ND: 15 Jahre gibt es schon den Förderkreis. Er hat das ehemals beim Institut für Marxismus-Leninismus angesiedelte Zentrale Parteiarchiv gerettet. Alle Wünsche wahr geworden?

Benser: Anfang 1991 waren die mit der Friedrich-Ebert-Stiftung geführten, bereits weit gediehenen Verhandlungen zur Schaffung eines parteipolitisch neutralen, wissenschaftlichen Trägervereins, in den das Zentrale Parteiarchiv und die Bibliothek eingebracht werden sollten, ins Stocken geraten. Mit der Gründung eines Förderkreises wollten wir uns des Beistands von Historikern, Archivaren und Bibliothekaren des In- und Auslandes versichern, um dem Projekt einen neuen Impuls zu verleihen. In einer Atmosphäre heftiger Auseinandersetzung und unseriöser Begehrlichkeiten kristallisierte sich jedoch ein anderes Modell heraus: die Errichtung einer unselbstständigen Stiftung innerhalb des Bundesarchivs, die für die Überlieferungen aller Parteien und Massenorganisationen der DDR offen ist. Inzwischen ist unsere anfängliche Skepsis gegen diese Lösung weit gehend geschwunden.

Ist diese Eingliederung des Parteiarchivs ins Bundesarchiv ein Ausnahmebeispiel gerechter und sachlicher Fusion ost- und westdeutschen Wissenspotenzials?

Als ein Beispiel, das sich von anderen Übernahmen wohltuend unterscheidet, würde ich die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv auf alle Fälle bezeichnen, zumal auch ein großer Teil des früheren Personals übernommen wurde, ohne deren Kompetenz die Akten und Bücher kaum zu erschließen gewesen wären.

Was hat der Förderkreis eigentlich heute noch zu tun?

Der Verein war wichtig, um Vertrauen zwischen Bundesarchiv und Einlegern, vor allem auch den Depositaren von Nachlässen, zu stiften. Er sah und sieht sich in der Pflicht, mit darüber zu wachen, dass Archive (auch kleinere, lokale) mit Bezug zur Arbeiterbewegung nicht untergehen. Er ist Mitglied internationaler Organisationen, die sich mit Geschichte und Pflege des Erbes der Arbeiterbewegung befassen.

Wie werten Sie als Mitglied des Fördervereins und zugleich der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS die Empfehlungen der Sabrow-Kommission für den Umgang mit Geschichte und den Hinterlassenschaften der DDR?

Mit erheblicher Skepsis, wenngleich ich nicht übersehe, dass sich manches positiv von gegenwärtigen Praktiken abhebt. Wir können nur Geschehnisse und Strukturen erforschen und diese interpretieren. Solange DDR-Geschichte – meist allerdings nur einzelne Erscheinungen – überwiegend isoliert seziert wird, historische Verwurzelungen, deutsch-deutsche Wechselwirkungen wie internationale Zusammenhänge ausgeblendet oder unterbelichtet bleiben, werden die dominanten Interpretationen einseitig und letztendlich wohl

auch nicht von Dauer sein. Das gegenwärtige politische Klima der Bundesrepublik und ihr Bedürfnis nach einer negativen Kontrastfolie stehen einem ausgewogenen Umgang mit der DDR-Geschichte grundsätzlich entgegen.

Und was meinen Sie zu den Forderungen eben jener Kommission bezüglich Aufhebung von ungerechtfertigten oder eben ungleichen Sperrfristen?

Warum sollte jetzt zugestanden werden, was seit anderthalb Jahrzehnten mühelos abgewehrt worden ist? Hier walten andere Prioritäten als wissenschaftliches Interesse.

23.05.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Interview: Regina Mönch

SED-Bewältigung braucht einen Ort. Ein Gespräch mit Martin Sabrow über das Gutachten seiner DDR-Aufarbeitungskommission

Eigentlich sollte das Gutachten zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit am vergangenen Montag feierlich übergeben werden, doch es kam zu einer brüskten Ablehnung durch Staatsminister Neumann. Ein Interview mit dem Gutachter Martin Sabrow.

F.A.Z. Wie erklären Sie sich die Reaktion auf das von Ihrer Kommission erarbeitete Gutachten? Angekündigt war am vergangenen Montag eine feierliche Übergabe an die Auftraggeber, doch es kam zu einer brüskten Ablehnung Ihrer Arbeit durch Staatsminister Neumann und seinen Abteilungsleiter Schäfer.

Ich habe das nicht so wahrgenommen. Die in der Presse als Affront gegen die Kommission interpretierten Einwände von Herrn Schäfer sehe ich eher als sachdienlichen Diskussionsbeitrag. Er war gewiß ungeschickt plaziert und nicht sehr feinfühlig vorgetragen, doch im Zweifelsfall ehrt kritische Nachfrage unsere Arbeit mehr als routinierter Dank. Ich hätte die Einwände nicht entkräften können, hätte er sie nicht öffentlich geäußert.

Herr Schäfer kritisierte beispielsweise, die Kommission habe die universitäre Forschung außer acht gelassen.

Der Begriff der Aufarbeitung bezieht die Geschichtswissenschaft ein, stellt sie aber nicht in den Mittelpunkt. Unser Auftrag beschränkte sich auf den öffentlichen Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Eine Kommission, die die Zeitgeschichtsforschung bewerten soll, hätte ich als Direktor eines außeruniversitären Institutes und Inhaber eines Lehrstuhls nicht leiten dürfen, sondern mich als Gutachter in eigener Sache befangen erklären müssen.

Bürgerinitiativen behaupten, die Kommission sei eine „unmaßgebliche und keinesfalls repräsentative Gruppe“. Ein anderer Kritiker beklagte, ihm fehlten die „konservativen Historiker“.

Mir ist der Begriff des „konservativen Historikers“ unvertraut; wir unterscheiden Historiker eher nach ihren Arbeitsgebieten und dem analytischen Zugriff. Die Zusammensetzung der Kommission lag logischerweise außerhalb ihrer Verantwortung. Ihr Votum wurde, was zu akzeptieren manchem Kritiker offenbar schwerfällt, nicht politisch abgefaßt, sondern ergab sich aus dem kombinierten Sachverstand ihrer Mitglieder - neben Fachhistorikern Publizisten, Museumsleute und Bürgerrechtler.

Was ist mit der Formulierung „Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ im Gutachten gemeint, die vielfach kritisiert wurde?

Wir verstehen darunter die Alltäglichkeit von Anpassung, Widerstand, Ohnmacht, Repression und Begeisterung in einer bis in die Tiefe politisch durchdrungenen Gesellschaft. Mit einem solchen Alltagsbegriff versuchen wir zu verhindern, daß nostalgische und kommerzielle DDR-Vermarkter sich der Erinnerung an den Alltag in der DDR bemächtigen und deren Erinnerungsbild in ein staatliches Diktaturgedenken und private Lebenserinnerungen zerfällt. Wenn die öffentliche Aufarbeitung den Kontakt zur historischen Wissenschaft nicht verlieren will, muß sie akzeptieren: Aus den Machtmechanismen des Regimes allein kann die DDR nicht verstanden werden. Deren Überwachungsintensität wuchs bis 1989 kontinuierlich, was den Zusammenbruch doch nicht verhinderte. Wer Stabilität und Untergang dieser Diktatur

begreifen und im Geschichtsunterricht oder in einer Gedenkstätte vermitteln will, muß zugleich die alltägliche Interaktion von Herrschaft und Gesellschaft mit in den Blick nehmen. Und damit die Gemengelage von Akzeptanz und Auflehnung, Begeisterung und Verachtung, mißmutiger Loyalität und Nischenglück, die das Leben in der Diktatur ausmachte. Dafür braucht es einen Ort - zum Beispiel das ehemalige SED-Parteiarchiv in Berlin-Mitte, den die Kommission als möglichen Sitz eines „Forums Aufarbeitung“ vorschlägt.

Warum wurde die Empfehlung, die DDR auch als Teil des kommunistischen Herrschaftssystems darzustellen, offenbar mißverstanden?

DDR-Geschichte ist einerseits nur aus dem Kontext der nationalen Teilungsgeschichte heraus zu verstehen - auf die wir heute in Deutschland natürlich vor allem schauen -, doch sie ist auch Teil einer kommunistischen Systemgeschichte: Die DDR gehörte zum sowjetischen Herrschaftsbereich. Sie muß in beiden Bezügen verortet werden, um die inneren Spannungen und Brechungen ihrer vierzigjährigen Entwicklungsgeschichte überhaupt erfassen zu können. Schon dies zwingt die historische Aufarbeitung, über den Tellerrand des Nationalstaates hinauszuschauen. Mehr noch gilt dies für die Gedenk- und Erinnerungskultur. Das zusammenwachsende Europa braucht kein einheitliches Gedächtnis, aber es braucht einen Resonanzraum, der staatliche und kulturelle Grenzen überwölbt, in dem die unterschiedlichen Gedächtnisse von Nationen und Sozialgruppen sich miteinander vergleichen können. Es gab den Gulag, und es gab den Holocaust; und wir werden in Europa besser zusammenleben, wenn wir verstehen lernen, warum die Erinnerung an den stalinistischen Terror im Osten Europas eine andere Bedeutung hat als die Erinnerung an den Rassenterror der Nationalsozialisten in Deutschland und Westeuropa. Sollten wir nicht besser, statt einer baldigen Auflösung der Birthler-Behörde das Wort zu reden, darüber nachdenken, wie sehr ein aus ihr hervorgehendes Dokumentations- und Forschungszentrum zum Thema Geheimpolizeien in europäischer, vielleicht globaler Perspektive uns helfen könnte, unser Wissen über den Charakter der Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts an die Nachwelt weiterzugeben?

21.05.06 Deutschland Radio Kultur

Von Klaus Schroeder

"Wir vergessen nichts" - Zur Diskussion um Aufarbeitung der SED-Diktatur

Je länger das Ende der DDR zurückliegt, umso verklärter wird sie vor allem von Ostdeutschen gesehen. Standen unmittelbar nach dem Untergang dieses deutschen Teilstaates die dunklen Seiten der Diktatur noch im Vordergrund, prägen heute Erzählungen über das vermeintlich angenehme Alltagsleben und die soziale Sicherheit das Bild.

Diese Verklärung der DDR bestätigte sich auch in einer kürzlich von uns durchgeführten Befragung von über 2000 Berliner Schülern. Von ihnen lehnten knapp zwei Drittel die Aussage ab, in der DDR sei der Alltag für viele durch Diktatur und Überwachung geprägt gewesen. Sogar knapp 60 Prozent der Befragten stimmten zumindest teilweise der Feststellung zu, die DDR-Regierung wäre durch demokratische Wahlen legitimiert gewesen.

Wie vor diesem Hintergrund die noch von der rot-grünen Koalition eingesetzte Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes "Aufarbeitung der SED-Diktatur" zur Diagnose einer "gegenwärtigen Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression" und einer Unterbelichtung von Alltag und Gesellschaft kommt, erschließt erst der Blick in die Vorgeschichte. Schon seit Jahren versuchen linke Historiker und Politiker, die von einem Bürgerrechtlerverein betriebene ehemalige Mielke-Zentrale in der Berliner Normannenstraße durch den Einbezug in die Birthler-Behörde ihres weitgehend autonomen Charakters zu berauben. Auch die Gedenkstätte im ehemaligen MfS-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen sollte inhaltlich und personell anders ausgerichtet werden. Nachdem diese Versuche scheiterten, wurde zur Legitimation des Vorhabens, diese authentischen Orte zu entschärfen, eine personell

entsprechend zusammengesetzte Kommission eingesetzt. Um ihr Ergebnis nicht politisch, sondern wissenschaftlich begründen zu können, musste sie notwendigerweise eine falsche Diagnose stellen.

Hierauf aufbauend fordern die Experten einen Akzentwechsel bei der Aufarbeitung der DDR, indem Alltag und Gesellschaft durch staatlich finanzierte Forschung in außeruniversitären Einrichtungen und Gedenkstätten noch stärkeres Gewicht erhalten und Gedenkstätten, die Unterdrückung und Verfolgung dokumentieren, nachrangig behandelt werden sollen. Zu diesem Zweck sollen sie verstaatlicht werden und statt politischen einen musealen Charakter bekommen.

Durch den im Papier der Expertenkommission für die Charakterisierung der DDR gewählten Begriff "durchherrschte Gesellschaft" betreiben die Experten selber eine Weichzeichnung der DDR. Da alle Gesellschaften mehr oder weniger "durchherrscht" sind, die einen stärker politisch, die anderen ökonomisch, werden Analogien zwischen Bundesrepublik und DDR konstruiert. Der entscheidende Unterschied zwischen der durch eine Mehrheit legitimierten und einer auf Gewaltandrohung und ideologischen Ansprüchen begründeten Herrschaft geht dabei verloren. Gleiches gilt für Charakterisierungen der DDR als "Fürsorgediktatur" oder "Konsensdiktatur", wie sie vom Kommissionsvorsitzenden Martin Sabrow vertreten werden. Eine Kennzeichnung der DDR als totalitär verfasste Diktatur wird von ihm mit dem Hinweis auf Befindlichkeiten der Ostdeutschen abgelehnt.

Die von der Kommission unterbreiteten Vorschläge, neue Schwerpunkte auf Basis des Vorhandenen zu bilden, können nicht überzeugen. Weder die Verstaatlichung der beiden im Visier der Experten stehenden Gedenkstätten noch die Transformation der Birthler-Behörde sind sinnvoll. Wichtiger wäre es, vergleichende Studien zum Beispiel zwischen NS-Staat, DDR und Bundesrepublik anzuregen und die Grundlagen einer freiheitlichen und zivilen Gesellschaft als Bewertungsmaßstab zu vermitteln. Gerade hieran mangelt es, wie vergleichende Einordnungen von Bundesrepublik und DDR verdeutlichen. In der eingangs zitierten Schülerumfrage konnte sich etwa jeder Zweite zumindest zum Teil mit der These anfreunden, die Bundesrepublik sei zwar anders, aber auch nicht besser als die DDR gewesen. Die Differenz zwischen Demokratie und Diktatur verschwindet hinter der Fassade von Alltag und Gesellschaft.

Stärker als bisher sollten Forschungsergebnisse in die universitäre und schulische Lehre sowie die politische Bildung umgesetzt werden. Dabei sollte der Ausbau von einschlägiger Forschung und Lehre in den Universitäten im Vordergrund stehen und nicht die Schaffung neuer außeruniversitärer Einrichtungen. Behördenforschung unterliegt immer der Gefahr, politisch instrumentalisiert werden zu können.

Die beiden von der Kommission zur Disposition gestellten Gedenkstätten verdienen nicht Schelte, sondern Lob, und passen in ihrer heutigen Struktur durchaus in die Erinnerungslandschaft, stellen sie doch ein gewisses Korrektiv zur nostalgischen Verklärung der DDR dar. Zu Recht werden sie von "Freunden der DDR" als Störfaktor angesehen. Gerade die gut besuchten authentischen Orte leisten derzeit mehr für die politische Aufklärung als viele Bücher und Forschungsprojekte der Kommissionshistoriker zusammen. Dabei ziehen beide Gedenkstätten ihre Kraft zu großen Teilen aus dem bürgerschaftlichen Engagement vieler ehrenamtlicher Akteure, die vor 1989 zu den Gegnern der SED-Diktatur gehörten.

Durch den Regierungswechsel ist den Experten der Auftraggeber verloren gegangen, der für die politische Umsetzung der Empfehlung sorgen wollte. Das ist ein Glücksfall für die zukünftige Aufarbeitung der DDR.

20.05.2006 Stern

Michael Hanschke/ DPA

Die Gnade des späten Comebacks

Ziemlich ungeniert treten ehemalige Stasi-Offiziere wieder in der Öffentlichkeit auf. Sie schreiben Bücher und klittern nicht nur die eigene Geschichte. Zum Jahresende soll auch noch die BIRTHLER-Behörde geschlossen werden.

Die Stimmung war ziemlich gereizt bei dieser Buchpräsentation neulich in Berlin: Ganz vorne, der Autor, Peter Pfütze, ehemaliger Stasi-Oberst. Ihm gegenüber, im Publikum: Noch mehr Staatsicherheit. Etwa Werner Großmann, Ex-Stellvertreter von DDR-Topagent Markus Wolf. Aber auch frühere Häftlinge und andere Stasi-Opfer wollen hören, was der Ex-Oberst mitzuteilen hat. Es ist eine ziemlich eigene Sicht der Dinge.

In seinem Buch "Besuchszeit - Westdiplomaten in besonderer Mission" schreibt er etwa: Bei den rund 3400 Besuchen der Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei gefangenen Bundesbürgern im Ostberliner Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen habe es nie Beschwerden und Proteste gegeben. Höhnisch lachen die Opfer, der Stasimann erklärt ernst: "Die Gefangenen wurden korrekt behandelt."

Einigen Regimehäftlingen vergeht bei solchen Behauptungen die Laune. Einer ist aufgebracht, nennt die DDR-Behörden "rot lackierte Faschisten". Großmann, der Wolf-Vize, fordert ihn daraufhin auf, seinen Namen zu nennen, damit er ihn anzeigen könne.

16 Jahre nach dem Ende der DDR bewegen sich die Stasimitarbeiter wieder ziemlich ungeniert in die Öffentlichkeit. Einige überzeugen sogar die Gerichte davon, dass ihr Name nicht länger im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) genannt werden darf. Zynisch berufen sie sich auf ihre Persönlichkeitsrechte und zwingen so Zeitungen wie die "Süddeutsche" dazu, ganze Artikelpassagen zu schwärzen. In der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen lassen sich die ehemaligen Staatsicherheitler durch die Anlage führen. Sie verschmähen ihre Opfer und verlangen Beweise dafür, dass an diesem Ort Unrecht geschehen sei.

16 Jahre nach dem Ende der DDR setzt sich auch das Kino mit der Staatsicherheit auseinander. "Das Leben der anderen" zeichnet das Psychogramm eines Abhörspezialisten, der geläutert wird, die Seiten wechselt und zur Strafe vom Regime zum Briefe-Aufdampfen abkommandiert wird. Ein zwar eindringlicher Film, der gerade den Deutschen Filmpreis bekommen hat, dessen bitter-glückliches Ende allerdings mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat.

Erst 86 Prozent der Aktenbestände des Ministerium für Staatssicherheit sind bei der Außenstelle der BIRTHLER-Behörde in Leipzig erschlossen. Und noch immer gehen Monat für Monat etwa 500 Anträge auf Akteneinsicht bei der Leipziger Behörde ein. Trotz der unvermindert großen Nachfrage wird die Behörde allerdings demnächst geschlossen.

Der künftige Umgang mit der Geschichte der SED- Diktatur und der Zugang zu Stasi-Unterlagen bleibt ein hitziges Streitthema. Entsprechende Vorschläge einer Expertenkommission lösten jetzt ein geteiltes Echo aus. Nach derzeitiger Rechtslage werden die Akten für Stasi-Überprüfungen zum Jahresende geschlossen - worüber sich nun Politik, ehemalige Bürgerrechtler und Experten streiten.

Der Vorschlag einer Kommission etwa sieht vor, das die BIRTHLER-Behörde schnell abgewickelt werden soll, und an dessen Stelle ein dezentraler Geschichtsverbund mit den drei Kernbereichen "Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand", "Überwachung und Verfolgung" sowie "Teilung und Grenze" geschaffen werden soll. Die Stasi-Akten sollen langfristig in die Obhut des Bundesarchivs übergehen.

Einige Politiker dagegen, wie Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) wollen die Stasi-Unterlagen für Regelüberprüfungen weiter offen halten. Bundestagsvizepräsident Wolfgang

Thierse (SPD) regt die Einrichtung eines speziellen Forschungsinstituts zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Vergangenheit an.

Gegen eine ersatzlose Streichung der BIRTHLER-Behörde spricht sich auch der Historiker Martin Sabrow aus, auch wenn sich die Aktenauskunft in einigen Jahren erledigt haben werde. Die Behörde sei Ausdruck der friedlichen Revolution von 1989. Bei dem Konzept gehe es darum, späteren Generationen die Widersprüchlichkeit der DDR zu zeigen.

Zu den Befürwortern der Auflösung gehört der frühere DDR-Bürgerrechtler und jetzige Unionsfraktions-Vize Arnold Vaatz. Die Akten sollten möglichst schnell ins Bundesarchiv überführt werden. Die Herrin über die Akten, Marianne BIRTHLER, kommentiert diesen Vorschlag mit den Worten: "Herr Vaatz wird das nicht gerne hören, aber den größten Beifall wird er von den alten Stasi-Offizieren bekommen".

19.05.06 Telepolis

Thorsten Stegemann

Unterm Schlussstrich kommt der Neuanfang. Die Expertenkommission, die sich im Auftrag der alten Bundesregierung mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigen sollte, hat ihren Bericht vorgelegt. Über die Ergebnisse und Vorschläge wird erwartungsgemäß heftig gestritten

Ob Geschichte nur von Siegern geschrieben wird, sei einmal dahingestellt. Fest steht jedoch, dass diejenigen, die sie schreiben, einen erheblichen und oft den entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung, Interpretation und Bewertung historischer Ereignisse nehmen können. Das gilt umso mehr, wenn aus ihren wissenschaftlichen Bemühungen konkrete Umgangsformen mit den in Frage stehenden Zeitabschnitten herausdestilliert werden.

Unter diesen Umständen war vorzusehen, dass die Ergebnisse einer noch von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission "zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" schon vor der offiziellen Präsentation am Montagnachmittag ebenso heftig wie kontrovers diskutiert wurden.

Unter Leitung des Potsdamer Historikers Martin Sabrow sind die Mitglieder zu der Überzeugung gelangt, dass fast 17 Jahre nach der Wende eine "nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte", die häufige "Trivialisierung der DDR als politisches System" und immer öfter sogar "Versuche einer geschichtsrevisionistischen Negierung ihres Diktaturcharakters und einer Verächtlichmachung ihrer Opfer" konstatiert werden müssen.

Kritisiert wird die einseitige Konzentration auf "Abschottungs- und Unterdrückungsmaßnahmen des SED-Staates", während "Alltag und Widerstand einer diktaturunterworfenen Bevölkerung" weitestgehend unberücksichtigt blieben. Das Thema dürfe aber auch in Zukunft keinesfalls "der beschönigenden DDR-Nostalgie und den unkritischen Sammlungen zur DDR-Alltagskultur" überlassen werden. Die zehn Mitglieder forderten – mit Ausnahme der Bürgerrechtlerin Freya Klier, die gegen den (offenbar mehrheitsfähigen) "Geist des Abwickelns und Historisierens" ein Sondervotum abgab – ein Drei-Säulen-Modell zum Umgang mit der DDR-Geschichte.

Der Bereich "Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand" soll in einem "Forum Aufarbeitung" – möglicherweise in der ehemaligen SED-Zentrale in der Berliner Torstraße - bearbeitet werden. Für den Themenschwerpunkt "Überwachung und Verfolgung" schlägt die Kommission den Aufbau eines Forschungs- und Dokumentationszentrums "Diktatur und Geheimpolizei" vor, das aus der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen und dem Sitz der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße gebildet werden könnte. Für "Teilung und Grenze" soll die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße ausgebaut werden. Alle drei Einheiten könnten nach Einschätzung der Experten als Stiftungen geführt werden.

Während der Abteilungsleiter für Kultur und Medien im Kanzleramt, Hermann Schäfer, der das Gutachten am Montag entgegennehmen musste, selbiges umgehend scharf kritisierte,

erhielt das schmale Papier die Zustimmung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler. Immerhin sei betont worden, "wie wichtig auch künftig die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur" ist, meinte Birthler.

Viele Bürgerrechtler sind anderer Meinung und befürchten, dass nach dem Hearing von Fachleuten Anfang Juni und der möglichen Verabschiedung eines von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) für Ende 2006 angekündigten Aufarbeitungs-Konzepts die Bewältigung der DDR-Vergangenheit ihrerseits Geschichte wird. Telepolis sprach mit Tobias Hollitzer vom "Bürgerkomitee Leipzig e.V. für die Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit" über die strittigen Themen.


Wir brauchen eine öffentliche Diskussion

Seit dem Fall der Mauer stehen die Deutschen zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahrzehnte vor der Notwendigkeit, eine Epoche ihrer Geschichte zu sichten, zu verstehen und zu bewerten. Sehen Sie eklatante Unterschiede zwischen dem Umgang mit der NS-Diktatur und der aktuellen Beschäftigung mit der Geschichte der DDR?

Tobias Hollitzer: Es gibt eine ganze Reihe von Unterschieden. Nach der zweiten deutschen Diktatur sind wir schneller und grundsätzlicher aktiv geworden, und man kann vielleicht sogar sagen, dass wir einiges aus der schwierigen Aufarbeitung der NS-Zeit gelernt haben. Es gibt aber auch viele Ähnlichkeiten, was beispielsweise den Verlauf der anschließenden Strafprozesse betrifft. Noch interessanter scheint mir der Vergleich mit Ländern, die ebenfalls mit einer kommunistischen Diktatur zu kämpfen hatten. In einigen hat sich ein radikaler Elitenwechsel vollzogen, so etwa in Tschechien, aber auch in Polen sind prominente Oppositionelle wie Lech Walesa an die Macht gekommen. Das ist in Ostdeutschland nicht geschehen.

Wie weit sind Ost- und Westdeutschland noch voneinander entfernt, wenn es um eine Einschätzung und Haltung zu den Ereignissen in der ehemaligen DDR geht?


Tobias Hollitzer: Das ist eine spannende Frage, die sich nicht leicht beantworten lässt. Mit banalen Umfragen oder irgendwelchen Schlagworten – "Der Sozialismus war eine gute Sache, die nur schlecht gemacht wurde" – kommt man da nicht weiter. Es gab zwischen Ost und West einen tiefgreifenden Unterschied im direkten Erleben, und die Relevanz der Ereignisse wird ganz anders wahrgenommen. In Westdeutschland verbinden die Menschen die Wende zumeist mit dem 9. November 1989, während für viele Ostdeutsche der 9. Oktober (Tag der ersten großen Montagsdemonstration in Leipzig, AdR) eine weitaus größere Rolle spielt. Er markiert den Beginn der eigenständigen und vor allem friedlichen Befreiung von der Diktatur, und diese positiven Aspekte einer Freiheitstradition, die übrigens auch mit dem 17. Juni 1953 verbunden sind, sollten unbedingt in das gemeinsame deutsche Gedächtnis eingehen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind Filme wie "Das Leben der Anderen", "Nikolaikirche" oder auch "Der Tunnel", bei allen Einwänden, die man im Detail oder von Seiten der Wissenschaft erheben könnte, wichtige Momente staatspolitischer Bildung. Sie bauen eine Brücke von dem Teil des Landes, der die kommunistische Diktatur hautnah erlebt hat, zu dem Teil, der sich darunter nichts Genaues vorstellen kann. Das Interesse ist trotzdem da, das merken wir auch hier in unserem  Museum in der runden Ecke, das von vielen Westdeutschen und ausländischen Gästen besucht wird.

► Die Expertenkommission fordert eine stärkere Berücksichtigung der Alltagsgeschichte. Wäre das nicht tatsächlich sinnvoll, um das Phänomen der SED-Diktatur besser, umfassender und aus unmittelbarer Anschauung verstehen zu können?

Tobias Hollitzer: Unter museologischen Aspekten muss auch die Alltagskultur bewahrt und entsprechend dargestellt werden, das ist keine Frage. Im Zuge der Ostalgiewelle, die in dem Papier ja zu Recht kritisiert wird, hat sich allerdings die Meinung verbreitet, das tagtägliche Leben der Menschen in der DDR sei erstens unpolitisch und zweitens auch noch diktaturfrei gewesen. Diese Einstellung halten wir für problematisch und verharmlosend, denn wenn wir

eine Ausstellung über Telefon- und Passkontrollen in der DDR anbieten, dann geht es hier um Alltag. Dann zeigen wir, wie das Leben der Menschen täglich von der Stasi beobachtet und beeinflusst wurde und erzählen damit mehr über die Alltagsrealität in der DDR, als wenn wir Briefpapier und Kugelschreiber ausstellen würden.


Außerdem könnte man der Meinung sein, dass die Schaffung eines "Dokumentationszentrums Alltagskultur" in Berlin überflüssig ist, weil es eine  vergleichbare Einrichtung schon seit Jahren in Eisenhüttenstadt gibt.

Tobias Hollitzer: Allerdings. Wir haben in den vergangenen Jahren einige Strukturen geschaffen, die für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte prädestiniert sind und in diesem Bereich auch schon hervorragende Arbeit geleistet haben. Viele Institutionen sind aber chronisch unterfinanziert. Wenn der Bund also seiner Aufgabe gerecht werden will, dann sollte er die vorhandenen Strukturen nutzen, anstatt willkürlich neue zu schaffen, die dann auch wieder unterhalten werden müssen.


Noch erinnern viele Gedenkstätten dezentral an die Geschichte der DDR. Was fehlt, um sie in der jetzigen Form und Anzahl aufrechtzuerhalten - nur das Geld oder auch der politische Wille?

Tobias Hollitzer: So weit ich das sehe, haben die Mitglieder der Kommission keine direkte Rückbindung an die Ministerialbürokratie, Sparmaßnahmen dürften für sie also nicht von besonderem Interesse sein. Ich finde es allerdings schon bemerkenswert, dass dem Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig oder dem Deutschen Historischen Museum in Berlin ganz neue Aufgaben zuwachsen sollen – da hat es sich offenbar ausgezahlt, dass mit Rainer Eckert und Monika Flacke Vertreter beider Institutionen in der Kommission waren.

Der Fokus der Empfehlungen liegt ganz eindeutig auf der Hauptstadt, auch wenn bisweilen versucht wird, einen anderen Eindruck zu erwecken. Für die anderen Gedenkstätten liegt überhaupt kein klares Konzept vor. Praktisch bedeutet das: Die Einheit "Diktatur und Geheimpolizei" kümmert sich um die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, Hohenschönhausen und die Normannenstraße und leitet gleichzeitig noch Museen in Leipzig oder Bautzen. Das kann nicht funktionieren.

Wir haben schon bei der  Stiftung sächsischer Gedenkstätten mit ähnlichen Organisationsformen zu tun und sehen die gravierenden Probleme, die immer wieder auftreten: Die Stiftung hat fünf eigene Einrichtungen und betreut außerdem zwei Fördereinrichtungen. Wenn das Geld knapp wird, ist ihr das Hemd immer näher als die Hose, und das dürfte auf Bundesebene genauso laufen.

Die Expertenkommission hat getagt, Anfang Juni gebe es ein Hearing mit Fachleuten, Ende des Jahres kommt vielleicht der Bundestag zum Zuge. Könnte die "Aufarbeitung des SED-Diktatur" nicht sehr viel öffentlicher diskutiert werden?

Tobias Hollitzer: Selbstverständlich, und das haben wir von Anfang an gefordert. Durch die Einsetzung dieser Kommission sind wieder anderthalb Jahre verschenkt worden. Wir brauchen öffentliche Diskussionen, Tagungen, Kongresse und keine Debatten unter wenigen zugelassenen Fachleuten. Die  Gedenkstättenkonzeption des Bundes, die 1999 das Ergebnis der Arbeit gleich zweier Enquete-Kommissionen war, bedeutete einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, der jetzt ohne Notwendigkeit wieder in Frage gestellt wird.

Freya Klier bemängelt in ihrem Sondervotum, dass die Kommission von der DDR "als einem historisch abgeschlossenen Gebilde ausgeht und folglich einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel im Umgang mit der 40-jährigen Diktatur favorisiert (auch, wenn dieser Begriff in letzter Sekunde herausgenommen wurde)". Sie beobachtet ein "kontinuierliches Weiterwirken ehemaliger Nomenklaturkader", die sich "national und international erneut optimal zu positionieren suchen". Würden Sie sich dieser These anschließen?

Tobias Hollitzer: Ja, ganz sicher. In den Empfehlungen der Kommission wird ein Paradigmenwechsel angestrebt, der von einer Delegitimation der SED-Diktatur zu einer historisch neutralen Betrachtung führen soll. Die aktuelle Situation wird damit verkannt, es

handelt sich um ein völlig unsinniges Vorhaben, das auf die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit übrigens auch nicht anwendbar wäre. Gedenkstätten müssen sich mit der Ideologie einer Diktatur auseinandersetzen und Stellung beziehen. Wenn wir die DDR nur noch als abgeschlossene Epoche betrachten, dann befindet sich unsere politische und gesellschaftliche Diskussion wieder auf dem Stand des Jahres 1989. Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen. Mit Geschichtsbildern, die von oben nach unten durchgesetzt werden, haben wir immer nur schlechte Erfahrungen gemacht.

18.05.06 Südkurier

Jörg-Peter Rau

Die Rückkehr der grauen Herren. Wenn die Täter plötzlich Opfer sein wollen: Führende Mitglieder der DDR-Staatssicherheit wagen sich aus der Deckung

Es gibt Momente, in denen könnte man Siegfried Rataizick für einen freundlichen älteren Herren halten. Einen Opa, der über früher plaudert. Doch schon vor mehr als drei Jahren zeigte er in einem weithin unbeachteten Dokumentarfilm sein wahres Gesicht. "Es war doch nicht so, dass wir als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit Berührungsängste mit der Bevölkerung gehabt hätten", sagt der ehemalige Oberst im DDR-Geheimdienst. Jahrzehntlang leitete Rataizick das Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen, das das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) unterhielt. Von Berührungsängsten würden wohl eher jene sprechen, die dort festgehalten wurden und sich vor jeder Berührung aus gutem Grund ängstigten.

Hans-Eberhard Zahn muss man nicht für einen freundlichen älteren Herrn halten, er ist es. Zahn ist einer von den Zigtausenden mit den Berührungsängsten. 1958 und 1959 war er Häftling in Hohenschönhausen, nach der Wende hat er, Diplom-Psychologe, eine wissenschaftliche Arbeit über "Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungshaftanstalten des MfS" vorgelegt. Inzwischen ist er Mitglied im Beirat der zur Gedenkstätte gewandelten Haftanstalt und ein sanfter, aber bestimmter Mahner wider das Vergessen.

Seit einigen Jahren kreuzen sich die Wege der beiden wieder. Denn Siegfried Rataizick zieht es offenbar mit Macht an seine alte Wirkungsstätte zurück. Vielleicht will er dort ehemalige Kollegen treffen, denen der Gang nach Hohenschönhausen auch nicht mehr peinlich ist. Die, wie jüngst in einer öffentlichen Anhörung über die künftige Gestaltung des Gedenkstätten-Umfelds, vor nichts mehr zurückschrecken. Hans-Eberhard Zahn und andere Opfer, die in der Gedenkstätte Touristen und Schulklassen durch Zellentrate und Verhörzimmer führen, werden öffentlich verunglimpft. Und Siegfried Rataizick, ausgestattet mit einer eben erhöhten staatlichen Pension, sagt, er sei Opfer, entrechtet von der Bundesrepublik. Im Film "Ministerium für Staatssicherheit - Alltag einer Behörde" von Jan Lorenzen und Christian Klemke sekundiert ein Kader-Genosse, der sich "keine Verbrechen einreden lassen" will.

Die grauen Herren sind zurück, und sie haben sich gut organisiert. Sie haben eine Internetseite eingerichtet, auf der sie die Geschichte umschreiben und die bundesdeutschen Medien mit Bezug auf die Nazi-Zeit als "gleichgeschaltet" verunglimpfen. Sie haben die "Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung" gegründet, der ehemalige DDR-Bürgerrechtler eine Verhöhnung der SED-Opfer vorwerfen. Laut der Tageszeitung "Die Welt" schreibt die Gesellschaft auch Briefe - an Schulleiter, wenn sie erfahren haben, dass eine Klasse die Gedenkstätte Hohenschönhausen besucht hat. Diese Besichtigung, schreiben die Herren, erfülle sie mit Sorge, denn in der Gedenkstätte würden "lügnerische Behauptungen" über die Stasi aufgestellt.

Hubertus Knabe ist es leid, diesen Vorwurf zurückzuweisen, und tut es dennoch unermüdlich. Seine Einrichtung ist eine der wenigen in Ostdeutschland, die an einem authentischen Ort eine Begegnung mit der Stasi, dem "Schild und Schwert der Partei", ermöglichen. 150000 Besucher wurden 2005 durch die Anlage geführt. Leicht hat Knabe es dennoch nicht. Knabes

oberster Chef ist der Berliner Kultursenator Thomas Flierl, ein PDS-Minister in der rot-roten Landesregierung, die die ehemalige Mauerstadt geräuschlos erträgt und am 17. September wohl für weitere fünf Jahre bestätigt. Flierl war seit 1976 Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Ostdeutschland beherrschte. Als vor einigen Wochen 200 ehemalige Stasi-Offiziere in einer offenbar genau geplanten Aktion eine offene Diskussion über einen Randaspekt der Gedenkstätte zu sprengen versuchten, schwieg Flierl. "Er weiß, wer ihn gewählt hat", sagt dazu Professor Manfred Wilke, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin.

Die grauen Herren sind also wieder da, und ihr Resonanzkörper ist größer geworden. Wie das eben vorgelegte Expertengutachten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kommen auch Wilke und Knabe zu dem Schluss, dass die DDR in der Rückschau zumeist trivialisiert wird. Knabe: "Es gibt die Tendenz, die DDR zunehmend weichzuzeichnen." Nur richten der Wissenschaftler und der Gedenkstättenleiter diesen Vorwurf auch an die Studie selbst. Einer der Autoren ist dann auch Rainer Eckert, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, das vornehmlich in Plaste und Elaste schwelgt und dem Kritiker vorwerfen, es entwerfe das Bild eines gemütlichen Staats, in dem jeder versorgt war.

Knabe beschränkt seine Kritik nicht auf die alten Stasi-Kader. Schüler, sagt er, kommen völlig ahnungslos in die Gedenkstätte. Vor allem Ost-Lehrer machen offenbar einen weiten Bogen um das verminte Thema. Immer wieder, hat er festgestellt, werde den Menschen in den neuen Ländern eingeredet, die moralische Verurteilung der Stasi (die juristische scheiterte bekanntlich, auch das ein gewichtiges Argument der grauen Herren) sei eigentlich eine Verurteilung der Ostdeutschen. So haben die Täter von damals ihre Bühne - bei Veranstaltungen zum 50. Gründungsjubiläum der Nationalen Volksarmee, wie sie derzeit immer wieder abgehalten werden, in der Linkspartei, im Ost-Relikt Volkssolidarität, wo die enttäuschten Rentner zwischen Fichtelberg und Ostsee eine erinnerungsseelige Heimat finden. Knabe leistet mutigen Widerspruch, wo er kann, riskiert dabei eine blutige Nase und steht oft sehr allein da. Auch weil viele der Opfer - in der Gedenkstätte Hohenschönhausen kann es jeder einigermaßen sensible Mensch selbst erfahren - sprachlos wurden vor Enttäuschung oder bis heute gebrochen sind von den Methoden des SED-Systems.

Manfred Wilke sieht noch einen weiteren Grund, warum sich die Täter von damals immer lauter zu Wort melden: Jene, die 1989 herausragende Funktionen besetzten, werden alt. Viel Zeit haben sie nicht mehr, um wie die Ex-Offiziere Klaus Eichner, Wolfgang Hartmann und Wolfgang Schmidt von "Siegerjustiz" und "Meinungsterror" zu sprechen. Doch dass der Spuk irgendwann vorbei sein wird, wagen weder Knabe noch Wilke zu hoffen. In den nächsten Jahren, sagt Historiker Wilke, wird jenes DDR-Bild zementiert, das die historische Wahrnehmung des SED-Staats prägen wird. Die grauen Herren werkeln eifrig mit, die staatliche Erinnerungspolitik muss darauf erst eine Antwort finden. Keine einfache Aufgabe für eine Epoche, in der es kaum mehr Zeitzeugen geben wird. Professor Wilke fasst es in einem Satz zusammen: "Die Perspektive einer gemeinsamen Zukunft setzt eine wahrhafte Erinnerung voraus." Die Betonung legt er dabei auf wahrhaft. Siegfried Rataizick, der alte Stasi-Oberst, würde vermutlich nicht zögern zuzustimmen.

18.05.06 Südkurier

Jörg-Peter Rau

Die Rückkehr der grauen Herren. Wenn die Täter plötzlich Opfer sein wollen: Führende Mitglieder der DDR-Staatssicherheit wagen sich aus der Deckung

Es gibt Momente, in denen könnte man Siegfried Rataizick für einen freundlichen älteren Herren halten. Einen Opa, der über früher plaudert. Doch schon vor mehr als drei Jahren zeigte er in einem weithin unbeachteten Dokumentarfilm sein wahres Gesicht. "Es war doch nicht so, dass wir als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit Berührungängste mit der Bevölkerung gehabt hätten", sagt der ehemalige Oberst im DDR-Geheimdienst.

Jahrzehntelang leitete Rataizick das Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen, das das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) unterhielt. Von Berührungsängsten würden wohl eher jene sprechen, die dort festgehalten wurden und sich vor jeder Berührung aus gutem Grund ängstigten.

Hans-Eberhard Zahn muss man nicht für einen freundlichen älteren Herrn halten, er ist es. Zahn ist einer von den Zigtausenden mit den Berührungsängsten. 1958 und 1959 war er Häftling in Hohenschönhausen, nach der Wende hat er, Diplom-Psychologe, eine wissenschaftliche Arbeit über "Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungshaftanstalten des MfS" vorgelegt. Inzwischen ist er Mitglied im Beirat der zur Gedenkstätte gewandelten Haftanstalt und ein sanfter, aber bestimmter Mahner wider das Vergessen.

Seit einigen Jahren kreuzen sich die Wege der beiden wieder. Denn Siegfried Rataizick zieht es offenbar mit Macht an seine alte Wirkungsstätte zurück. Vielleicht will er dort ehemalige Kollegen treffen, denen der Gang nach Hohenschönhausen auch nicht mehr peinlich ist. Die, wie jüngst in einer öffentlichen Anhörung über die künftige Gestaltung des Gedenkstätten-Umfelds, vor nichts mehr zurückschrecken. Hans-Eberhard Zahn und andere Opfer, die in der Gedenkstätte Touristen und Schulklassen durch Zellentrate und Verhörzimmer führen, werden öffentlich verunglimpft. Und Siegfried Rataizick, ausgestattet mit einer eben erhöhten staatlichen Pension, sagt, er sei Opfer, entrechtet von der Bundesrepublik. Im Film "Ministerium für Staatssicherheit - Alltag einer Behörde" von Jan Lorenzen und Christian Klemke sekundiert ein Kader-Genosse, der sich "keine Verbrechen einreden lassen" will.

Die grauen Herren sind zurück, und sie haben sich gut organisiert. Sie haben eine Internetseite eingerichtet, auf der sie die Geschichte umschreiben und die bundesdeutschen Medien mit Bezug auf die Nazi-Zeit als "gleichgeschaltet" verunglimpfen. Sie haben die "Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung" gegründet, der ehemalige DDR-Bürgerrechtler eine Verhöhnung der SED-Opfer vorwerfen. Laut der Tageszeitung "Die Welt" schreibt die Gesellschaft auch Briefe - an Schulleiter, wenn sie erfahren haben, dass eine Klasse die Gedenkstätte Hohenschönhausen besucht hat. Diese Besichtigung, schreiben die Herren, erfülle sie mit Sorge, denn in der Gedenkstätte würden "lügnerische Behauptungen" über die Stasi aufgestellt.

Hubertus Knabe ist es leid, diesen Vorwurf zurückzuweisen, und tut es dennoch unermüdlich. Seine Einrichtung ist eine der wenigen in Ostdeutschland, die an einem authentischen Ort eine Begegnung mit der Stasi, dem "Schild und Schwert der Partei", ermöglichen. 150000 Besucher wurden 2005 durch die Anlage geführt. Leicht hat Knabe es dennoch nicht. Knabes oberster Chef ist der Berliner Kultursenator Thomas Flierl, ein PDS-Minister in der rot-roten Landesregierung, die die ehemalige Mauerstadt geräuschlos erträgt und am 17. September wohl für weitere fünf Jahre bestätigt. Flierl war seit 1976 Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Ostdeutschland beherrschte. Als vor einigen Wochen 200 ehemalige Stasi-Offiziere in einer offenbar genau geplanten Aktion eine offene Diskussion über einen Randaspekt der Gedenkstätte zu sprengen versuchten, schwieg Flierl. "Er weiß, wer ihn gewählt hat", sagt dazu Professor Manfred Wilke, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin.

Die grauen Herren sind also wieder da, und ihr Resonanzkörper ist größer geworden. Wie das eben vorgelegte Expertengutachten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kommen auch Wilke und Knabe zu dem Schluss, dass die DDR in der Rückschau zumeist trivialisiert wird. Knabe: "Es gibt die Tendenz, die DDR zunehmend weichzuzeichnen." Nur richten der Wissenschaftler und der Gedenkstättenleiter diesen Vorwurf auch an die Studie selbst. Einer der Autoren ist dann auch Rainer Eckert, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, das vornehmlich in Plaste und Elaste schwelgt und dem Kritiker vorwerfen, es entwerfe das Bild eines gemütlichen Staats, in dem jeder versorgt war.

Knabe beschränkt seine Kritik nicht auf die alten Stasi-Kader. Schüler, sagt er, kommen völlig ahnungslos in die Gedenkstätte. Vor allem Ost-Lehrer machen offenbar einen weiten Bogen um das vermintete Thema. Immer wieder, hat er festgestellt, werde den Menschen in den neuen Ländern eingeredet, die moralische Verurteilung der Stasi (die juristische scheiterte bekanntlich, auch das ein gewichtiges Argument der grauen Herren) sei eigentlich eine Verurteilung der Ostdeutschen. So haben die Täter von damals ihre Bühne - bei Veranstaltungen zum 50. Gründungsjubiläum der Nationalen Volksarmee, wie sie derzeit immer wieder abgehalten werden, in der Linkspartei, im Ost-Relikt Volkssolidarität, wo die enttäuschten Rentner zwischen Fichtelberg und Ostsee eine erinnerungsselige Heimat finden. Knabe leistet mutigen Widerspruch, wo er kann, riskiert dabei eine blutige Nase und steht oft sehr allein da. Auch weil viele der Opfer - in der Gedenkstätte Hohenschönhausen kann es jeder einigermaßen sensible Mensch selbst erfahren - sprachlos wurden vor Enttäuschung oder bis heute gebrochen sind von den Methoden des SED-Systems.

Manfred Wilke sieht noch einen weiteren Grund, warum sich die Täter von damals immer lauter zu Wort melden: Jene, die 1989 herausragende Funktionen besetzten, werden alt. Viel Zeit haben sie nicht mehr, um wie die Ex-Offiziere Klaus Eichner, Wolfgang Hartmann und Wolfgang Schmidt von "Siegerjustiz" und "Meinungsterror" zu sprechen. Doch dass der Spuk irgendwann vorbei sein wird, wagen weder Knabe noch Wilke zu hoffen. In den nächsten Jahren, sagt Historiker Wilke, wird jenes DDR-Bild zementiert, das die historische Wahrnehmung des SED-Staats prägen wird. Die grauen Herren werkeln eifrig mit, die staatliche Erinnerungspolitik muss darauf erst eine Antwort finden. Keine einfache Aufgabe für eine Epoche, in der es kaum mehr Zeitzeugen geben wird. Professor Wilke fasst es in einem Satz zusammen: "Die Perspektive einer gemeinsamen Zukunft setzt eine wahrhafte Erinnerung voraus." Die Betonung legt er dabei auf wahrhaft. Siegfried Rataizick, der alte Stasi-Oberst, würde vermutlich nicht zögern zuzustimmen.

18.05.06 Der Tagesspiegel

Klaus Schröder

Positionen: Was wir vergessen, das war nicht. Auch in der DDR gab's Alltag, aber der war nicht entscheidend

In einer kürzlich von uns durchgeführten Befragung von über 2000 Berliner Schülern lehnten knapp zwei Drittel die Aussage ab, in der DDR war der Alltag für viele durch Diktatur und Überwachung geprägt. Etwa gleich viele stimmten zumindest teilweise der Feststellung zu, die Regierung der DDR war durch demokratische Wahlen legitimiert. Nur etwa jeder Zweite verneinte den Satz „Die DDR war keine Diktatur – die Menschen mussten sich nur wie überall anpassen“. In der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR konnte sich ebenfalls jeder Zweite mit der These anfreunden, die Bundesrepublik sei anders, aber nicht besser als die DDR gewesen.

Betrachtet man aktuelle Bücher und Filme über die DDR, lässt sich unschwer eine Dominanz alltagsgeprägter Beschreibungen feststellen. Junge Frauen erzählen über ihre spannende oder langweilige Kindheit in der DDR, abgewickelte Politiker und Wissenschaftler rücken ihre sozialistischen Ideale und die Normalität des Alltags ins Blickfeld, Feinschmecker berichten über die Vielfalt der Küche in der DDR, und selbst der ehemalige stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Markus Wolf, darf seine Ansichten über die humanistische DDR in Talkshows verbreiten. Ganz zu schweigen vom ehemaligen Vorsitzenden des Rechtsanwaltskollegiums der DDR, Gregor Gysi, der in den Medien nahezu omnipräsent ist.

Wie vor diesem Hintergrund die noch von der rot-grünen Koalition eingesetzte Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zur Diagnose einer „gegenwärtigen Vorrangstellung der öffentlichen

Dokumentation staatlicher Repression“ kommt, erschließt erst der Blick in die Vorgeschichte. Schon seit Jahren versuchen linke Historiker und Politiker, die von einem Bürgerrechtlerverein betriebene ehemalige Mielke-Zentrale in der Normannenstraße durch den Einbezug in die Birtler-Behörde ihres weitgehend autonomen Charakters zu berauben. Und auch die Gedenkstätte im ehemaligen MfS-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen sollte inhaltlich und personell anders ausgerichtet werden.

Nachdem diese Versuche scheiterten, wurde zur Legitimation des Plans, diese authentischen Orte zu entschärfen, eine Kommission eingesetzt. Um ihr Ergebnis nicht politisch, sondern wissenschaftlich begründen zu können, musste sie notwendigerweise eine falsche Diagnose stellen.

Die tatsächlichen Defizite bei der Darstellung und Einordnung der DDR – bezüglich der Rolle der SED bei der Gestaltung der Gesellschaft und ihrer generellen Vorrangstellung sowie vor allem der vergleichenden Bewertung der DDR – werden von der Kommission nicht oder nur am Rande angesprochen. Gleichzeitig scheuen die Autoren davor zurück, Kriterien für die Einordnung der DDR zu nennen. Anscheinend soll sie im Geiste der alten systemimmanenten DDR-Forschung wertneutral beschrieben und auf Augenhöhe mit der alten Bundesrepublik gestellt werden, so dass hinter dieser Äquidistanz die Differenz zwischen Demokratie und Diktatur verschwindet.

Die Weichzeichnung der SED-Diktatur wird im Papier der Expertenkommission durch den für die DDR gewählten Begriff „durchherrschte Gesellschaft“ deutlich. Da alle Gesellschaften mehr oder weniger „durchherrscht“ sind, die einen stärker politisch, die anderen ökonomisch, werden Analogien zwischen Bundesrepublik und DDR konstruiert. Der entscheidende Unterschied zwischen der durch eine Mehrheit legitimierten und einer auf Gewalt(-androhung) und Ideologie begründeten Herrschaft geht dabei verloren.

Diese begriffliche Vorgabe reduziert die geforderten Analysen auf bloße Beschreibungen von Banalitäten. Erst wenn die DDR wie andere sowjetkommunistische Staaten im Sinne von Agnes Heller als totalitär verfasste politische Gesellschaft verstanden wird, in der die Herrschenden eine „Diktatur über die Bedürfnisse“ sowie die Ausschaltung von Pluralismus und Individualismus anstreben, werden auch die Widersprüche zwischen Machtmechanismen und dem Willen nach Freiheit und Wohlstand von großen Teilen der Bevölkerung sichtbar. Genau an diesem Widerspruch ist die DDR gescheitert und der SED-Staat untergegangen.

Die von der Kommission unterbreiteten Vorschläge, neue Schwerpunkte auf Basis des Vorhandenen zu bilden, können nicht überzeugen. Wichtiger wäre es, vergleichende Studien, zum Beispiel zwischen NS-Staat, DDR und Bundesrepublik anzuregen und die Grundlagen einer freiheitlichen und zivilen Gesellschaft als Bewertungsmaßstab zu vermitteln. Dabei sollte der Ausbau von einschlägiger Forschung und Lehre in den Universitäten im Vordergrund stehen und nicht die Schaffung neuer außeruniversitärer Einrichtungen. Sinnvoll wäre es zum Beispiel, den Universitäten in einem Sonderprogramm Mittel für spezielle Lehrveranstaltungen über die DDR und das geteilte Deutschland zur Verfügung zu stellen und hierbei ein besonders Augenmerk auf die Lehrerausbildung zu richten.

Die beiden von der Kommission zur Disposition gestellten Gedenkstätten passen in ihrer heutigen Struktur durchaus in die Erinnerungslandschaft, stellen sie doch ein gewisses Korrektiv zur Dominanz von Alltags- und Gesellschaftsanalysen sowie zur nostalgischen Verklärung der DDR dar. Zu Recht werden sie von „Freunden der DDR“ als Störfaktor angesehen. Gerade die gut besuchten authentischen Orte

leisten derzeit mehr für die politische Aufklärung als viele Bücher und Forschungsprojekte der Kommissionshistoriker zusammen. Dabei ziehen beide Gedenkstätten ihre Kraft aus dem bürgerschaftlichen Engagement vieler ehrenamtlicher Akteure, die vor 1989 zu den Gegnern der SED-Diktatur gehörten. Der Verfasser ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und leitet dort den Forschungsverbund SED-Staat.

18.05.06 Die Zeit

Evelyn Finger

Lieber zu spät als nie. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur wird Staatsziel.

Der Sozialismus lässt sich, je länger er zurückliegt, desto schwerer überwinden. Bei der Verleihung der deutschen Filmpreise sah es für einen Moment so aus, als entdeckte die Bundesrepublik endlich die wahre DDR-Geschichte – und die breite Debatte darüber erreiche ein neues Niveau: Sieben Lolas gewann der Stasi-Film *Das Leben der Anderen*, obwohl er nicht so sehr von fiesen Spitzeln, sondern von komplexen Repressionsmechanismen handelte. Doch der Jubel wurde sogleich übertönt von Gezeter, und zwar über ein staatliches Gutachten, das die »Aufarbeitung der SED-Diktatur« zum nationalen Anliegen erklärt. Es fordert eine stärkere Vernetzung der Gedenkorte und eine Verwissenschaftlichung des Diskurses – und ist insofern absolut plausibel. Das Gezeter aber erst recht. Denn die Empfehlungen der Expertenkommission, die von Kulturstaatsministerin a. D. Christina Weiss berufen wurde, kommen viel zu spät.

Fast sechzehn Jahre begnügten sich die jeweils Regierenden mit symbolischem Herumkramen in Stasi-Akten, einem schlecht ausgestatteten Bundesarchiv, einer mager bezuschussten Stiftung Aufarbeitung – und verließen sich im Übrigen auf Opferverbände, Bürgerinitiativen, einzelne Historiker, die manchmal von Land oder Kommune unterstützt wurden, manchmal auch nicht. Dank ihnen können jetzt überhaupt so schöne Empfehlungen formuliert werden. Ohne Leute wie Tobias Hollitzer (Leipziger Museum »In der Runden Ecke«), Joachim Scherrieble (Gedenkstätte Marienborn), Hubertus Knabe (Gedenkstätte Hohenschönhausen), Arndt Schaffner (AG Grenzmuseen) gäbe es nichts zu zentralisieren. Es wären historische Quellen verschüttet, Zeitzeugen unbefragt gestorben, innerdeutsche Grenzverläufe nicht mehr rekonstruierbar. Die Aufarbeitungsaktivisten haben das Gras, das ständig über die Vergangenheit zu wachsen drohte, per Hand gemäht. Sie warteten in ungeheizten Bruchbuden auf Besucher. Sie hielten Vorträge vor Schulklassen und bezahlten Verlage für den Abdruck der eigenen Opfergeschichte. Sechzehn Jahre lang waren sie nützliche Idealisten, kein Wunder, wenn sie sich nun von einer Evaluierungskommission bedroht fühlen. Denn zur Behebung der inkriminierten Aufarbeitungsmängel, die oft erst durch Geldmangel entstanden sind, wird es wohl wieder kein zusätzliches Geld geben. Auf dem Deckblatt des Empfehlungsschreibens steht, dass eine »Überbeanspruchung finanzieller Ressourcen« vermieden werden soll. »Überbeanspruchung« klingt für Gedenkstättenleiter, die jahrelang mit ABM-Kräften arbeiten mussten, während sie auf Knien um eine halbe Historikerstelle bettelten, wie ein schlechter Witz. Aber vielleicht ist die Angreifbarkeit des Papiers sein Vorteil. Es bringt einen neuen Ernst in die Debatte und lässt zutage treten, was von uns allen versäumt worden ist.

18.05.06 Frankfurter Rundschau

Matthias Arning

Kommentare: Stoff der Erinnerung

„Der Stoff reicht allemal für weitere Kontroversen über die Vergangenheit.“

Über Deutschland erzählt man sich Geschichten. Das Land, so heißt die eine Variante, habe es mit der Wiedervereinigung seiner beiden ungleichen Teile vermocht, wieder Nation zu werden. Eine Nation, die sich ihrer schrecklichen Vergangenheit gestellt habe und sich guten Gewissens als selbstbewusst behaupten könne. Das Land, so geht die andere Variante, ist alles andere als ein homogenes Gebilde, das eine gewisse Orientierung in der Erinnerung findet. Vielmehr falle die Wahrnehmung des 20. Jahrhunderts zwischen Ost und West drastisch auseinander. Beiden Geschichten gemeinsam ist, dass in ihnen nicht mehr von einem Ende der Nachkriegszeit die Rede ist. Vielmehr nähren sie die Gewissheit: Der Streit um die Interpunktionen der jüngeren Zeitgeschichte, und somit auch um die Zukunft der Erinnerung, hebt noch einmal an.

Das hängt mit zwei Ereignissen zusammen, die eher zufällig in diese Woche fielen: mit dem Beschluss, das NS-Opfer-Archiv in Bad Arolsen der forschenden Öffentlichkeit zu öffnen, und mit der kritischen Bestandsaufnahme von DDR-Forschern, die den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur für Kulturstaatsminister Neumann ermittelten.

Der Zugang zum Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen hätte eigentlich ein Kapitel in der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte über den Umgang mit dem Holocaust werden können. Bereits vor Jahren hatte sich das Archiv selbst eine Öffnung verordnet, doch erst die massive Intervention US-amerikanischer Stellen ebnete den Weg. Das verstanden manche nicht gerade als einen Ausweis republikanischer Reife in Deutschland. Dennoch: Insgesamt hat man sich mit der - wenn auch reichlich späten - Entschädigung früherer NS-Zwangsarbeiter zuletzt doch als entschlossener Aufarbeiter der nationalsozialistischen Vergangenheit erwiesen. Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert sozusagen. Das weitgehend konsequente Kurshalten fand Anerkennung: Eine deutliche Mehrheit innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft votierte für einen Sitz der Bundesrepublik im Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen.

Alles schien gut zu werden. Zumindest im Westen, wo man die Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens pries. Doch nach dem Bericht der Historikerkommission zur Rezeption der DDR-Geschichte wachsen Zweifel, wie tragfähig die Geschichte des 20. Jahrhunderts als Nationalgeschichte sein kann. Denn zu unterschiedlich fallen die Zuschreibungen aus, wenn es um die Bedeutung der nationalsozialistischen Diktatur geht. Im Westen will man eine gesamtdeutsche Linie durch das 20. Jahrhundert ziehen, kann aber die Zeit der SED-Diktatur nicht einbinden. Derweil tut sich der Osten schwer, den westlichen Umgang mit dem NS-Unrechtsregime in einer Gesamtgeschichte zu würdigen. Man fürchtet, der Antifaschismus könnte als Begründung des anderen Staates entfallen.

Die Furcht vor Relativierungen ist den gegenwärtigen Irritationen gemeinsam. Sie entstehen mitunter aus guten Gründen. So weckte die Konzeption der Gedenkstätten in Sachsen durchaus den Eindruck, zwischen der Diktatur der SED und dem nationalsozialistischen Völkermord habe es keine fundamentalen Unterschiede gegeben. Eine Ahnung von diesen gedanklichen Konfusionen im Kampf um Deutungshoheiten scheint Rainer Eppelmann vor mehr als zehn Jahren gehabt zu haben. Er beschrieb als Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit deren Arbeitsprogramm: Für diese Aufgabe gebraucht werde "Herz und Verstand, der Wille zur Gerechtigkeit und die Fähigkeit zum Verständnis und zur Barmherzigkeit".

Mit großen Gefühlen sollte sich der Abschied vom Gestern vollziehen können. Haben zumindest viele bislang gedacht. Es kann aber wohl keine Rede davon sein. Der Stoff, aus dem man Erinnerung gewinnen kann, reicht allemal für weitere Kontroversen über die Vergangenheit in Deutschland. Schließlich lässt sich nur so etwas für das Selbstverständnis nicht der vereinten Nation, wohl aber der größer gewordenen Republik gewinnen.

18.05.06 Freitag S. 1
Marina Achenbach

Alltag mit und ohne Stasi. DDR Geschichte. Eine leicht veränderte Sicht und sofort der Streit

17.05.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Regina Mönch

Weichspüler der Geschichte. Deutungshoheit über die DDR: Der Kulturstaatsminister watscht seine Gutachter ab

17.05.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung

mk

Vaatz: BIRTHLER-Behörde abschaffen. CDU-Politiker: Stasi-Akten ins Bundesarchiv / Streit über Bericht

17.05.06 Der Tagesspiegel

Matthias Schlegel

BIRTHLER: Ende der Behörde kein Thema

Berlin - Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, hat die Forderung von Unionsfraktionsvize Arnold Vaatz, die Stasi-Unterlagenbehörde abzuschaffen, zurückgewiesen. „Herr Vaatz wird das nicht gerne hören, aber den größten Beifall wird er von den alten Stasi-Offizieren bekommen“, sagte Birthler dem Tagesspiegel. Vaatz hatte der „Sächsischen Zeitung“ gesagt, die Stasi-Akten sollten „so schnell wie möglich ins Bundesarchiv überführt werden“.

Birthler meinte dazu, Vaatz' Äußerungen „entbehren der Sachkenntnis“. Aus dem Bundesarchiv selbst sei zu hören, dass dies kein aktuelles Thema sei. „Es hat vor 15 Jahren gute Gründe gegeben, die Stasi-Akten wegen ihrer besonderen Schutzwürdigkeit nicht dem allgemeinen Archivrecht zu unterstellen. Das gilt nach wie vor, auch nach der Rechtsprechung in der Streitsache um die Kohl-Akten. Mich wundert, dass gerade Herr Vaatz so sorglos damit umgeht“, sagte Birthler.

Sie wies darauf hin, dass das Archivgesetz keinen Unterschied zwischen Täter- und Opferakten kenne. „Das heißt, dass auch der erleichterte Zugang der Wissenschaftler zu den Täterakten gefährdet wäre.“ Auch das Argument, man müsse dann eben das Bundesarchivgesetz ändern, sei fragwürdig: „Wenn die Stasi-Unterlagen ein anderes Gesetz brauchen als das Bundesarchivrecht, und das scheint auch Arnold Vaatz so zu sehen, dann kann ich nur sagen: Ein solches Gesetz gibt es mit dem Stasi-Unterlagengesetz bereits.“

Den Vorwurf, die Expertenkommission für einen Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wolle aus der Stasi-Unterlagenbehörde ein „berlinzentriertes Gedenkkombinat“ machen, wies Birthler zurück. „Die Stasi-Unterlagenbehörde ist seit ihrem Bestehen dezentral organisiert. In unseren Außenstellen wird wichtige, auf die jeweiligen Regionen bezogene Arbeit geleistet“, sagte sie. Wenn es um den Vorschlag gehe, das Haus I der ehemaligen Stasi-Zentrale und die Gedenkstätte Hohenschönhausen in die Obhut der Behörde zu geben, müsse man differenzieren: „Beim Haus I liegt diese Zuordnung nahe. Schließlich geht die Berufung der Expertenkommission darauf zurück, dass nach einer Lösung für das Haus 1, den früheren Sitz von Erich Mielke, gesucht wurde.“ Anders sei es mit Hohenschönhausen: „Dort gibt es eine funktionierende Struktur in der Trägerschaft des Landes Berlin.“ Auf die Frage, warum das Expertenkonzept so stark polarisiere, sagte Birthler: „In dieser Debatte kommen so manche institutionellen Interessen zum Vorschein, und natürlich geht es auch um Geld.“

17.05.06 Die Welt

Interview: Sven Felix Kellerhoff

"Das Symbol einer friedlichen Revolution bleibt". Kommissions-Chef Martin Sabrow über das Gutachten zur DDR-Aufarbeitung, den Vorwurf der "Weichspülerei" und die Zukunft der Birtler-Behörde

Die Welt: Die Bürgerrechtlerin Freya Klier hält die Empfehlungen zur künftigen Aufarbeitung der DDR für "vage". Sie haben die Kommission geleitet, die das Papier erarbeitet hat. Schon vor der Veröffentlichung am Montag gab es viel Kritik - zum Beispiel war von "staatlich geförderter Ostalgie" die Rede.

Martin Sabrow: Es ist ganz normal in unserem historisch-politischen Geschäft, daß es auf Reformvorschläge zunächst auch reflexartige Reaktionen gibt, wenn man sich von den Gutachtern in seiner eigenen Sichtweise nicht bestätigt fühlt- nicht zuletzt geht es dabei ja auch um die Selbstabsicherung von Institutionen und Personen. Am Ende aber wird sich, da bin ich ganz zuversichtlich, doch die Plausibilität unserer Empfehlungen gegen unsachliche oder nur interessegeleitete Kritik behaupten.

Welt: Alles eine Frage der Zeit?

Sabrow: Unsere Kommission hat die DDR-Aufarbeitung ja im kleinen abgebildet - Bürgerrechtler waren ebenso beteiligt wie Museumsleute und Fachhistoriker. Wir haben uns schließlich geeinigt, ohne auf faule Kompromisse zu verfallen.

Welt: Ist Eindeutigkeit zu viel verlangt?

Sabrow: Unsere Vorschläge sind durchaus klar; in der Presse werden sie als brisant bewertet. Zugleich aber haben wir es bei der DDR-Vergangenheit mit einer komplexen Materie zu tun. Deshalb empfehlen wir Differenzierung und Perspektivenvielfalt - in unserem Fall in drei Säulen der Dikturaufarbeitung gegliedert: erstens "Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand", zweitens "Überwachung und Verfolgung", drittens "Teilung und Grenze".

Welt: Ihre Kommission schlägt einen Akzentwechsel von der Stasi zur Opposition der Ostdeutschen vor. Wirkt eine solche Verschiebung des Interesses von den Verbrechen der Täter weg nicht notwendig relativierend?

Sabrow: Ich muß widersprechen. Wir behalten die Täterwelt ebenso im Auge wie die Opferperspektive und den Blick auf die Herrschaftsstrukturen ebenso wie den auf die Lebenswelt der Gesellschaft. Gegenwärtig steht gewiß der "Täter" im Vordergrund. Das ist einerseits gut, denn das macht individuelle Verantwortung deutlich und zeigt, daß Diktaturen funktionieren, weil Menschen sie billigen und tragen. Aber als Historiker weiß ich natürlich auch, daß der Begriff "Täter" zugleich ein Maß an Handlungs- und auch Wertebildungsautonomie unterstellt, die in der Zwangsnormalität einer repressiven Gesellschaft gar nicht immer und überall gegeben sein mußte - im Dritten Reich übrigens ebenso wie in der DDR. Gerade weil wir neben der politischen Distanzierung von der Diktatur auch deren wissenschaftliche Erklärung leisten müssen, reicht es nicht, die Diktatur allein aus der Perspektive der Täter zu betrachten - und es reicht genauso wenig, die Täterverantwortung in anonymen "Strukturen" aufgehen zu lassen.

Welt: Ihnen persönlich wird vorgeworfen, ein "Weichspüler der DDR" zu sein ...

Sabrow: Dieser Vorwurf ist einigermaßen merkwürdig gegenüber einem Zeithistoriker, der sich nicht zuletzt mit Fragen des Vergleichs von kommunistischer und NS-Diktatur beschäftigt. Wo in unserem Gutachten wird irgend etwas an der DDR "weichgespült"? Unsere Bemühungen dienen dazu, uns die Vergangenheit besser zu vergegenwärtigen und sie der Gesellschaft mitzuteilen. Und darum steht es, allem öffentlichen und medialen Interesse für Geschichte zum Trotz, nicht gut in Deutschland. In den Schulen kommt davon zu wenig an - ich war selbst zehn Jahre lang Studienrat, ich glaube, das beurteilen zu können. Die Schulen brauchen die Unterstützung der Wissenschaft - das hat nichts mit "Weichspülen" zu tun, wohl aber mit kritischer Historisierung im Sinne von analytischer Distanz, sachlicher Differenzierung und fachlicher Selbstreflexivität.

Welt: Sie haben die DDR als "Konsens-Diktatur" bezeichnet.

Sabrow: Ja, und der Begriff wird gern gezielt mißverstanden. Ich meine damit natürlich nicht, daß der SED-Staat etwa auf einen gesellschaftlichen Konsens gegründet gewesen wäre. Das war er wahrhaftig nicht und er hätte ohne sowjetische Regimesicherung und hermetische Abriegelung nicht 40 Jahre existieren können. Vielmehr geht es mir um den fast manischen Zwang in kommunistischen Gesellschaften auch und gerade in ihrer stalinistischen Phase, die bekundete Einmütigkeit zwischen Führern und Geführten, zwischen Staat und Gesellschaft zu erzwingen und zu inszenieren, notfalls auch herbeizufälschen. Eben aus diesem Grund war etwa im stalinistischen Schauprozeß das Geständnis alles und galt der Indizienbeweis nichts - auf die Zustimmung des Verfolgten zu seiner Verfolgung kam es an, nicht auf die Realitätstüchtigkeit der Vorwürfe.

Oder, um ein ganz anderes Beispiel zu nehmen: Wie konnte die SED-Führung darauf verfallen, bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 Beobachter zuzulassen, um die behauptete und erfälschte hundertprozentige Zustimmung gleichsam von außen zu beglaubigen? Herrschaftstechnisch ein grandioser Irrtum des Regimes, aber für das Politbüro war es offenbar auch in der finalen Krise unabdingbar, sich den Schein des "Konsenses" zwischen Wählern und Gewählten um jeden Preis "bestätigen" zu lassen. Diese Leidenschaft zur Einmütigkeit nenne ich Konsens-Diktatur - die Zwangsherrschaft eines oft mit terroristischen Mitteln operierenden Zustimmungsprinzips, dessen Ritualisierung und Erosion den Untergang des SED-Staates begleitete und beschleunigte.

Welt: Was wird aus der BIRTHLER-Behörde?

Sabrow: Die Stasi-Unterlagenbehörde wird so lange existieren, wie Politik, Gesellschaft und öffentliche Meinung dies wünschen. Wir als Historiker können nicht sagen, wann das Stasi-Unterlagengesetz in seinem Kern abgearbeitet ist. Da gibt es Konjunkturen des öffentlichen Interesses, die wechseln. Uns ist wichtig: Von der Gauck-BIRTHLER-Behörde müssen zwei Teile auf jeden Fall erhalten werden. Sie ist erstens das Symbol der friedlichen Revolution - das ist ein Gut, das für die Zukunft bewahrt bleiben muß. Zweitens gibt es nirgends so viel Kompetenz in der Aufarbeitung des DDR-Repressionsapparates wie in der Abteilung Bildung und Forschung der BIRTHLER-Behörde. Das gilt es zu bewahren. Und deshalb schlagen wir vor, auch nach dem Übergang der Stasi-Akten in die Zuständigkeit des Bundesarchivs, der irgendwann kommen wird, diese beiden Teile der BIRTHLER-Behörde zu erhalten. Sie sollten mit den Berliner Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße zusammengeführt werden. Natürlich sehen wir das Problem der Zentralisierung; deshalb haben wir mehrere Modelle vorgeschlagen.

17.05.06 Neues Deutschland

Karlen Vesper

Politiker brüskieren Historiker. Die Linke aber begrüßt den Bericht zum Umgang mit DDR-Geschichte

Die Journalisten hatten keine Fragen. Anscheinend, weil sie sich im Vorfeld, schon vor der Veröffentlichung der »Empfehlungen einer Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ›Aufarbeitung der SED-Diktatur« in ihren Medien ausgetobt, Meinungen festgeklopft hatten. Vielleicht auch, weil wegen des späten Termins der Pressekonferenz am Montag in Berlin weiteres Verweilen nicht geraten schien im Interesse aktueller Berichterstattung, ohne den Redaktionsschluss zu gefährden. Nur eine Frage wurde gestellt, an die Adresse der Regierungsvertreter, den Staatsminister Bernd Neumann und den Abteilungsleiter Kultur und Medien im Kanzleramt, Hermann Schäfer. Ob sie sich nicht schämten, den Leiter der Expertenkommission, Martin Sabrow, so zu brüskieren. Was war geschehen?

Der Staatsminister hatte aus seiner Abneigung gegenüber dem Inhalt des Papiers keinerlei Hehl gemacht: »Wir müssen entschieden allen Tendenzen der Verklärung der ehemaligen DDR, der ›Ostalgies‹, mit Aufklärung und Information entgegenwirken.« Deshalb sei er für

eine Aufwertung der BIRTHLER-Behörde und der »Gedenkorte« wie Hohenschönhausen oder Normannenstraße in Berlin. In der von den Experten vorgeschlagenen Zusammenlegung der diversen Einrichtungen nach drei Themenschwerpunkten »Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand«, »Überwachung und Verfolgung« sowie »Teilung und Grenze« vermutet Neumann offenbar deren Abwertung und Abwicklung. Deren Existenzberechtigung auch künftig bekräftigte er mit dem Ausruf: »Unrecht muss Unrecht bleiben.« Akteneinsicht und Überprüfungen müssten weiterhin möglich sein. Er wünsche sich zudem die Wiedereröffnung des Zugangs zum Zentralen Einwohnerregister der DDR. Vehement lehnte der CDU-Politiker einen Paradigmenwechsel in der Darstellung der DDR ab.

Der Abteilungsleiter assistierte dem Staatsminister, erwies sich noch angriffslustiger, ja aggressiv. Der Gründungsdirektor des Bonner Hauses der Geschichte wollte eine ganze Reihe »Widersprüche« und »unlogische Formulierungen« im Papier ausgemacht haben. So würde beispielsweise einerseits eine zunehmend trivialere Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte beklagt, andererseits seriöse Aufarbeitung gelobt, einerseits für die BIRTHLER-Behörde eine »gleitende strategische Neuausrichtung« vorgeschlagen, andererseits bemerkt, diese habe »ihre Hausaufgaben nicht gemacht«. »Warum sollte sie dann überhaupt erhalten, ›gleitend neu ausgerichtet‹ werden?«, fragte Schäfer rhetorisch.

Sabrow antwortete auf dessen 13 Kritikpunkte mit »sowohl als auch«. Und stellte fest, dass offenbar wieder einmal die Politik andere Ergebnisse von einer unabhängigen Expertenkommission erwartet habe, als diese vorlegte. Betreffs des Vorwurfs, einen Paradigmenwechsel einleiten zu wollen, verwies der Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam auf den mittlerweile stattgefundenen Generationswechsel, der eine Akzentverschiebung rechtfertige, ja notwendig mache. Die nachgewachsene Generation hat andere Fragen an die Geschichte der DDR.

In ihren Empfehlungen beklagen die Sachverständigen, dass Überwachung, Verfolgung und Repression Übergewicht in der öffentlichen Darstellung der DDR einnähmen, Alltag und Widersprüche in der Gesellschaft zu kurz kämen, weshalb sich viele Ostdeutsche nicht mit den offerierten Geschichtsbildern identifizieren könnten, sie ablehnen. Auch konstatieren die Autoren eine in Ost und West geteilte Wahrnehmung.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE begrüßt die Empfehlungen: »Somit können neue Maßstäbe für eine plurale und den unterschiedlichen Perspektiven gerecht werdende Aufarbeitung der deutschen Geschichte im ›Jahrhundert der Extreme‹ gesetzt werden.« Berlins Kultursenator Thomas Flierl würdigt das Streben nach professioneller, organisatorischer Profilierung der Erinnerungsorte und die Weitung des Blicks auf die DDR.

Auf die einzige Journalistenfrage auf der Pressekonferenz am späten Montagnachmittag hatten übrigens Neumann und Schäfer verwundert ihrerseits Sabrow gefragt: »Fühlen Sie sich von uns brüskiert?« Worauf dieser sich zurücklehnte und salomonisch lächelte. Kein Wort. Er wurde verstanden.

16.05.06 Evangelischer Pressedienst

epd

Unterschiedliches Echo auf Expertenkommission zur SED-Aufarbeitung. BIRTHLER begrüßt Empfehlungen – Göring-Eckardt fordert Bundeskanzlerin zu Machtwort auf

Berlin (epd). Die von einer Expertenkommission vorgelegten Empfehlungen für ein Gesamtkonzept zur weiteren Aufarbeitung der SED-Diktatur haben ein unterschiedliches Echo gefunden. Als "schlüssig und überzeugend" bewertete die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne BIRTHLER, das vorgeschlagene Drei-Säulen-Modell. Der stellvertretende Unions-Fraktionschef im Bundestag, Arnold VAATZ, forderte dagegen in der "Sächsischen Zeitung" vom 16. Mai eine

rasche Abwicklung der Stasi-Unterlagen-Behörde. Dies stieß bei FDP und Bündnis 90/Grüne auf scharfen Protest.

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einem "unmissverständlichen Wort" für den Erhalt der Behörde auf. Die Äußerungen des CDU-Politikers zeigten, dass nicht nur in der PDS, sondern auch in der Union ein "Schlussstrich" unter die Arbeit der international geachteten Behörde erwogen wird. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jörg van Essen, bewertete die Forderung von Vaatz ebenfalls als "unsinnig". Die aktuellen Vorstöße ehemaliger Stasi-Offiziere zur Verharmlosung ihrer Verbrechen zeigten, dass die Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur mitnichten "archivierungsreif" sei, sondern in weiten Teilen noch bevorstehe.

In ihrer ersten Reaktion auf das Expertengutachten bemängelte Birthler allerdings, dass das 21-seitige Papier "hinsichtlich des Zeithorizonts für eine Umsetzung der verschiedenen Vorschläge" diffus bleibe. Ausdrücklich begrüßte sie dagegen die von der Kommission vorgeschlagene organisatorische Verbindung von Stasi-Unterlagen-Behörde und dem "Haus 1" in der Berliner Normannenstraße als dem ehemaligen Amtssitz von Stasi-Chef Erich Mielke.

Im Gegensatz dazu sei allerdings die von dem Gremium analog angedeutete Eingliederung des ehemaligen Stasi-Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen nicht notwendig. "Die Gedenkstätte bedarf zwar dringend der fachlichen Weiterentwicklung", verfüge aber bereits im Unterschied zu Haus 1 mit der Trägerschaft des Landes Berlin über eine funktionsfähige Struktur, sagte Birthler. Statt einer organisatorischen Anbindung sollte daher eher eine engere Zusammenarbeit bei Forschung und der wissenschaftlichen Begleitung der dortigen Ausstellungen angestrebt werden.

Die Frage einer möglichen Eingliederung der Gedenkstätte in die Stasi-Unterlagen-Behörde hatte in der Kommission zu einem Sondervotum des Mitglieds Freya Klier geführt. Auch Kanzleramts-Staatssekretär Hermann Schäfer kritisierte das Gutachten bei dessen Vorstellung am 15. Mai. Die Empfehlungen würden eine Reihe von Fragen aufwerfen und beinhalteten Widersprüche, monierte der Abteilungsleiter beim Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU). Zudem würden in dem Papier die universitären Forschungseinrichtungen mit keinem Wort erwähnt. Neumanns Amtsvorgängerin Christina Weiss (parteilos) hatte das Gutachten in Auftrag gegeben.

Kritik an dem Gutachten kam auch von der thüringischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Hildigund Neubert. Das "Weichspülen der Repressionsgeschichte" durch eine stärkere Orientierung auf den Alltag in der DDR sei "völlig unakzeptabel". Die geplante Konzentration der in Berlin bestehenden Einrichtungen sei zudem "schädlich für Thüringen" und werde den dort bestehenden Gedenkstätten nicht gerecht, erklärte Neubert in Erfurt. (2762/16.05.2006)

16.05.06 Die Linkszeitung

Hermann Otto-Lauterbach

Droht ein neuer Historikerstreit?

Potsdam (LiZ). Als Martin Sabrow, Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung von Ex-Kulturstaatsministerin Christina Weiß (SPD) mit dem Vorsitz einer von ihr eingesetzten zehnköpfigen Expertenkommission aus Historikern und ehemaligen Bürgerrechtlern betraut wurde, ahnte er wohl kaum, dass ihm noch vor Ende besagten Jahres 2006 von den NEU Verantwortlichen dem Staatssekretär Kurt Neumann (CDU) und dem

Abteilungsleiter für Kultur und Medien im Kanzleramt, Hermann Schäfer, ehemals Präsident vom Bonner „Haus der Geschichte“ (CDU), der tiefere Sinn der von ihm vorgestellten Expertise streitig gemacht würde.

Hermann Schäfer (CDU) warf der Kommission vor, ein höchst widersprüchliches Votum abgegeben zu haben. Einen „Paradigmenwechsel im Umgang mit der DDR-Diktatur dürfe es nicht geben, zumindest nicht, wenn der als Relativierung des DDR-Unrechts verstanden werden könne“.

Im 21seitigen Expertenpapier war zwar von einem „Paradigmenwechsel“ nicht die Rede, doch immerhin von einer „Akzentverschiebung“.

Die Kommissionsmitglieder – unter ihnen der „Tagesspiegel“-Herausgeber Hermann Rudolph und Ulrike Poppe von der Evangelischen Akademie Berlin – beklagten unter anderem, dass Überwachung und Verfolgung durch die DDR-Staatssicherheit in der öffentlichen Darstellung ein größeres Gewicht hätten als andere Aspekte der SED-Herrschaft.

Die Regisseurin Freya Klier gab als einzige ein Sondervotum ab. Die Auseinandersetzung mit den Netzwerken ehemaliger „Nomenklaturkader“ fordere ein „offensiveres Instrumentarium“ als das im Papier empfohlene. Dies atme „über weite Strecken den Geist des Abwickelns, des Historisierens“.

Damit hatte sie, scheinbar ungewollt, den definitiven Unterschied zwischen „zeitgeschichtlicher Forschung“ und „medialer Aufarbeitung“ auf den Punkt gebracht, dem es vorrangig um die Herausbildung eines scheinbar „authentischen Geschichtsbildes“ in den Köpfen nachfolgender Generationen zu tun ist.

In einer früheren Veröffentlichung des Potsdamer Zentrum (2002/2003) war dieser Unterschied durchaus unmissverständlich dargelegt worden, wenn es da u.a. hieß: „’Zeitgeschichte’ ist längst mehr als die Bezeichnung einer Teildisziplin der Geschichtswissenschaften. Zwar taugt Hans Rothfels’ Definition von Zeitgeschichte als der ‘Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Bearbeitung’ auch heute noch zur innerakademischen Grenzziehung. Zugleich hat sich aber außerhalb der ‘Zunft’ und ihrer auf Wort und Schrift ausgerichteten Kommunikation eine ganz anders gerechtfertigte Praxis von ‘Zeitgeschichte’ durchgesetzt: In den Massenmedien unserer Tage deckt sich ‘Zeitgeschichte’ weitgehend mit dem, was sich mithilfe der im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Perfektion entwickelten ... Aufzeichnungs- und Wiedergabeverfahren in Ton und Bild als ‘authentische’ Vergangenheit inszenieren lässt.

...Audiovisuelle Medien haben nicht nur die Kommunikation im Alltag von Arbeit, Familie und Freizeit rationalisiert, beschleunigt und synchronisiert. Sie befördern zugleich eine gesteigerte Reflexivität gesellschaftlicher Wahrnehmungsweisen, möglichst noch im Moment des Wahrnehmens. Die Identität von Geschehen und massenmedialer Übermittlung generiert historische Ereignisse auf neue Weise: nicht mehr lediglich als Konstrukt retrospektiver Diskurse, sondern als unmittelbar allen “angeschlossenen” Hörern und Zuschauern sich offenbarende Evidenz. Noch im gegenwärtigen Geschehen wird der Moment, an dem alle mit Augen und Ohren teilhaben, zur Geschichte, Zeitgeschichte somit zur Epoche der Mitsehenden und Mithörenden.

Mittlerweile füllen Aufzeichnungen derartiger “historischer Momente” die Archive der Rundfunkanstalten und Medienkonzerne und dienen als Rohmaterial des “Histotainment”:

Jenes Unterhaltungsgenres, das das Vergnügen und den Kitzel, virtuell an der audiovisuellen Evidenz des “Historischen” teilzuhaben, zum Konsumartikel weiterentwickelt hat.“ (Ende des Zitats).

So also wird aus „Zeitgeschichte - Aufarbeitung“, und aus „Aufarbeitung - Histotainment“ und aus dem neuzeitlicheren „Histotainment“ das Trugbild: „Genau so ist es gewesen! Genau so hab’ ich es erlebt!“.

Interview: Armin Görtz

„Birthler-Behörde in Stiftung umwandeln“. Rainer Eckert über die Arbeit der Historiker-Kommission

16.06. Mitteldeutsche Zeitung

Berlin/dpa

Weiter Streit um Umgang mit SED-Diktatur. Ex-Bürgerrechtler Arnold Vaatz (CDU) plädiert für die Abschaffung der Birthler-Behörde

Der künftige Umgang mit der Geschichte der SED-Diktatur und der Zugang zu Stasi-Unterlagen bleibt ein hitziges Streitthema. Entsprechende Vorschläge einer Expertenkommission lösten am Dienstag ein geteiltes Echo aus. Nach derzeitiger Rechtslage werden die Akten für Stasi-Überprüfungen mehr als 16 Jahre nach dem Ende der DDR zum Jahresende geschlossen.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) will die Akten der Stasi-Unterlagenbehörde für Regelüberprüfungen weiter offen halten. Er werde sich bei der Neufassung des Stasi-Unterlagengesetzes dafür einsetzen, dass die Möglichkeit der Regelanfrage für bestimmte Personengruppen verlängert wird, hatte Neumann am Montag bei der Vorstellung des Expertengutachtens gesagt.

Der Unionsfraktions-Vize Arnold Vaatz kritisierte das Gutachten und forderte in der «Sächsischen Zeitung» eine rasche Abwicklung der Birthler-Behörde. Der Leiter der Expertenkommission, der Historiker Martin Sabrow, wies den Vorwurf, ein Weichzeichner der SED-Diktatur zu sein, als absurd zurück. Die Bundestagsfraktionen der FDP und der Grünen sprachen sich gegen den Vaatz-Vorschlag aus. Berlins Kultursenator Thomas Flierl (Linkspartei) sagte am Dienstag, es sei richtig, Gedenkstätten und Erinnerungsorte stärker zu profilieren.

Kulturstaatsminister Neumann will bis Jahresende unter Einbeziehung der Empfehlungen ein Konzept vorlegen, wie die historisch-politische Aufarbeitung der SED-Diktatur künftig organisiert sein soll.

Das Experten-Gremium empfiehlt die Schaffung eines dezentralen Geschichtsverbundes mit den drei Kernbereichen «Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand», «Überwachung und Verfolgung» sowie «Teilung und Grenze». Im ersten Bereich soll im Herzen der Hauptstadt ein «Forum Aufarbeitung» eingerichtet werden. Die Stasi-Akten sollen der Kommission zufolge langfristig von der Birthler-Behörde in die Obhut des Bundesarchivs übergehen.

Der frühere DDR-Bürgerrechtler Vaatz forderte, die von Marianne Birthler geleitete Stasi-Unterlagenbehörde als selbstständige Einheit abzuschaffen und die Akten «so schnell wie möglich ins Bundesarchiv» zu überführen. Er warf Birthler vor, ihre Behörde wolle ihre Existenz festklopfen.

Sabrow betonte im «Deutschlandradio Kultur», die Birthler-Behörde solle nicht ersatzlos gestrichen werden, auch wenn sich die Aktenauskunft in einigen Jahren erledigt haben werde. Die Behörde sei Ausdruck der friedlichen Revolution 1989. Bei dem Konzept gehe es darum, späteren Generationen die Widersprüchlichkeit der DDR zu zeigen. Die Gesellschaft lasse sich im bloßen Täter-Opfer-Verhältnis nicht ausreichen abbilden.

Der Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, Rainer Eckert, sieht in der Konzentration von Stasi-Gedenkstätten die Chance für eine bessere Aufarbeitung. «Es geht darum, die Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur für Jahrzehnte abzusichern und auf ein höheres Niveau zu bringen, sagte Eckert der «Leipziger Volkszeitung». Nach Ansicht von Eckert, der der Historiker-Kommission angehörte, könne die Eingliederung von Gedenkstätten in die Birthler-Behörde die Finanzierung von Projekten erleichtern.

16.05.06 Lausitzer Rundschau

ots

Thierse regt Forschungsinstitut zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an - Stasi-Unterlagen-Behörde hat keine Ewigkeitsgrantie

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat die Einrichtung eines speziellen Forschungsinstituts zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Vergangenheit angeregt. "Wir brauchen Institutionen der politischen Bildung und Forschung", sagte Thierse der in Cottbus erscheinenden "Lausitzer Rundschau" (Mittwoch-Ausgabe). "Hier könnte man ein Institut für vergleichende Kommunismus-Forschung gründen, das in Berlin, Potsdam oder Leipzig seinen Platz haben kann".

Thierse begrüßte in diesem Zusammenhang die Vorschläge einer Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die derzeit für hitzige Debatten sorgen. "Die Kommission hat differenzierte Vorschläge vorgelegt, die ich für sehr diskussionswürdig halte", meinte Thierse. Er wehre sich dagegen, darauf "nur hysterisch ablehnend" zu reagieren.

Zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde meinte der SPD-Politiker: "Die DDR-Volkskammer im Jahr 1990, der ich angehörte, hat eine Behörde ohne Ewigkeitsgarantie, aber mit einer klaren Aufgabe gewollt, nämlich die Stasi-Akten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen". Diese Aufgabe verliere aber immer mehr an Gewicht. "Also wird man irgendwann darüber reden, wann diese Behörde in ihrer Kernaufgabe, nämlich eine Archiv-Behörde zu sein, zu einer ganz normalen Einrichtung wie das Bundesarchiv wird", so Thierse. Ob das in "fünf oder zehn Jahren" sei, könne er noch nicht sagen. Die Expertenkommission hatte einen Abbau der Stasi-Akten-Behörde empfohlen.

Thierse sprach sich zugleich dafür aus, die Überprüfungen auf Stasi-Tätigkeit für bestimmte Personengruppen auch über das Jahr 2006 hinaus fortzusetzen. "Ich sage: Schluss mit der Regelanfrage. Aber bei Personen mit herausgehobener politischer Verantwortung muss die Stasi-Überprüfung auch in Zukunft erlaubt sein". Das betreffe Minister genau so wie Abgeordnete, meinte Thierse. Nach dem Stasi-Unterlagengesetz laufen die Überprüfungen im Öffentlichen Dienst zum Jahresende aus.

16.05.06 Pressemitteilung Dokumentationszentrum Berliner Mauer Diskussion darf nicht enden bevor sie überhaupt richtig begonnen hat

Zu den Ergebnissen der Sabrow-Kommission erklärt die Vorsitzende des Vereins Berliner Mauer Gedenkstätte und Dokumentationszentrum, Dr. Gabriele Camphausen:

Die Aussicht auf Veränderungen ruft bedauerlicherweise mancherorts reflexhafte Abwehrreaktionen hervor. Rasch wird das Ende der freien Aufarbeitung beschworen, werden der Kommission gar unlautere Motive der DDR-Verharmlosung unterstellt, beharrt man auf dem erreichten Besitzstand. Die Diskussion scheint zu enden, bevor sie überhaupt begonnen hat.

Die Kommission hatte eine anspruchsvolle Aufgabe zu lösen: die Aufarbeitung der SED-Diktatur begutachten, Defizite benennen und Handlungsvorschläge entwickeln. Nimmt man solch eine Aufgabe ernst, so bedeutet das zwangsläufig Änderungen. Es ist viel erreicht worden. Bei allem Respekt vor den Ergebnissen und Erfolgen der Aufarbeitung: dass Professionalisierung und Qualifizierung dringend nötig sind, dass die Vielfalt auch disparate Züge trägt, wird aber niemand ernsthaft bestreiten wollen.

Die breit gefächerte Aufarbeitungslandschaft thematisch zu bündeln und in Schwerpunktbereiche zu fassen, um inhaltliche Konzentration und Koordination zu stärken darüber zu reflektieren, ist allemal sinnvoll. Eine solche Sortierung kann und darf natürlich nicht in eine Trennung genuin zusammenhängender Themengebiete münden. Herrschaft, Gesellschaft, Geheimpolizei und Mauerregime sind letztlich unauflösbar miteinander verknüpft. Dies sollte auch in einer neu geordneten Landschaft berücksichtigt werden: Die thematische Neugruppierung muss also ausreichend Sorge tragen für verbindende Instrumente zwischen den verschiedenen Themenclustern.

Natürlich: Auch die Handlungsempfehlungen der Kommission werden nicht ausreichen, die Qualitätsprobleme zu beheben. Ohne Finanzierungssicherheit, ohne ausreichende Ausstattung ist Professionalität nicht zu haben. Qualität zum Nulltarif gibt es nicht! Andererseits können für eine fundierte und effektive Arbeit inhaltliche Steuerungsimpulse sowie Anreize zur produktiven Konkurrenz und Kooperation sehr hilfreich sein.

Ob die Vorschläge der Kommission realisierungsfähig sind und inwieweit der Ansatz der thematischen Gruppierung schlüssig und praxistauglich ist, darüber wird im Einzelnen noch zu diskutieren sein. Grundsätzlich jedoch sind die Empfehlungen zu begrüßen, geben sie doch zum richtigen Zeitpunkt wichtige neue Denkanstöße.>

16.05.06 Pressemitteilung Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Experten-Empfehlung für Zukunft der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungslandschaft als Arbeitsgrundlage ungeeignet Konzept setzt auf Zentralisierung statt Pluralität und verschweigt Finanzierungsproblem

Die heute veröffentlichten Empfehlungen der Expertenkommission zur SED-Aufarbeitung sind als Grundlage für die Entwicklung der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungslandschaft ungeeignet. Sie berücksichtigen nur einen Teil der seit Jahren gewachsenen Strukturen, setzen auf Zentralisierung statt Pluralität und sind nicht einmal ansatzweise auf ihre Finanzierbarkeit geprüft.

Voraussetzung für ein handhabbares Konzept wäre eine offene, pluralistische und transparente Debatte gewesen. Stattdessen tagte die Kommission ein Jahr lang hinter verschlossenen Türen – eine Zeit, in der Experten und Beteiligte intensiver in die Diskussion hätten einbezogen werden können. Die Evaluation von Gedenk- und Erinnerungsorten per Fragebogen sowie Kurzbesuche in einzelnen Einrichtungen waren sicher Schritte in diese Richtung, allerdings bei weitem nicht ausreichend und berücksichtige auch nur einen Teil der im Bereich DDR-Aufarbeitung aktiven Einrichtungen. Allein schon die Zusammensetzung der Kommission ist fragwürdig, gehört ihr doch kein einziger Gedenkstättenfachmann an, obwohl eine zentrale Frage eben gerade die Zukunft von Gedenkstätten an authentischen Orten ist.

Vorhandene Konzepte bleiben außen vor – Kommission beginnt wieder bei Null

Lange bevor die Expertenkommission ihre Arbeit aufnahm, existierten bereits Konzepte und Überlegungen für die Struktur der Gedenk- und Erinnerungslandschaft in Deutschland. Diese werden in den nun veröffentlichten Empfehlungen vollkommen ignoriert, was allein im Fall der Gedenkstättenkonzeption des Bundes (Bundestags-Drucksache 14/1569), 1999 im Ergebnis der Arbeit zweier Enquet-Kommissionen entstanden, fatal ist. Denn auf Basis dieses ausgewogenen Papiers wird seither Gedenk- und Erinnerungsarbeit geleistet und auch gefördert, sodass es unsinnig ist, aktuelle konzeptionelle Überlegungen wieder bei Null zu beginnen. Ebenfalls unerwähnt bleibt in den Empfehlungen ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion aus dem Jahr 2004 (Bundestags-Drucksache 15/3048), der seinerzeit äußerst kontrovers diskutiert wurde, aber wesentlich weit reichender als das jetzt vorgelegte Dokument die Struktur der Gedenk- und Erinnerungslandschaft erfasst.

„Aufarbeitungskombinat“ droht - Millionenausgaben für unnötige Neugründungen absehbar

Obwohl die Kommission ausdrücklich versichert, keine Zentralisierung anzustreben, focussiert sie diese mit ihren praktischen Vorschlägen explizit: So bedeutet die Schaffung von drei neuen „Leiteinrichtungen“ nichts anderes als staatliche Zentralisierung, die den Prinzipien der Heterogenität und Pluralität entgegenläuft. Die Übernahme von bisher frei getragenen Einrichtungen in öffentliche Trägerschaft wird als eine Art Patentlösung gehandelt, die aber auf deren Kosten der gewachsenen Struktur der Gedenkstättenlandschaft gehen würde. Konzeptionell und finanziell vollkommen unsinnig ist etwa der Vorschlag, ein

Dokumentationszentrum Alltagskultur in Berlin einzurichten, obwohl ein solches bereits seit Jahren in Eisenhüttenstadt existiert und qualitativ arbeitet. Wenn der Bund sich an dieser Stelle in der Verantwortung sieht, dann sollte er – allein im Sinne der Subsidiarität – vorhandene Einrichtungen konsequenter fördern, statt neue aus dem Boden zu stampfen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Kritik der Kommission, es gebe „eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden wird“, in völlig neuem Licht. Es ist geradezu absurd, diesen Zustand zu beklagen und gleichzeitig die zumindest in den neuen Bundesländern breit verteilten Aufarbeitungseinrichtungen zugunsten einer immer stärkeren Berlin-Zentralisierung zu vernachlässigen.

Auch die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ ist von dieser Tendenz betroffen: Die Expertenkommission spricht ihr eine überregionale Bedeutung ab, wenngleich die Einrichtung nun bereits seit vier Jahren von der Bundesrepublik Deutschland gefördert und bundesweit wie international als wichtiger und viel frequenter Gedenkort wahrgenommen wird. Nationale Bedeutung hat sie schon allein deshalb, weil es sich um die einzige noch original erhaltene Bezirksverwaltung des MfS handelt, an deren Beispiel die flächendeckende Überwachung des Ministeriums für Staatssicherheit in der gesamten DDR dargestellt werden kann.

Vernetzung vorhandener Einrichtungen statt zentralistischer Vorgaben

Die sinnvolle Alternative zu „Leiteinrichtungen“ und anderen Neugründungen wäre es, die Zusammenarbeit und Vernetzung der bestehenden Einrichtungen auf Arbeitsebene zu fördern. Um Doppelarbeiten zu vermeiden, müssen diese künftig ihre Profile schärfen – allerdings auf der Grundlage von Kooperationen und nicht durch zentralistische Vorgaben.

Die mangelnde Professionalität der Arbeit mancher bestehender Aufarbeitungseinrichtungen, die im Empfehlungspapier zu Recht kritisiert wird, ist in den meisten Fällen auf die äußerst dürftige finanzielle Ausstattung zurückzuführen. Diese Defizite könnten durch gezielte Förderung abgestellt werden, ohne dass es Änderungen in der Trägerschaft oder gar Neugründungen bedürfte. Ohnehin ist es ein zentrales Manko des Experten-Papiers, dass es keine Angaben zur Finanzierung der enorm kostenintensiven Vorschläge enthält. Die zweifellos nötigen Millionen könnten wesentlich sinnvoller in den Ausbau und die Vernetzung vorhandener Strukturen investiert werden. Zusätzlich sind mehr Gelder für die Förderung von Projekten nötig, weshalb der Etat der zuständigen Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur aufgestockt werden muss.

BStU hat Nachholebedarf bei Kernaufgaben – Abwicklung kann noch nicht zur Debatte stehen

Die vorgeschlagene Umwandlung der BStU in ein Forschungs- und Dokumentationszentrum ist angesichts der schon vorhandenen Pluralität in diesem Bereich überflüssig. Ohnehin kann an eine Abwicklung der Behörde erst dann gedacht werden, wenn sie ihre wesentlichen Aufgaben erledigt hat. Gegründet wurde sie 1992 mit dem Auftrag, die Aktenhinterlassenschaft des MfS zu erschließen und sowohl Betroffenen als auch Forschern Einsicht in diese Unterlagen zu gewähren. Hier gibt es großen Nachholebedarf – verwiesen sei allein auf die oft jahrelangen Wartezeiten bei der Beantragung persönlicher Akteneinsicht. Die BStU braucht also keine neuen Aufgaben, sondern muss zunächst einmal ihren eigentlichen Auftrag erfüllen. Vorhandene Mittel sollten nicht in neue Strukturen, sondern in längst fällige Projekte, wie etwa die computergestützte Rekonstruktion zerrissener Akten, investiert werden.

Erst wenn diese Aufgaben erfüllt sind, kann die Verantwortung für die Akten an eine andere Stelle, etwa das Bundesarchiv, übergehen. Wichtig dabei ist nicht, welche Einrichtung den Bestand übernimmt, sondern allein, dass dieser zugänglich bleibt. Denn das schützenswerte Erbe der Friedlichen Revolution sind die offenen Akten, nicht die damit befassten Einrichtungen.

16.05.06 Frankfurter Rundschau S. 7

Die DDR im Überblick. Auszug aus den Empfehlungen der Expertenkommission für einen Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“

16.05.06 Frankfurter Rundschau

Harry Nutt

Experten für Gesamtblick auf DDR-Geschichte. Gremium legt Regierung Vorschläge für neuen Umgang mit der Vergangenheit des SED-Staates vor

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur muss nach Ansicht einer Expertenkommission neu geordnet werden. Die zehn Historiker, ehemalige DDR-Bürgerrechtler und Journalisten übergaben am Montag einen 21-seitigen Bericht an Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU).

Berlin Es sei wichtig, "einer drohenden Verinselung der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein entgegenzutreten", heißt es im Bericht einer Expertenkommission, die Vorschläge zu einer Neuordnung der DDR-Gedenkstätten und der Aufarbeitung des SED-Staates unterbreitet. Es komme darauf an, Tendenzen entgegenzuwirken, die den Diktaturcharakter der DDR bestritten.

Die Kommission empfiehlt die Gründung eines dezentralen Verbundes von Gedenkstätten mit drei Schwerpunkten. Für das Thema "Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand" soll ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes Forum Aufarbeitung in Berlin eingerichtet werden. Für den Teil "Überwachung und Verfolgung" schlägt die Kommission vor, dass aus der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen sowie dem Sitz der ehemaligen Zentrale des DDR-Geheimdienstes in Berlin ein Forschungs- und Dokumentationszentrum "Diktatur und Geheimpolizei" wird. Für den dritten Schwerpunkt "Teilung und Grenze" solle die Gedenkstätte Berliner Mauer ausgebaut werden.

"Einrichtungen zu wenig vernetzt"

Die zehnköpfige Kommission war vor einem Jahr noch von der rot-grünen Regierung einberufen worden, nachdem das Kulturressort die Zuständigkeit für die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und für die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur übernommen hatte. Auftrag der Kommission war es, ein Konzept für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zu erarbeiten. Dabei sollten Widerstand und Opposition gegen die SED-Herrschaft besondere Berücksichtigung finden. Die Kommission beklagt in ihrem Bericht unter anderem eine unzureichende Koordination und Vernetzung all der unterschiedlichen Einrichtungen, die sich mit dem Erbe des SED-Staates befassen.

Bereits vor der Übergabe des Berichts an Kulturstaatsminister Bernd Neumann war Kritik an dem Papier laut geworden. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, warnte vor einem Ende der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit. Es gebe eine Sehnsucht nach einem Schlussstrich. Der Kommissionsbericht sieht vor, die Birthler-Behörde langfristig im Bundesarchiv aufgehen zu lassen. Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, hatte schon zuvor kritisiert, schon der Auftrag, einen Geschichtsverbund zu schaffen, erinnere an die Planwirtschaft der SED.

16.05.06 Frankfurter Rundschau

Matthias Arning

Kommentar

Impulse

An Spott hat es nicht gemangelt. Diese Kommission, die die damalige Kulturstaatsministerin Christina Weiß ins Leben gerufen hatte, um Perspektiven der Forschungen zur DDR-Geschichte auszuloten, dieses Gremium sei doch nichts anderes als Arbeitsbeschaffung für

arbeitslose DDR-Historiker. Es werde ohnehin nur um sich selbst kreisen und zum Schluss kaum finanzierbare Vorschläge unterbreiten.

Wenn man über die Arbeit dieser Kommission auch im Detail streiten kann, etwas lässt sich auf gar keinen Fall über ihre Bemühungen sagen - dass sie nämlich nutzlos gewesen seien. Schließlich schien es unbedingt geboten, eine vorläufige Bilanz des Ringens um geschichtspolitische Einflüsse zu ziehen.

Und siehe da: Die Rezeption der DDR-Geschichte fällt geografisch auseinander. Während man im Westen unbedingt eine gesamtdeutsche Linie durch das 20. Jahrhundert sucht, die Zeit der SED-Diktatur aber nicht integrieren kann, fällt es im Osten schwer, den nachbarschaftlichen Umgang mit dem nationalsozialistischen Unrechtsregime angemessen in einer Gesamtgeschichte zu würdigen.

Darüber wird zu reden sein. Eine gesamtdeutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ließe sich auch als eine Erzählung über den Alltag der Bürger in beiden Staaten erschließen. Daran kommt nicht vorbei, wer mit Thomas Mann eine Idee der künftigen Republik hat. Es ist die Idee vom europäischen Deutschland.

16.05.06 Süddeutsche Zeitung Constanze von Bullion Neumann steht zu BIRTHLER-Behörde

16.05.06 Der Tagesspiegel Matthias Schlegel

Streitbare Zukunft der Vergangenheit. Kommission stellt Empfehlungen für „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vor

Berlin - Am Anfang standen hehre Ansprüche, am Ende böse Worte. Am Montag stellte die Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbands „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in Berlin ihre Empfehlungen vor. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) betonte eingangs, es müsse allen Tendenzen zur Verklärung der DDR entgegengewirkt werden. Das Ergebnis der Diskussion über das Konzept solle bis Jahresende in ein überarbeitetes Gedenkstättenkonzept des Bundes einfließen.

Der Kommissionsvorsitzende Martin Sabrow erläuterte das 21-seitige Papier, das die Aufarbeitungslandschaft in drei Aufarbeitungsschwerpunkten „Herrschaft, Gesellschaft, Widerstand“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Teilung und Grenze“ strukturiert (wir berichteten). Zur Stasi-Unterlagenbehörde sagte er, der Gesetzgeber müsse selbst entscheiden, wann die Kernaufgaben der Behörde erfüllt seien. Sie dürfe aber „auch nach Erledigung ihrer Hauptaufgabe aus dem Prozess der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur nicht zur Gänze herausfallen“. Sabrow verteidigte die vorgeschlagene institutionelle Anbindung der Gedenkstätte Hohenschönhausen und Stasi-Zentrale/Haus I an die Stasi-Unterlagenbehörde: Sie sollten nicht abgewickelt, sondern gestärkt werden.

Dann setzte der Stellvertreter Neumanns, der Abteilungsleiter Kultur und Medien im Bundeskanzleramt Hermann Schäfer, zu einem kritischen Rundumschlag an. Er listete in einem verbalen Stakkato 13 – Sabrow hatte mitgezählt – Widersprüche in dem Konzept auf. Dabei griff er auch den von manchen Kritikern im Vorfeld geäußerten Vorwurf vermeintlicher zentralistischer Tendenzen des Konzeptes auf. Er lehnte auch den in dem Konzept geforderten Übergang von der politischen zur historischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ab. Als er den „Paradigmenwechsel“ kritisierte, den die Experten für die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde vorschlugen, stellte Sabrow fest, dass Schäfer ein unaktuelles Exemplar studiert hatte – in der Endfassung tauchte der Begriff nicht mehr auf.

Sabrow verteidigte das Konzept in nahezu allen Punkten. Widersprüche darin seien normal, weil sie in der Natur der Sache lägen, sagte er. Neumann versuchte, die Wogen zu glätten: Das Papier sei ein Denkanstoß, und das sei jetzt ein guter Einstieg in die Diskussion darüber.

Die Kommissionsmitglieder sahen es anders: Der Dresdner Zeithistoriker Klaus-Dietmar Henke sprach im Anschluss von „Flegelei“, der frühere DDR-Bürgerrechtler Roland Jahn meinte, Schäfer habe das Papier nicht richtig gelesen. Das Wort Brückierung machte die Runde. Kommissionsmitglied Freya Klier hatte den Empfehlungen ein Sondervotum angefügt. Die Auseinandersetzung mit dem „Weiterwirken ehemaliger Nomenklaturkader“ erfordere ein „offensiveres Instrumentarium“.

Die Chefin der Stasi-Unterlagenbehörde Marianne Birthler verteidigte am Abend das Konzept. Der Kommission vorzuwerfen, sie wolle die DDR „weichspülen“, sei absurd. Dass für die Kommission eine Zuordnung der MfS-Akten zum Bundesarchiv „in absehbarer Zeit nicht in Betracht“ komme, sei zu unterstreichen. Die Kernaufgaben der Behörde – Aktenschließung und -auswertung und persönliche Akteneinsicht – seien innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahren nicht erledigt.

16.05.06 Der Tagesspiegel

Interview: Christiane Peitz

Geteilte Erinnerung. Der Historiker Ulrich Herbert über die jüngsten Vorschläge zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Die Kommission zur „Schaffung eines Geschichtsverbundes“ gibt Empfehlungen für die Aufarbeitung der SED-Diktatur (siehe S. 4). Wie verfolgen Sie die aktuelle Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte?

Wir erleben gerade den Übergang von der unmittelbaren Auseinandersetzung der Erlebnisgeneration zu einer Phase der Professionalisierung im Umgang mit der DDR-Geschichte. Die Zahl der unmittelbar Beteiligten wird geringer, für die jüngere Generation, also etwa ein Drittel der Gesellschaft, ist die DDR bereits vermittelte Geschichte.

Das Papier erwähnt, dass der DDR-Alltag bislang unterbelichtet sei. Es drohe ein Fehler, den es auch bei der Aufarbeitung der NS-Geschichte gab.

Die Kommission sagt zutreffend, dass eine Auseinandersetzung mit einer Diktatur, die sich auf Herrschaft und Widerstand beschränkt, nur einen Teil der Wirklichkeit einfängt. Wer die DDR erlebte, für den bestand sie vor allem aus einem sehr langen Alltag. Da gibt es gewisse Parallelen zur Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, weil auch sie sich lange auf Repression und Widerstand und mit großer Verspätung auf die Massenverbrechen konzentrierte. Aber es gibt auch Unterschiede. Die NS-Zeit dauerte zwölf Jahre, mit einem Dauerfeuer von Großereignissen. Alltag im Sinne von Routine gab es kaum. In den 40 Jahren DDR haben, um es ironisch zu sagen, die Leute eher unter einem Mangel an Großereignissen gelitten. Die Langeweile scheint ein prägendes Element der DDR gewesen zu sein.

Warum ist es so wichtig, den Alltag zu erforschen?

Die Durchherrschaft der DDR-Gesellschaft mit ihrem riesigen Apparat war viel ausgeprägter als in der NS-Zeit, in der sich Repression und Terror vor allem auf kleinere Bevölkerungsgruppen konzentrierten. Deshalb ist die Verbindung von Diktatur und Alltagserfahrung über einen so langen Zeitraum für die Analyse der DDR-Zeit aufschlussreich. Es ist plausibel und richtig, dass die Kommission ihr Augenmerk darauf lenkt.

Sie spricht auch von der Wechselbeziehung zwischen Akzeptanz und Auflehnung.

Bei der Beschäftigung mit der DDR entsteht leicht ein zweigeteiltes Bild: hier ein paar Unterdrücker, dort der große Rest der Unterdrückten. Das war in der NS-Zeit anders, weil die Nationalsozialisten die „Volksgenossen“ weitgehend schonten. Man spricht heute sogar von der Konsens-Diktatur, was ich ein bisschen übertrieben finde. Aber es stimmt, dass ein erheblicher Teil der Gesellschaft hinter der NS-Diktatur stand. Für die DDR mag das in einzelnen Phasen auch gelten, aber über die meiste Zeit handelte es sich doch um die Diktatur einer relativ kleinen Partei-Minderheit über die Bevölkerungsmehrheit. Gleichzeitig gab es viele Möglichkeiten, sich mit dem System zu arrangieren und recht gemütlich in den Nischen

zu leben. Das prägt die Erinnerung und birgt die Gefahr einer Konkurrenz von zwei Geschichtsschreibungen. Einerseits die private Erinnerung mit einer gewissen Tendenz zur Verharmlosung, andererseits die Repressionsgeschichte, die aber vielfach als von oben oktroyiertes Geschichtsbild empfunden oder aus der Perspektive weniger Widerständiger erzählt wird. Das miteinander zu vermitteln, ist derzeit vielleicht die wichtigste Aufgabe.

Hinzu kommt, dass viele Westdeutsche die Geschichte der DDR nicht als Teil der gesamtdeutschen Geschichte begreifen.

Für einen Großteil der westdeutschen Bevölkerung war die DDR so weit weg wie Polen oder die Tschechoslowakei. Die direkte Identifikation kann über das Konstrukt eines weiterlebenden Nationalbewusstseins da nicht funktionieren. Man sollte das gelassener sehen. Zumal es eine Vorgeschichte gibt: Das Deutsche Reich bestand nur gut 70 Jahre, zwei katastrophale Weltkriege eingeschlossen. Davor gab es eine lange Tradition der Vielgespaltenheit des Landes; die Einheitlichkeit des Bismarck-Reichs hat die Mentalität der Deutschen nicht allein prägen können. Das erleichterte die Wahrnehmung der DDR als die Geschichte von Anderen.

Erst „Good Bye, Lenin!“, dann „Das Leben der Anderen“: Läuft Aufarbeitung eigentlich immer in bestimmten Phasen ab?

Nein, es gibt keine feste Rhythmisierung, auch wenn es nach Diktaturen oft erstmal das Bedürfnis gibt, zu vergessen und die neuen Verhältnisse zu etablieren. Dann gibt es das Bedürfnis, sich über die früheren Machthaber lustig zu machen: Hitler-Witze nach '45 oder Honecker Witze nach '89 hatten etwas Befreiendes. Erst nach einer gewissen Zeit taucht der Schrecken wieder auf. Nehmen wir den Stasi-Film „Das Leben der Anderen“: Schon vor 15 Jahren gab es Stasi-Debatten, aber damals wurde das als fast normal, zum Teil gar als nervtötend empfunden. Die zeitliche Distanz ermöglicht es nun, dass Jüngere ihre Fassungslosigkeit angesichts des bis dahin historisch unbekanntes und unvorstellbaren Maßes der staatlichen Bspitzelung von Privatleben zum Ausdruck bringen können.

Wie kann und soll die Politik sich in die Debatte einmischen?

Die Kommission hat hierzu kluge, ausgewogene Vorschläge gemacht, ich bin gespannt, wie sie umgesetzt werden. Allerdings birgt die Vielzahl der Bemühungen um das Erinnern der beiden deutschen Diktaturen auch eine Gefahr. Eine Demokratie kann nicht allein aus dem negativen Bezug zu ihrer diktatorischen Vergangenheit heraus leben, weil dann in der Repräsentation der Erinnerung ein Übergewicht der totalitären Vergangenheit drohte. Berlin würde zu einer Art Museum des Totalitarismus werden. Es bedarf also auch einer Diskussion um die Relationen der Erinnerung: Wie präsent sollen die Diktaturen in unserer Gegenwart sein, und wie vermeiden wir, dass die Allgegenwart der Geschichte uns in ihr befangen sein lässt? Das wird uns in den nächsten Jahren noch oft beschäftigen.

Ulrich Herbert (54) lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg. Er schrieb zahlreiche Bücher, besonders über die NS-Zeit und die Geschichte der Zwangsarbeiter.

16.05.06 Berliner Zeitung

Renate Oschlies

"Nur ein Denkbaustein". Minister geht auf Distanz zu DDR-Aufarbeitungskonzept

BERLIN. Manchmal scheint alles, für die Katz' zu sein. Da hatten über ein Jahr lang Historiker aus Ost und West, ein Theologe und vier frühere DDR-Bürgerrechtler fast konspirativ unter Ausschluss der Öffentlichkeit miteinander beraten und gezankt und sich zum Schluss doch irgendwie zusammengerauft. Es sollte ein großer Wurf werden. Gestern endlich übergab die Expertenkommission ihr Empfehlungspapier zur künftigen Aufarbeitung der SED-Diktatur offiziell an den Kulturstaatsminister im Kanzleramt, Bernd Neumann (CDU).

Es war in den Tagen zuvor schon heftig in den Medien über den Inhalt des Konzeptes gestritten worden: baldiges Aus der BIRTHLER-Behörde, ja oder nein, mehr wissenschaftlich-distanzierte oder stärker politisch-aktuelle Aufarbeitung des DDR-Regimes. Kritiker befürchteten, die Experten redeten einer monströsen "Aufarbeitungsbürokratiezentrale" das Wort. Politiker sahen viele gute Ideen in dem Papier, etwa die Erforschung des Alltags in der Diktatur neben den allgegenwärtigen Stasi-Spitzeleien.

Doch dass das Konzept der Expertenkommission künftig mehr wert sein wird als frühere Papiere, darf seit gestern bezweifelt werden: In einem Crescendo höflicher Distanzierung - das von "guter und wichtiger Diskussionseinstieg" bis zu "Denkbaustein", den man nicht übernehmen müsse, und "Vorschläge, deren Richtung nicht akzeptiert werden kann" - reichte, gab der Kulturstaatsminister seine Einschätzung ab.

Weniger diplomatisch ging Neumanns Staatssekretär Hermann Schaefer, Abteilungsleiter Kultur und Medien im Bundeskanzleramt, zu Werk. Mit grimmiger Miene listete er mehr als ein Dutzend von ihm erkannter Widersprüche und Fehler in dem Konzept auf und verwarf sogleich einen Teil der Expertenempfehlungen. Dass er dabei nicht die letzte und offizielle Fassung beharkte, spielte für ihn dabei keine Rolle.

Der Kommissionsvorsitzende, der Potsdamer Historiker Martin Sabrow, nutzte zwar die Zeit zwischen den Statements Neumanns und Schaefers, für das Aufarbeitungspapier zu werben und zu erläutern, dass mit der "gleitenden strategischen Neuausrichtung" der Stasi-Unterlagen-Behörde nicht deren baldige Abwicklung gemeint sei.

Doch Neumann erklärte, worauf es ihm bei der Weichenstellung für die DDR-Aufarbeitung ankommt: das SED-Regime konsequent und differenziert zu erforschen und "allen Tendenzen zur Verklärung der DDR entgegenzutreten." Er sieht in der BIRTHLER-Behörde und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die wichtigsten und beständigen Institutionen. Und er will eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vorantreiben, die die weitere Überprüfung bestimmter Personengruppen nach 2006 erlaubt. "Wir vergessen nichts, und wir legen nichts ad acta", lautet die Devise des Kulturstaatsministers. Für den 6. Juni hat er dazu Fachleute eingeladen - zu einer Anhörung.

16.05.06 Neues Deutschland

ND-Vesper

Empfehlungen der Experten zu SED-System. Prof. Martin Sabrow: „Kritische Historisierung“

16.05.06 Schweriner Volkszeitung

"Trend zur Verniedlichung". Markus Meckel über die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Gut 16 Jahre nach der Wende schlägt eine vom Kanzleramt eingesetzte Experten-Kommission vor, die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit einem dreiteiligen Geschichtsverbund neu zu ordnen. Der Plan: Mehr DDR-Alltag und -Widerstand, neue Aufgaben für die BIRTHLER-Behörde. Markus Meckel, Vorsitzender des Stiftungsrates "zur Aufarbeitung der SED-Diktatur", hält weitere Aufarbeitung für unumgänglich, sieht die drei neuen Säulen aber skeptisch. Helge Ahrens sprach mit dem SPD-Politiker.

Wie viel Aufarbeitung brauchen wir 16 Jahre nach der Wende?

Meckel: Wir brauchen ein deutliches Mehr an Aufarbeitung, als bisher möglich war. Man hat ja oft den Eindruck, in der Öffentlichkeit geht der Trend eher zu einer Verniedlichung der DDR, als die Diktatur insgesamt zu verstehen. Wir müssen dafür sorgen, dass das, was in der Wissenschaft erkannt wurde, auch in der Öffentlichkeit ankommt. Man hat teilweise den Eindruck, dass die DDR-Geschichte in der Schule aufhört. Deshalb bin ich zum Beispiel auch sehr dankbar für den Film "Das Leben der Anderen".

Die Expertenkommission hat ein Jahr lang über einen Geschichtsverbund beraten. Sind sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Meckel: Ich finde es wichtig, dass die Kommission den internationalen Zusammenhang zu Ostländern herstellt. Ich finde es auch wichtig, dass sie darauf hinweist, dass viele Institutionen unterfinanziert sind. Viele der Empfehlungen sind richtig. Auch die Ideen, aus den Berliner Gedenkstätten Normannenstraße, dem früheren Sitz des MfS, und Hohenschönhausen, dem früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis, nun endlich einen gemeinsamen Lernort zu schaffen. Ich bin aber skeptisch, ob die BIRTHLER-Behörde für die Zuordnung der richtige Ort ist. Die Behörde sollte nicht zusätzliche Arbeit mit Gedenkstätten haben, sondern sich mit den Stasiunterlagen beschäftigen.

Die Experten warnen vor einer drohenden "Verinselung der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein"...

Meckel: Damit haben sie Recht. Wichtig ist deshalb auch aufzuzeigen, was in der Sowjetunion, Polen oder der Tschechoslowakei passiert ist. Die DDR stand nicht für sich allein, sondern war Teil des Sowjetsystems, das die Hälfte Europas beherrschte. Es geht nicht nur um die deutsch-deutsche Geschichte.

Die Kommission mahnt an, "deutlich unterbelichtete" Themen wie Opposition, Widerstand und DDR-Alltag stärker zu zeigen und nicht nur staatliche Repressalien. Ein richtiger Weg?

Meckel: Ich glaube nicht, dass bisher nur Repressionen und Stasi im Vordergrund standen. Schon die Enquete-Kommission des Bundestages hat deutlich gemacht, dass die Themenpalette viel größer war. Die Aufarbeitung des DDR-Alltag ist eine wichtige Aufgabe, aber nicht in Trennung von Repressalien. Deshalb bin ich auch skeptisch, diese Komplexe zu trennen. Wir müssen deutlich machen, warum die DDR so lange gehalten hat. Es muss dafür ja auch stabilisierende Faktoren im Volk gegeben haben. Zum Beispiel muss die Ideologie mit untersucht werden.

Fördert die Darstellung des Alltags nicht die Versuche, den Diktaturcharakter zu verharmlosen oder die DDR als politisches System zu "trivialisieren" – Punkte, die auch die Kommission bemängelt?

Meckel: Die Aufarbeitungsstruktur mit drei Säulen, die die Kommission nebeneinander stellt, könnte eher dazu führen. Deshalb rede ich von der Verbindung der Komplexe. Wir müssen sehen, und das ist die wichtigste Empfehlung der Kommission, dass die Normannenstraße als Lernort geschaffen wird, an dem wir die Repressionsstrukturen, die tief in den Alltag ragten, darstellen und das in Verbindung mit dem früheren Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen. Die Repression war möglich, weil die Leute durch die Mauer nicht mehr wegkonnten. Man muss zeigen, unter welchem Druck die Kontrolle bis ins Private wirkte.

Kritiker sprechen von einem Rationalisierungs-Plan, bei dem die BIRTHLER-Behörde "strategisch neu ausgerichtet" wird. Wie sieht die Zukunft aus?

Meckel: Wir brauchen auch in Zukunft die Möglichkeit zur Überprüfung auf Stasi-Kontakte, dafür müssen wir das Gesetz ändern. Die BIRTHLER-Behörde muss weiter Editionen und Findbücher herausbringen, Daten für die Wissenschaft aufbereiten. Aber sie muss zuallererst die Akten bereitstellen. Das "Schnipselprogramm" muss bis 2019 weitergeführt werden. Dann sind die Stasiunterlagen an das Bundesarchiv zu überführen. Vorher brauchen wir aber die Errichtung des Lernortes in der Normannenstraße.

16.05.2006 3Sat, Kulturzeit /

Benedict Maria Müller

Stasiknast oder Gartenzwergidylle? Streit um die Deutung der DDR-Geschichte

Wie soll man der DDR-Geschichte recht gedenken? Am 15. Mai 2006 wurde in Berlin ein Expertengutachten vorgestellt, das Vorschläge zur künftigen Aufarbeitung der SED-Diktatur macht. Es knallte bei dessen Vorstellung zwischen Kulturstaatsminister Neumanns Abteilungsleiter für Kultur und Medien und der Kommission. Diese forderte die Umdeutung

der bisherigen Deutung der DDR als Unrechts- und Repressions-Regime - die Gedenkstätten sollten weniger Stasi und mehr DDR-Alltag zeigen.

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Mehr als 140.000 Besucher kommen jährlich, um sich über den Alltag im ehemaligen Gefängnis der DDR-Staatssicherheit zu informieren. Ein Zeitzeuge berichtet über seine Erfahrungen. "Ich habe das ja selber erlebt. Es war so, ich weiß es auch von anderen Mithäftlingen. Die haben erzählt, dass es ein Erstverhör gab. Und das war üblicherweise eine Nachtvernehmung."

Eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission sieht eine "Reihe von Defiziten" in der Darstellung und Vermittlung von DDR-Geschichte: mangelnde Ausstattung und Effizienz, falsche Schwerpunkte. Zündstoff gab es bereits im Vorfeld der Übergabe des Gutachtens. "Wie Sie in Ihren eigenen Zeitungen gelesen haben, hatten Sie, aus welchen Gründen auch immer, das Gutachten schon vor mir", so Bernd Neumann, Staatsminister für Kultur. Die Experten empfehlen einen organisierten Geschichtsverbund. "Wir wollen gern eine Bündelung der Aktivitäten haben, die auch dazu führt, dass das Geld, zumindest dort, wo Bundesgeld und öffentliches Geld überhaupt benutzt wird, gebündelt ausgegeben werden kann", sagt der Kommissionsvorsitzende Martin Sabrow. "Wir wollen außerdem gerne der getrennten oder ein Stück weit noch geteilten Ost-West-Wahrnehmung abhelfen. Wir wollen versuchen, die Professionalisierung mit der zweiten deutschen Diktatur zu befördern."

Die Kommission begrüßt zwar die Vielfalt der in den letzten Jahren mit Hilfe des Bundes entstandenen Erinnerungslandschaft, drängt aber auf stärkere Vernetzung, Effizienz und neue Perspektiven. Riet die Kommission ursprünglich zu einem Paradigmenwechsel, spricht sie jetzt lieber von einer Akzentverschiebung. Weg von der "übergewichtigen Konzentration auf die Repression" hin zu drei Schwerpunkten: "Herrschaft, Gesellschaft, Widerstand", "Überwachung und Verfolgung", "Teilung und Grenze". Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, meint: "Nach meinem Eindruck wird hier versucht, die Erinnerungsarbeit zu zentralisieren, zu verstaatlichen. Ich halte das für falsch, sogar für gefährlich. Wir brauchen kein neues Aufarbeitungskombinat, wo jede kleine Gedenkstätte hineingepresst wird. Wir wollen gerade die Vielfalt der Orte, weil auch jeder Ort für sich steht. Nichts spricht gegen Kooperation, aber bitte schön nicht in einer staatlich gelenkten Behörde. Das erinnert unangenehm an alte Zeiten."

'DDR light', meinen die Kritiker

Jochen Staadt von der FU Berlin dazu: "Man muss die vorhandenen Institutionen richtig einsetzen. Man muss von unten behutsam das, was gewachsen, was vorhanden ist, unterstützen, etwas ausbauen. Ich glaube, das Ganze ist ein bisschen zu aufgeblasen und ein großes Lobbyunternehmen von Historikern, die in diesem Geschäft unterwegs sind." Die heitere Welt der Diktatur, das Nischenglück im Kleinen - ein "Forum Aufarbeitung" soll die Bindungskräfte, das, was die DDR im Innersten zusammen hielt und zeitweilig, so die Experten, zur "relativen Stabilität der DDR" beigetragen habe, erforschen. Kritiker sprechen von Ostalgie im Gewande der Geschichtswissenschaft. Der Kommissionsvorsitzende Martin Sabrow meint: "Die DDR-Gesellschaft kann in ihrer Stabilität nicht alleine aus Terror, Unterdrückung und Korruption verstanden werden. Sie war Begeisterung für das kommunistische Projekt, sie war gleichzeitig misstrauische Loyalität. Sie war das, was wir in der Wissenschaft 'Herrschaft als soziale Praxis' nennen. Sie war die Bereitschaft, die Zumutungen von oben nach unten so umzuformen, dass man mit ihnen leben konnte. Nur aus diesen Ensembles heraus können wir die 40-jährige Stabilität dieser Diktatur erklären."

Der Historiker Stephan Wolle äußert sich zu den zwei Gesichtern der ehemaligen DDR: "Wir können nicht sagen, wir stellen entweder die Repression dar, diese schlimmen Dinge, wie Stasiknast und Mauer und Verfolgung und Widerstand, und auf der anderen Seite den schönen Alltag der DDR mit den angeblich so schönen Kinderkrippen, dem guten Gesundheitswesen. Wenn die Frage so gestellt wird, ist sie schon falsch gestellt. Das schwierige, was wirklich schwer zu machen ist, ist, den inneren Zusammenhang herzustellen"

zwischen der Gartenzwergidylle, die die DDR natürlich auch gewesen ist, und diesem extrem repressiven Unterdrückungsstaat."

Sein Erbe: die Akten der Stasi. Die BIRTHLER-Behörde setzt sie wieder zusammen, wertet sie aus, sorgt für Akteneinsicht von Betroffenen und Forschern. Langfristig soll der Bestand vom Bundesarchiv übernommen werden. Manche fordern bereits das Ende der Behörde. Die Kommission dagegen schlägt neue Aufgaben vor. Die Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße sollen unter das Dach der BIRTHLER-Behörde. Markus Meckel, SPD, von der Stiftung SED-Aufarbeitung sagt: "Ich bin skeptisch, ob dies die BIRTHLER-Behörde sein sollte. Ich glaube, dies ist eine Behörde, die zu allererst die Stasiakten zu verwalten hat, und die sich auf ihr Kerngeschäft, die Verwaltung der Stasiakten konzentrieren soll."

SED-Alltag zum Anfassen

Ganz unabhängig vom Votum der Kommission finden im Berliner Zentrum Bauarbeiten für ein DDR-Museum statt, kommerziell betrieben, aber wissenschaftlich beraten: Alltag in der SED-Diktatur zum Anfassen. Bei den Experten ist dies umstritten. Ihr Konzept will über die DDR hinausweisen, regt die umfassende Aufarbeitung von Diktatur und Geheimpolizei für ganz Osteuropa an. Einer von vielen Einwänden, die im Hause Neumann gegen die Leitlinien seiner eigenen Kommission vorgebracht werden. Hermann Schäfer, Abteilungsleiter Kultur und Medien dazu: "Ich frage mich auch, wie das Ausland wohl darauf reagieren wird, wenn wir, das schreiben Sie so nicht, aber ich sage es mal in Anführungszeichen, mit einer Art Sendungsbewusstsein die Themen Diktatur, Widerstand, Geheimpolizei, Herrschaft in Ostmitteleuropa aufarbeiten wollen, und wir dann zurückgesagt bekommen, Moment, wenn Ihr euch an Solidarnosc und Charta 77 erinnert, dann waren wir doch wohl diejenigen, die Euch die Botschaft gebracht haben, und ihr könnt jetzt nicht zu uns zurückkommen. Ich frage mich, ob dieses im Ausland nicht falsch verstanden wird." Der Experten-Rat ist für den Bundesbeauftragten nur ein Denkbaustein. Er trägt dazu bei, dass Stasi, SED und DDR-Alltag in den Mittelpunkt rücken. An ihrem früheren Sitz, einst ein jüdisches Kaufhaus, dann Zentrale der HJ, könnte deutsche Geschichte erzählt werden. Der Streit darüber geht in die nächste Runde.

16.05.06 Märkische Allgemeine Zeitung

Henry Lohmar

Ein neuer Historikerstreit. Die Bundesregierung kritisiert das Expertenvotum zur SED-Aufarbeitung

15.05.06 Die Welt

Mariam Lau

Grenzen der Schockpädagogik. Expertengutachten vorgestellt: Die Aufarbeitung der DDR-Diktatur soll breiter gefächert werden - Debatte um Konzepte der Gedenkstätten in vollem Gange

Berlin - Wer die Gedenkstätten besucht, die in Berlin an die DDR erinnern sollen, versteht schnell, warum der gestern vorgestellte Kommissionsbericht "Aufarbeitung der SED-Diktatur" schon vorab solche Unruhe erzeugte. Hier geht es um alles: Geschichtsverständnis, Deutungshoheit, Biographien der Beteiligten und nicht zuletzt Jobs und Fördergelder. Vor einem "Aufarbeitungskombinat" hatte Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe gewarnt, der die Empfehlung der Kommission, das Gedenken zu zentralisieren und professionalisieren, als Versuch wertet, "die Ostalgie staatlich zu fördern".

Knabe, ein im westdeutschen Unna geborener Historiker und früherer Pressesprecher der Bremer Grünen, der wegen seiner Liebesbeziehung zu einer ostdeutschen Theologin jahrelang bespitzelt wurde, leitet die Gedenkstätte Hohenschönhausen. In dieser ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit führen heute ehemalige Häftlinge die Besuchergruppen durch Zellen und Verhörzimmer. Zu Beginn der Führung wird den

Besuchern, darunter vielen Jugendlichen ohne allzu profunde Vorkenntnisse, ein Film gezeigt, in dem nahegelegt wird, die Stasi habe versucht, bei den Häftlingen durch Röntgenbestrahlung Blutkrebs zu erzeugen. Im "Dachau des Ostens" (Knabe) habe es über 200 Zellen gegeben, tatsächlich sind nur 120 verbürgt. Bei der Parallelisierung mit dem Nationalsozialismus werden den 91 000 hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern 7000 Gestapo-Angehörige gegenübergestellt, und nicht die 300 000 Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes. In einer Zelle werden Vorrichtungen zur Wasserfolter gezeigt ("Wer von Ihnen hat Karl May gelesen?" fragt der Museumsführer), obwohl es nur eine Zeugenaussage gibt, die den Einsatz solcher Instrumente hier belegt. In den Verhörzimmern werden einzelne aus der Besuchergruppe herausgegriffen und in Rollenspielen nach ihren Gefühlen befragt ("Was empfindet der Roland, wenn sie ihm sagen, wir wissen alles über Sie?")

Diese Art von Schockpädagogik ist in der Museumslandschaft keineswegs unbekannt. Im Holocaust-Museum von Los Angeles werden Besucher durch einen Nachbau der Tore von Auschwitz geschleust, um schließlich in einer Gaskammer plattiert zu werden. "Ich glaube nicht", so eine Kritikerin, "daß man den Opfern mit diesem autoritären Gestus gerecht wird, auch wenn viele Besucher vielleicht genau diese Überwältigung suchen." Im Mauer-Museum an der Bernauer Straße hat man sich deshalb zu ganz anderen Formen der Besucherbetreuung entschlossen. Die Hintergründe des Mauerbaus werden in unkommentierten, zeitgenössischen Filmaufnahmen dokumentiert, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassen. Aus den Häusern in der Bernauer Straße sieht man Menschen im Sommer 1961 in die Sprungtücher der Feuerwehr springen, die aber oft genug nicht am richtigen Ort gehalten wurden. Wo Besucher mit Zeitzeugen sprechen, werden die Gespräche von Mitarbeitern moderiert. Auf Zeittafeln wird in nüchternem Ton der Kontext erläutert. Aussagen der Opfer sind über Kopfhörer zu hören, ebenso wie Radiosendungen von Rias oder DDR-Radio. Von Montag bis Freitag finden in der Kapelle der Versöhnungskirche nebenan Gedenkandachten für jeweils einen der Mauertoten statt, dessen Biographie recherchiert wird. Vier der Diakonissen, die im Lazarus-Krankenhaus nebenan damals viele der Verwundeten versorgt haben und heute so um die 80 Jahre alt sind, beteiligen sich daran. Auch Schulklassen sollen künftig solche Andachten vorbereiten.

"In den neunziger Jahren", so erinnert sich Projektleiterin Maria Nooke, "da gab es noch viel zuwenig Interesse. Es waren nicht zuletzt die Touristen mit ihrer Verblüffung darüber, daß die Berliner alles weggeräumt haben, die da ein Umdenken bewirkt haben." Die Tatsache, daß in Berlin ein PDS-Senator das neue Gedenkstättenkonzept verantwortet, so Nooke, "ist ein klares Votum für die Aufarbeitung der Vergangenheit", und ein solches sieht sie auch beim Bund. Die Politik solle allerdings nur den Rahmen bereitstellen, die inhaltliche Gestaltung solle weiter den Betreibern überlassen bleiben. Skeptisch ist sie, ob die Bernauer Straße, wie von der Kommission empfohlen, zum Zentrum des Verbunds werden kann. Aber daß die thematische Auffächerung der Aufarbeitung - nicht nur Stasi, sondern auch SED, Mauer und Alltagskultur - ebenso notwendig ist wie Professionalisierung und Bündelung, darin stimmt Gabriele Camphausen, die Vorsitzende des Vereins Berliner Mauer, der Kommission zu. "Im Vergleich mit der Aufarbeitung in Ost- und Mitteleuropa können wir sehr stolz auf das Erreichte sein. Es gibt dort nicht die zivilgesellschaftliche Tradition, die das hier vorangetrieben hat." Die Zahl der Westdeutschen, die die DDR als Regionalgeschichte betrachteten und nicht als deutsch-deutsche Vergangenheit, werde stetig weniger.

15.05.06 Kommentar "Neue Osnabrücker Zeitung": DDR-Geschichte

Berlin (AFP)

Die "Neue Osnabrücker Zeitung" äußert sich zu den Empfehlungen der DDR-Expertenkommission.

15.05.06 Deutschlandradio Kultur

Interview: Margarete Limberg

Abwickeln oder Aufarbeiten. Expertenkommission stellt Konzept zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit vor

Schon vor der offiziellen Bekanntgabe des Konzeptes einer Expertenkommission zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit entbrannte darum Streit. So wurde kritisiert, die Kommission wolle die BIRTHLER-Behörde abwickeln. Kulturstaatsminister Bernd Neumann versuchte deshalb, die Wogen zu glätten.

Schon bei der Präsentation der Empfehlungen zur Neuordnung der DDR- Aufarbeitung entspann sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen der noch von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten Kommission und dem Vertreter des Staatsministers für Kultur, Herrmann Schäfer.

Der stellte einige gereizte Fragen, fragte, ob denn die geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die die Kommission beklagt, so schlimm sei, kritisierte, dass ausgerechnet eine deutsche Behörde wie die BIRTHLER-Behörde dazu ausersehen sei, künftig auch die Geschichte der Diktaturen in Osteuropa aufzuarbeiten. Was das Ausland denn dazu wohl sagen werde? Und Schäfer verwahrte sich schließlich energisch gegen jeden Paradigmenwechsel der Aufarbeitung des SED-Unrechts vom Politischen hin zum Historisierenden:

„Unrecht muss Unrecht bleiben. Wir wollen in keinem Fall eine Relativierung des Begriffs der SED-Diktatur einleiten. Der Paradigmenwechsel hat Gott sei Dank auch nicht stattgefunden bezüglich des Themas NS. Wenn eine rechtsradikale Demonstration stattfindet, ist damit eine politische Auseinandersetzung gefordert und Sie wissen, dass die Bundeszentrale und die Landeszentrale das entsprechend tun, auch die Politik das tun muss. Aber daneben findet die historische Aufarbeitung des Themas statt und das Gleiche wird auch hier in diesem Falle notwendig sein.“

Von einem Paradigmenwechsel ist in der letzten Fassung der Empfehlungen allerdings nicht mehr die Rede. Das ganze mutete stark wie eine Brüskierung der Kommission durch die Vertreter der Bundesregierung an. Vielleicht erklärt sich die Gereiztheit der Empfänger dadurch, dass die Empfehlungen schon in aller Munde waren, bevor sie ihre eigentlichen Adressaten im Kanzleramt erreicht hatten. Jedenfalls scheint dies dem Klima der Diskussion nicht unbedingt gut getan zu haben, die noch lange nicht beendet sein wird.

Der Staatsminister für Kultur, Bernd Neumann, sah sich nach den Diskussionen der letzten Tage veranlasst, noch einmal die Bedeutung der Aufarbeitung des SED-Regimes hervorzuheben, nachdem einige Kritiker der Kommission vorgeworfen hatten, sie wolle ein weichgespültes DDR-Bild vermitteln:

"Es ist und bleibt ein zentrales Anliegen gerade und auch der neuen Bundesregierung, die SED-Diktatur konsequent und differenziert aufzuarbeiten, und zwar nicht nur historisch, das ist wichtig, sondern immer auch aktuell politisch."

Den Tendenzen zur Verklärung der DDR müsse man entgegentreten und die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, kurz BIRTHLER-Behörde, bleibe dabei ein zentraler Baustein, betonte Neumann.

Die Zukunft der BIRTHLER-Behörde war in den letzten Tagen in den Vordergrund der Debatte gerückt, weil in den Empfehlungen von einer gleitenden Neuorientierung ihrer Aufgabenstellung die Rede ist. Einige wittern deshalb bereits ihre Abwicklung.

Stattdessen soll sie nach dem Willen der Kommission, wenn sie eines Tages ihre derzeit noch zentralen Aufgaben der Gewährung von persönlicher Akteneinsicht und der Überprüfung von Bundesbürgern auf eine mögliche Stasi-Mitarbeit hin erledigt hat, zu einem Dokumentations- und Bildungszentrum für den Themenbereich "Diktatur und Geheimpolizei" werden. Der Vorsitzende der Kommission, Martin Sabrow:

"Wir haben nicht - wie es in der Presse steht - der Abwicklung der Behörde das Wort geredet, wir haben keine Zeitvorgaben gemacht, sondern wir sind der Meinung, dass es der

Gesetzgeber und die Öffentlichkeit selbst entscheiden müssen, wann die Kernaufgaben der BStU für abgearbeitet gelten können."

Die Birtthler-Behörde soll neben dem ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen und der einstigen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße Kern des Aufarbeitungskomplexes Überwachung und Verfolgung sein.

Zwei weitere Säulen der Aufarbeitung hat die Kommission definiert: Den Komplex "Teilung und Grenze" soll die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße mit anderen Museen und Gedenkstätten an der ehemaligen innerdeutschen Grenze aufarbeiten.

"Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand" ist der dritte große Komplex, in dem es um den Alltag unter den Bedingungen des SED-Regimes geht. Zu diesem Zweck soll in der Mitte Berlins ein "Forum Aufarbeitung" eingerichtet werden. Als eines der Defizite der bisherigen Beschäftigung mit der DDR hat Kommission die Vernachlässigung des Alltagslebens zwischen Widerstand und Nischenglück ausgemacht. Die Konzentration auf Überwachung und Verfolgung und auf die authentischen Orte der Repression habe nicht das ganze Bild der DDR widergespiegelt. Sabrow erläutert an einem Beispiel, was damit gemeint ist:

"Die mutige Handlung eines Demonstranten in der Rosa-Luxemburg/Karl-Liebknecht-Demonstration, der für wenige Sekunden ein kleines Zettelchen hochhält, einen Schild, "Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden - Rosa Luxemburg". So dauert eine solche Handlung vielleicht sechs Sekunden, dann wird eine solche Person niedergeworfen worden sein und der Rest mag sich dann in einer Zelle in Rummelsburg abgespielt haben. 10 oder 15 Jahre später ist der flüchtige Moment verloren, in dem dieser Zettel hochgehalten wurde. Er ist nicht sichtbar und er hat auch keinen Gedenkort. Die Haftzeit in Rummelsburg ist aus Beton, die hat ihren Gedenkort, ihre Dauerhaftigkeit. Und wir fanden, dass in einer Gedenklandschaft, die sich weiterentwickeln soll, dieser Ungleichmäßigkeit der naturwüchsigen Erinnerung, was die so genannten authentischen, auratischen Orte angeht, ein Ausgleich geschaffen werden müsse."

Die Empfehlungen, so versuchte man heute all jene zu beruhigen, die der Kommission vorwerfen, ohne ausreichende öffentliche Diskussion ans Werk gegangen zu sein, sollen ein Anstoß sein, kein fertiges Konzept. Die Auseinandersetzungen der letzten Tage, die Gereiztheit heute bei der offiziellen Übergabe sind wohl nur ein Vorgeschmack dessen, was noch bevorsteht.

Selbst eines der Kommissionsmitglieder, Freya Klier, hat sich von den Empfehlungen bereits distanziert, die ihrer Ansicht nach den Geist des Abwickelns atmen und den immer dreister auftretenden ehemaligen Stützen des SED-Regimes nicht offensiv genug entgegengetreten. Genug Stoff also für die Anhörung, die Anfang Juni geplant ist.

15.05.06 Leipziger Volkszeitung

ots

Leipzig (ots) - Es wird mal wieder gestritten über die DDR - und diesmal auf erfreulich hohem Niveau. Das Papier einer Expertenkommission, das seit Tagen für Debatten sorgt und gestern offiziell vorgestellt wurde, hat jene ernsthafte Auseinandersetzung verdient.

Da war in letzter Zeit anderes zu hören. Die Wortmeldungen ewiggestriger Mielke-Leute zum Beispiel, die sich als billiger Rechtfertigungsversuch einstufen lassen. Auch die vorangegangene dummliche TV-Ostalgiewelle wäre kaum eine Anmerkung wert, wenn sie nicht eine anhaltende Unsicherheit widerspiegeln würde. Während die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und seinen Anhängern auf breiter Front geführt wird, schwankt das im Volke wabernde DDR-Bild zwischen zwei Polen: Wie-schön-war-das-Sandmännchen heißt der eine, Wie-schrecklich-war-die-Stasi der andere.

Wie also soll die Erinnerung an die kommunistische Diktatur und ihr Grauen auf lange Sicht im Geschichtsbild der Deutschen verankert werden? Die Historiker haben im Verein mit

Bürgerrechtlern ein Konzept entwickelt, wollen das Niveau der Erinnerungsstätten durch mehr Anleitung von oben heben. Solche Ideen stoßen naturgemäß auf Widerstand. Denn hinter der ungeordneten Gedenkstättenlandschaft stecken eine Vielzahl von Stiftungen und Vereinen. Bund, Länder und Kommunen sind im Boot. Bürgerrechtler und Diktatur-Opfer leisten dort demokratische Arbeit und sind zutiefst skeptisch gegen staatliche Lenkung. Andererseits ist klar, dass der Eifer der Vor-Ort-Initiativen nicht ewig anhält, dass die Zahl der Zeitzeugen schrumpft und ernsthafte historische Auseinandersetzung wissenschaftliche Begleitung erfordert. Zudem stellt sich die Frage, wie die Erfahrungen von Gauck, Birthler & Co. für die Geschichtsaufarbeitung genutzt werden können, wenn die Stasi-Akten-Behörde in zehn oder zwanzig Jahren ihre Mission abgeschlossen hat. Die Kommissionsideen dazu stoßen auch deshalb auf Misstrauen, weil die Truppe vom Geruch der Schröderschen Endzeit umweht wird. Dass der vor einem Jahr von der Regierung berufene Klub mehrheitlich Rot-Grün näher steht als dem aktuellen CDU-Kulturstaatsminister, lässt sich kaum leugnen. Bernd Neumann will nun weitere Experten hören, aber das vorliegende Papier als "Denkbaustein für die weitere Meinungsbildung" aufgreifen. Ein Wort, in dem der Kern der Lösung steckt. Stätten der Erinnerung können nur Denkbausteine liefern: Keine Standardware aus der Ziegelei, sondern schwer zu verarbeitende Brocken bitterer Erfahrung. Als Angebot für eigenes Gedenken und Nachdenken.

15.05.06 Die Zeit (Online)

Gedenk-Bausteine. Eine Kommission hat Vorschläge formuliert, wie die Aufarbeitung der SED-Diktatur neu organisiert werden sollte. Joachim Scherrieble, Leiter der Gedenkstätte Marienborn, hält die Empfehlungen für widersprüchlich - aber immerhin für einen Anfang

Vor gut einem Jahr berief die damalige Kulturstaatsministerin Christina Weiss eine Expertenkommission mit dem vagen Auftrag, „Elemente eines Gesamtkonzeptes für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zu formulieren. Obwohl es im Vorfeld bereits Auseinandersetzungen gab über die Zusammensetzung der Kommission, hatten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der DDR-Gedenkstätten mehrfach dafür geworben, die Arbeit der Kommission zu unterstützen. Sie sahen darin eine Chance, im Jahr 15 nach der friedlichen Revolution und deutschen Einigung in Ruhe und systematisch zu reflektieren, wie mit der Gedenk- und Erinnerungslandschaft zur zweiten deutschen Diktatur umgegangen werden soll.

Ein Jahr lang erörterte die Kommission nun die Arbeit von 41 Einrichtungen. An diesem Montag werden die Vorschläge vorgestellt. Doch das durch womöglich gezielte Indiskretionen vorab an die Öffentlichkeit gelangte Papier trägt nicht gerade zur Versachlichung der Diskussion bei. Die Äußerungen der vergangenen Tage - unter anderem beim 10. Kongress der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen vom 12. bis 14. Mai in Königslutter – reichen von Ausrufen, die Empfehlungen „komplett in die Tonne“ zu werfen, über „Aufarbeitungskombinat“, „Rückschritt um vier Jahre“, „durchsichtige Interessen einzelner Kommissionsmitglieder“ bis zum Wunsch, der Nachfolger von Frau Weiss, Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU), möge das „Gutachten hoffentlich in der Schublade verschwinden lassen“.

In dem mehr als 20-seitigen Papier werden zunächst die „Leitlinien der Empfehlungen“ beschrieben. Einführend wird dabei festgestellt, dass die „Auseinandersetzung mit der DDR und ihrem SED-Regime“ „von einer breiten öffentlichen Debatte getragen, politisch und parlamentarisch flankiert“, heute „einen bemerkenswert hohen Standard erreicht und im europäischen Vergleich der Auseinandersetzung post-kommunistischer Gesellschaften mit ihrer Vergangenheit sehr gut“ dastehe.

Als Leistungen werden ein „Netzwerk“ von Archiven, Doku-Zentren und Austauschforen, die „generelle Öffnung staatlicher und parteilicher Überlieferungen“ mit faktischer Aufhebung

der dreißigjährigen Sperrfrist, die gesetzlich legitimierte Behörde für die Stasi-Unterlagen (BstU), zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages und die hieraus erwachsene Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, „breite und intensive wissenschaftliche Erforschung der DDR und deren Integrierung in die deutsche und internationale Zeitgeschichte“ genannt sowie „die Ausbildung einer facettenreichen Topographie von Lern- und Gedenkort, Sammlungen (...), von Publikationen sowie Dauer- und Wechsausstellungen, die in ihrer Pluralität und Vielschichtigkeit Ausdruck einer offenen Gesellschaft ist und zu den schützenswerten Charakteristika der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zählt.“

Als Negativa bilanziert die Kommission „eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte“, eine „medial vermittelte Trivialisierung ihrer Dikturaspekte“, die „mehr und mehr in den Hintergrund tretende Vermittlung der DDR-Geschichte in Schulen und Hochschulen“, die finanzielle Unterausstattung, aber auch unzureichende Vernetzung und mangelnde Professionalität einzelner Einrichtungen“, „das Fehlen einer gemeinsamen Planungsstrategie (...) auf Bund-Länder-Ebene“ sowie eine vermeintliche „Vorrangstellung der Dokumentation staatlicher Repression gegenüber Fragen von Widerstand und Anpassung, Ideologie und Parteiherrschaft und Alltag in der Diktatur“.

Obwohl die Kommission dort, „wo sie es im Sinne einer sachgerechten Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur für unabdingbar hielt“, über ihren Auftrag hinausgegangen ist, sind juristische und psychosomatische Aspekte der Aufarbeitung der DDR-Diktatur sowie die gesamtgesellschaftlich nicht nachvollziehbare materielle Benachteiligung von Opfern im Gegensatz zu den Tätern aus der Bilanzierung der „in den letzten eineinhalb Jahrzehnten geleisteten Aufarbeitung“ völlig ausgeblendet.

Bis auf diese Lücken beschreiben die skizzierte Bilanz und die in vier Begriffspaaren definierten „Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der DDR-bezogenen Dikturaufarbeitung“ der Empfehlungen die Ausgangslage sicher treffend. Diese nachfolgend skizzierten Leitlinien spiegeln den antitotalitären Konsens auf einem breiten Nenner wider: „Offenheit und Pluralität“, „Dezentralität und Autonomie“, „Vernetzung und Effizienz“ sowie „Professionalisierung und Perspektivenerweiterung“ – hieran müssen sich die tatsächlichen Empfehlungen messen lassen.

Parallel zu einer „gleitenden Umstrukturierung der Birthler-Behörde und einer verbesserten Abstimmung im Bereich der politischen Bildung“ schlagen die Experten vor, die DDR-Aufarbeitung „im Zusammenwirken von Musealisierung, Gedenkstättenarbeit und politischer Bildung“ auf drei übergeordnete Themenbereiche zu fokussieren: „Herrschaft – Widerstand - Gesellschaft“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Teilung und Grenze“. Diese Strukturierung ermöglicht „in wechselseitiger Verschränkung und Ergänzung“ in der Tat ein „differenziertes und vielschichtiges Bild der SED-Diktatur und ihrer Gesellschaft im zeitlichen und räumlichen Kontext des 20. Jahrhunderts“ – ein weiter zu entwickelnder Baustein.

Dem im II. Kapitel zu Recht relativierten, als „uneinheitlich“ konstatierten Zugang zur archivarischen Hinterlassenschaft der DDR ist zuzustimmen – ebenso der Empfehlung, die grundsätzliche Sperrfrist für Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zu überprüfen, sowie dem Urteil „unbefriedigend“ über den Zugang zu MfS-Akten. Hier folgt die Kommission den wiederholt von Historikern, Gedenkstättenleitern und Journalisten geäußerten Klagen – insbesondere über die zum Teil schleppende Erschließung und verstümmelte Herausgabe durch die Stasiunterlagen-Behörde.

Leider zeigen die konkretisierten Vorschläge der Kommission deutliche Widersprüche zu den definierten Leitlinien der Empfehlung. Ein Hauptproblem ist die Zentriertheit auf die Hauptstadt. Keine Frage, dass die zweite Diktatur in Berlin maßgeblich – und adäquater als bisher - thematisiert werden muss, und eine Vernetzung der Berliner Einrichtungen ist mehr als wünschenswert. Doch der Fokus darauf entspricht in keiner Weise dem Geforderten,

zumal zur Berliner Gedenklandschaft konkrete Vorschläge anderer Experten auf dem Tisch liegen. Einerseits hat es die SED-Diktatur in der gesamten DDR gegeben und andererseits müssen gerade junge Menschen sich hiermit auch vor Ort - in der Provinz - intensiv auseinandersetzen können.

Zum wichtigsten Gut bundesdeutscher Gedenk- und Erinnerungskultur - sowohl in Bezug auf die NS- wie auf die SED-Diktatur - gehören die dezentral, autonom und pluralistisch arbeitenden Gedenkstätten an den jeweiligen historischen Orten, unabhängig davon, ob diese lokal, regional oder national bedeutsam an für den jeweiligen Verfolgungskomplex herausragenden Orten wirken.

Der Vorschlag, den drei übergeordneten Themenbereichen „jeweils eine bestehende oder neu zu schaffende Aufarbeitungseinrichtung als impulsgebende und kompetenzsichernde Kerninstitution“ zuzuordnen und diese wiederum jeweils in einer Stiftung in Berlin zu organisieren, widerspricht den Notwendigkeiten, der bewährten und gewachsenen dezentralen Struktur der bundesdeutschen Erinnerungs- und Gedenklandschaft ebenso wie den oben skizzierten eigenen Leitlinien, nach denen die „Errichtung einer übergreifenden zentralistischen Struktur“ kontraproduktiv wäre und - so an anderer Stelle der Empfehlungen - „mehr an institutioneller Eigeninitiative gefährden als an Synergieeffekten erbringen“ würde. Für den Bereich „Herrschaft-Widerstand-Gesellschaft“ empfehlen die Experten ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes und in Kooperation mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zu schaffendes „Haus der DDR-Aufarbeitung“, für den zweiten Themenbereich „Überwachung und Verfolgung“ ein aus BStU und den Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße zu entwickelndes Forschungs- und Dokumentationszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ und für den dritten Bereich „Teilung und Grenze“ als Kerneinrichtung in Zukunft eine gemeinsame Stiftung aus der Gedenkstätte Berliner Mauer und der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde.

Viele Punkte haben die Experten in diesem Zusammenhang andiskutiert - bis zu möglichen Orten, etwa des Hauses der DDR-Aufarbeitung oder verschiedenen Organisationsstrukturen für das Zentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ - doch vieles bleibt offen. Ganz davon abgesehen, dass die Teilung Deutschlands nicht sinnvoll an einem historischen Kern-Ort in Berlin zu verorten ist.

Zu der seit mehreren Monaten intensiv diskutierten – und von niemandem ernsthaft bestrittenen – notwendigen Umstrukturierung der BStU sprechen die Experten zwar von einer „gleitenden Neuausrichtung“, drücken sich jedoch wortreich um das "Wann". Der Vorschlag, die Akten zum Jahre 2020, also dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit ins Bundesarchiv zu überführen und damit mehr Planungssicherheit für die Mitarbeiter und deren gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Akteneinsichtnahme für Opfer zu gewährleisten, wird nicht aufgegriffen.

Bei allem Verständnis, die „alltägliche Interaktion von Herrschaft und Gesellschaft“ sowie die Bindekräfte der DDR-Gesellschaft deutlicher verorten zu wollen, irritiert doch die Absichtserklärung (und ist in den vergangenen Tagen wohl bereits mehr oder weniger wissentlich „missverstanden“ worden), durch die „vorliegenden Empfehlungen der deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und Teilung entgegenwirken“ zu wollen. Dies widerspricht im Kontext des festgestellten Paradigmenwechsels „von der politischen Delegitimation zur kritischen Historisierung“ der bisherigen Tradition bundesdeutschen Erinnerns und Gedenkens an die SED- wie auch an die NS-Diktatur.

Die vergangenen Jahre zeigen deutlich, dass Gedenkstätten zur Diktatur in sowjetisch besetzter Zone und DDR bei der historisch-politischen Bildung eine Schlüsselfunktion zukommt – so wie sie Gedenkstätten zur NS-Diktatur schon länger haben. Die wachsenden Besucherzahlen, die vielfach bereits den sechsstelligen Bereich erreicht haben, zeigen, wie groß das gesellschaftliche Interesse daran ist, über die Teilung Deutschlands, die SED-

Diktatur und das damit zusammenhängende Unrecht aufgeklärt zu werden. Sie dokumentieren, dass es sich nicht um regionale sondern um unser aller Geschichte handelt.

Viele damit zusammenhängende Fragen werden durch die Empfehlungen der Kommission nicht gestellt oder bleiben unbeantwortet. Wie kommen wir dahin, dass auch im Westen Deutschlands die SED-Diktatur und die Teilung Deutschlands als „unsere gemeinsame Geschichte“ begriffen wird? Wie kann die Beschäftigung mit der Teilung Deutschlands und deren Folgen dauerhaft dezentral verortet und hinreichend finanziert werden? Wie können die dezentralen Gedenkstätten von herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung dauerhaft erhalten und institutionell gefördert werden? Wo sollte der Volksaufstand vom 17. Juni, wo die friedliche Revolution von 1989 verortet werden? Wie ist das Binnenverhältnis der Gedenk- und Erinnerungskulturen beider deutscher Diktaturen – nicht nur aber auch im Hinblick knapper werdender Ressourcen?

Keine Aussage findet sich ferner zum Gedenkstättenkonzept des Bundes, erwachsen aus den Enquete-Kommissionen des deutschen Bundestages – wie soll diese auf der Grundlage des bisher Erreichten weiterentwickelt werden? Wie sollen die „Stützpunkte der demokratischen Erinnerungskultur“ (so die zweite Enquetekommission), also die Gedenkstätten an den historischen Orten, in die Lage versetzt werden, mehr Mittel als die Heizkosten aufzubringen? Es bleibt zu hoffen, dass die Empfehlungen nicht in der ominösen Schublade verschwinden, sondern endlich die überfällige transparente und öffentliche Diskussion auf sachlicher Grundlage entfachen. Die Expertenkommission hat ihre Denkbauusteine vorgelegt. Dem Kulturpolitiker Bernd Neumann überlassen bleibt, welche Denkbauusteine er aufgreifen, bearbeiten und einfügen wird in den dann hoffentlich tragfähigen Bau eines Gesamtkonzeptes bundesdeutscher Gedenk- und Erinnerungskultur.

Joachim Scherrieble ist Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur der sowjetisch besetzten Zone und der DDR

15.05.06 Pressemitteilung der BStU

Marianne Birthler

Zu den heute vorgestellten „Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur““ hat die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, einen ersten Kommentar abgegeben:

1. „Die Kommission hat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, wie wichtig auch künftig die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur sein wird. Ihr den Versuch zu unterstellen, die DDR „weichzuspülen“ oder zu verharmlosen, ist absurd - in den Empfehlungen der Experten ist nichts davon zu entdecken.
2. Das vorgeschlagene, nach Themenbereichen gegliederte Drei-Säulen-Modell ist schlüssig und überzeugend, vor allem, weil es integrierte Arbeitsansätze ermöglicht, die es erlauben, Archive, Forschung, Gedenkstätten, Vermittlungs- und Bildungsarbeit aufeinander zu beziehen. Eine trennscharfe Abgrenzung wird bei einigen Themen allerdings nicht möglich sein: Das Thema Widerstand und Opposition zum Beispiel muss sowohl im Kontext von Herrschaft und Gesellschaft wie auch im Kontext von Überwachung und Verfolgung angesiedelt werden.
3. Eine Zuordnung der MfS-Unterlagen zum Bundesarchiv kommt für die Kommission in absehbarer Zeit nicht in Betracht – dies ist aus fachlicher Sicht zu unterstreichen. Vor allem datenschutzrechtliche Gründe, die auf längere Zeit noch von Belang sein werden, machen die besonderen, archivunüblichen Zugangregeln des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erforderlich. Zu dessen Besonderheiten gehört im Übrigen auch die bewusst gewählte Unterscheidung von Mitarbeiter- und Betroffenen-Unterlagen.

Kernaufgaben der Behörde sind neben der Erschließung und Auswertung der Akten und der persönlichen Akteneinsicht auch die Herausgabe von Unterlagen an externe Nutzer und der Auftrag, Erkenntnisse über das MfS der Öffentlichkeit zu vermitteln. Vor Ablauf des von heute aus überschaubaren Zeitraums von 10 bis 15 Jahren haben sich diese Aufgaben nicht erledigt, Teile davon sind ohnehin Daueraufgaben.

4. Hinsichtlich des Zeithorizonts für die Umsetzung der verschiedenen Vorschläge bleiben die Empfehlungen der Kommission etwas diffus. Eine deutliche Unterscheidung zwischen langfristigen Entwicklungen und dringend zu lösenden Aufgaben wäre deshalb sinnvoll. Erinnert sei daran, dass der Ausgangspunkt der Debatte, die in den Auftrag an die Kommission mündete, die Suche nach einer zukunftsfähigen Lösung für das Haus 1 in der Normannenstraße war. Hierfür schlägt die Kommission eine organisatorische Verbindung mit der Stasi-Unterlagen-Behörde vor. Dieser aus meiner Sicht sinnvolle Vorschlag würde dem gesetzlichen Auftrag der BStU entsprechen, zu dem es gehört, Struktur, Wirkungsweise und Methoden nicht nur zu erforschen, sondern auch sichtbar zu machen. Er böte auch die Möglichkeit, die bei der BStU vorhandenen wissenschaftlichen und Verwaltungs-Ressourcen für das Haus 1 nutzbar zu machen.

5. Hohenschönhausen steht wie das Haus 1 in engem inhaltlichen Zusammenhang mit der BStU. Die Gedenkstätte bedarf zwar dringend der fachlichen Weiterentwicklung, hat aber bereits - im Unterschied zu Haus 1 - in der Trägerschaft des Landes Berlin eine funktionsfähige Struktur. Statt einer organisatorischen Anbindung an die BStU liegen für Forschung und wissenschaftliche Begleitung von Ausstellungen und Arbeit mit den Besuchern Kooperationen mit der BStU nahe.“

15.05.06 Presseerklärung der Stiftung Aufarbeitung

Pressemitteilung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu den Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vom 15. Mai 2006

Noch hat die zweite Diktatur in Deutschland ihren Platz in der gesamt-gesellschaftlichen Diskussion als gesamtdeutsches und europäisches Phänomen nicht gefunden. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur begrüßt daher die Bestrebungen der Expertenkommission, mit ihren Empfehlungen die historisch-politische Auseinandersetzung mit der DDR und deren Verortung im gesamtdeutschen und europäischen Kontext zu befördern.

Die von der Expertenkommission vorgelegten Empfehlungen sind eine erste Grundlage für die dringend erforderliche Diskussion, wie der Prozess der Aufarbeitung professionell und zukunftsfähig gestaltet werden kann. In diese breite öffentliche Debatte müssen alle Akteure der „Aufarbeitung“ aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Medien, politischer Bildung, bürgerschaftlichem Engagement und Gedenkstätten einbezogen werden.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur begrüßt ausdrücklich, dass die Kommission mit ihren Empfehlungen die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur als Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung hervorgehoben hat und mit ihren Empfehlungen die bisherige Arbeit der Stiftung würdigt.

Dazu Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung: „Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur versteht sich bereits heute ganz im Sinne der Empfehlungen der Kommission als zentraler Kommunikationsort und Anlaufstelle für alle Fragen der DDR- und internationalen Kommunismusaufarbeitung.“

Markus Meckel, Ratsvorsitzender der Bundesstiftung betont in diesem Zusammenhang: „Damit die Stiftung ihrem umfassenden gesetzlichen Auftrag bei der Beförderung der Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur insbesondere auch auf den von der Kommission benannten Gebieten ‚internationale Beziehungen‘ und ‚Wissenschaftsförderung‘

noch besser als bisher gerecht werden kann, ist es unumgänglich, die finanzielle und personelle Ausstattung der Stiftung zu verbessern.“

Die von der Kommission benannten Probleme, wie etwa die Sicherung der Arbeit in Haus I/Normannenstraße oder die ungeklärte und unbefriedigende Finanzierungssituation zahlreicher Einrichtungen wie bspw. bei SED-Gedenkstätten, müssen angesichts vielfältiger Tendenzen, die Verhältnisse in der DDR schönzureden, dringend und kurzfristig gelöst werden. Die Bundesstiftung Aufarbeitung stimmt mit der Expertenkommission darin überein, dass aus bürgerschaftlichem Engagement hervorgegangene Einrichtungen wie bspw. die Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin, das Archiv Bürgerbewegung Leipzig oder die UOKG auf eine gesicherte finanzielle Grundlage gestellt werden müssen. Dabei ist auch an die Verantwortung der Länder zu erinnern.

Aus Sicht der Bundesstiftung Aufarbeitung muss darüber diskutiert werden, wie eine Berlinzentrierung bei der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen vermieden werden kann. Zudem ist bei der Definition bzw. Schaffung von „Kerninstitutionen“ für abgegrenzte Themenbereiche, wie sie von der Kommission vorgeschlagen werden, zu hinterfragen, wie man dabei die Monopolisierung von Themen bei einzelnen Einrichtungen vermeiden sowie den komplexen Verflechtungen und vielfältigen Interdependenzen aller politischer und gesellschaftlicher Bereiche des SED-Staates gerecht werden kann. Eine solche Monopolisierung würde dem zu Recht von der Kommission hervorgehobenen pluralistischen und dezentralen Charakter der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur entgegenwirken.

**15.05.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung
mk**

Empfehlungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Sabrow Kommission legt heute ihren Bericht vor / Lehmann-Brauns: Weichpülung harter Fakten / Sondervotum Frau Klier

**15.05.06 Frankfurter Rundschau
Stephan Hebel**

Die Debatten über die DDR-Historie bleiben hinter der Komplexität des Geschehens zurück. Es ist Zeit, der Empfehlung einer Expertenkommission zu folgen und sich der Alltagsgeschichte zu widmen

**15.06.06 Der Tagesspiegel
Matthias Schlegel**

Die DDR und die Stasi. Im Alltag angekommen

Es geht um das Erbe der DDR, und es geht darum, wer die würdigen Nachlassverwalter sind. Ein Jahr lang nahm sich eine zehnköpfige Kommission aus Historikern, ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern und Publizisten Zeit, um den Umgang mit dieser schwierigen Hinterlassenschaft im Auftrag der Bundesregierung zu strukturieren. Heute stellt sie ihre Empfehlungen vor.

Darf sich der Staat anmaßen, sich in die Geschichtsdeutung einzumischen, indem er die Quellen inhaltlich und institutionell reguliert? Er darf. Manche von denen, die sich jetzt heftig darüber beklagen, haben zuvor immer wieder über mangelnde finanzielle Ausstattung der Aufarbeitungsinitiativen oder Gedenkstätten geklagt. Wenn aber die meisten Gedenkorte und Dokumentationszentren von öffentlicher Hand finanziert werden, darf der Geldgeber auch deren Kooperation und Vernetzung fordern.

Ein Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ soll entstehen. Aus der friedlichen Revolution waren in Ostdeutschland eine Vielzahl von Erinnerungsorten hervorgegangen. Sie gründeten in der Regel auf beispielhaftem bürgerschaftlichen Engagement, hatten ihre Wurzeln oft in der freiheitlichen Oppositionsbewegung. Gleichwohl fehlte die ordnende Systematik, die aufeinander bezogene Ausgewogenheit. Die Kommission hat sich dessen angenommen.

Festgestellt hat sie zunächst, dass die naturwüchsig entstandene Gedenklandschaft weitgehend der Herrschaftslogik des SED-Regimes folgt. Es dominieren bauliche und symbolische Relikte von Abschottung und Unterdrückung. Doch allein aus dieser Repression ist nicht zu erklären, warum ein Staat 40 Jahre lang existierte. Nachfolgende Generationen werden die Geschichte der DDR nur verstehen, wenn sie auch etwas über die „spannungshafte Wechselbeziehung von Herrschaft und Gesellschaft zwischen Akzeptanz und Auflehnung, Begeisterung und Verachtung, missmutiger Loyalität und Nischenglück“ erfahren, so die Kommission. Zu Recht fordern die Experten, den Alltag der DDR bei der Aufarbeitung stärker in den Blick zu nehmen. Erinnerung darf sich weder auf abstruses Rechtfertigungspalaver ehemaliger Stasi-Obristen noch auf halb-gare Nostalgie-shows im Fernsehen reduzieren.

Um Überwachung und Verfolgung sichtbar zu machen, verfügt die Erinnerungslandschaft bereits über eine dominierende Institution: die Stasi-Unterlagenbehörde. Die Kommission nimmt deren sinnvolle Perspektive und zugleich ihr Ende in den Blick. Das Amt soll langsam abgeschmolzen, seine Akten sollen dem Bundesarchiv übergeben werden. Genau andersherum sind die Empfehlungen für die Abteilung „Bildung und Forschung“ der Behörde. Sie soll mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen und der ehemaligen Stasi-Zentrale

zu einem Dokumentations- und Forschungszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ weiterentwickelt werden.

Dass die Kommission der Politik die Entscheidung überlässt, wann die Stasi-Unterlagenbehörde abgewickelt wird, ist durchaus angemessen: Weil der Souverän – die letzte DDR-Volkskammer – beschlossen hat, die Akten zugänglich zu machen, soll er auch über deren weiteren Verbleib und die Zukunft der sie verwaltenden Behörde entscheiden. Die Debatte darüber, wie die Geschichte der SED-Diktatur zu erzählen ist, ist mit dem 21-Seiten-Papier nicht beendet – auch wenn sich manche Kritiker schon jetzt ausgeschlossen fühlen. Denn das Gegenteil ist richtig: Die Diskussion ist jetzt erst eröffnet.

15.05.06 Der Spiegel S. 40-43

Stefan Berg, Andreas Wassermann, Peter Wensierski, Klaus Wiegrefe, Steffen Winter
Angriff auf ein Symbol. Eine Expertenkommission empfiehlt der Bundesregierung den radikalen Abbau der Stasi-Akten-Behörde. Ende des Jahres könnten zudem die Stasi-Überprüfungen auslaufen

15.05.06 Neues Deutschland

Tom Strohschneider

Empfehlungen unter Vorbehalt. Die Debatte um die DDR-Geschichte wird mit den Expertenvorschlägen nicht beendet – im Gegenteil

Schon vor der für heute geplanten Vorstellung der Empfehlungen einer Kommission zur Neuausrichtung der für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zuständigen Institutionen ist ein heftiger Streit entbrannt. Der Schärfe der Debatte entspricht die Zahl der Konfliktlinien, die das geschichtspolitische Feld durchziehen. Für die Pläne der Expertengruppe verheißt sie jedoch nichts Gutes.

Historische Wahrheit ist ein rares Gut. Vielleicht wird sie deshalb so oft beansprucht. Weil aber jenseits der Fakten viel Raum für Interpretationen und Deutungen ist, bleibt von der Geschichte vor allem eins: der Streit über sie.

Kaum ein Thema wurde in den letzten sechzehneinhalb Jahren so kontrovers diskutiert wie das historische Erbe der DDR. Das geschichtspolitische Feld wird dabei von vielen Konfliktlinien durchzogen: Ex-Funktionäre streiten mit Ex-Oppositionellen, Zeitzeugen (Ost) finden sich in den Darstellungen der Zeithistoriker (West) nicht wieder, Experten sind untereinander uneins und Gedenkinstitutionen kämpfen in Zeiten knapper werdender Mittel um ihre Zukunft.

In dieser Gemengelage muss ein Vorschlag, der staatlich geförderten Aufarbeitung der DDR-Geschichte neue Konturen zu verleihen, wie Öl ins Feuer wirken. Schon seit Wochen sickerte Detail um Detail der Empfehlungen einer Expertenkommission durch – und wurde umgehend hart umkämpft.

Besonders hat sich dabei einmal mehr der Chef der Gedenkstätte im ehemaligen Stasiknast Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hervorgetan. Eifrig protegert von den Springer-Blättern »Welt« und »Berliner Morgenpost«, ließ der umstrittene Historiker kein gutes Haar an den Expertenplänen. Die Ideen liefen auf eine »staatlich geförderte Ostalgie« hinaus, ja auf ein »Aufarbeitungskombinat«, mit dem »die SED-Diktatur weniger grau« gezeichnet werden sollte.

Knabes herausgehobene Rolle (von den Experten hat sich keiner in den letzten Wochen häufiger geäußert als er) beruht auf einem Missverständnis, das die Mediengesellschaft produziert: Nur weil jemand besonders laut auftritt, ist er noch lange nicht wichtig. Jedoch haben auch Knabes erbitterteste Kritiker, die den Gedenkstättenleiter gern mal »Volksverhetzer vom Dienst« nennen und selbst wenig Differenzierung beim Rückblick in die Geschichte an den Tag legen, zu dessen Prominenz beigetragen.

Die Dimension dessen, was die Kommission vorschlägt, geht über die zuletzt häufig diskutierten Fragen, was aus der Gedenkstätte Hohenschönhausen wird und welche Zukunft die Stasiunterlagen-Behörde von Marianne Birthler hat, jedoch weit hinaus. Es ist sogar der ausdrückliche Wunsch der Mehrheit der Experten, das, was von Aufarbeitung in Gedenkstätten und Ausstellungen sichtbar wird, wieder breiter aufzufächern.

Denn was die historische Forschung zum Thema DDR produziert hat, findet in der Öffentlichkeit nicht immer den gleichen Anklang. Nicht umsonst beklagt die Kommission eine »Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression« und plädiert für eine »Perspektivendifferenzierung«, damit auch andere Aspekte des Alltags in der DDR wieder stärker in den Blick geraten.

Gerade zum nicht gerade widerspruchsfreien Verhältnis zwischen dem Machtanspruch der SED und der Herrschaftswirklichkeit in der DDR, hat die Forschung in den letzten Jahren interessante Ergebnisse hervorgebracht. Ob diese im neuen Geschichtsverbund mehr Geltung erhalten und vor allem mit welcher Gewichtung, bleibt freilich abzuwarten.

Ohnehin geht die Debatte wohl jetzt erst richtig los: Erstens gibt es keinen Anlass dafür anzunehmen, dass sich der Streit um Geschichtsbilder und Deutungsfragen mit den Vorschlägen der Kommission erledigt haben könnte. Zweitens handelt es sich bei den etwas mehr als 20 Seiten, die die Expertengruppe nach gut einem Jahr vorlegt, lediglich um Empfehlungen. Die Umsetzung der Ideen müsste noch durch das schmale Nadelöhr der Politik – und dort herrscht keineswegs Einigkeit über die Vorschläge. Während etwa der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) die Empfehlungen der Kommission begrüßte, billigte der Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag, Arnold Vaatz, den Ideen keinerlei Umsetzungschancen zu, da damit die »nostalgische Verklärung der DDR gestärkt« würde. Drittens dürften viele Vorschläge noch unter dem Vorbehalt ihrer Finanzierungsmöglichkeiten stehen. Abgesehen davon, dass in dem nun wohl erst richtig beginnenden Kampf um Posten und Standorte noch viele jähe Wendungen möglich sind.

15.05.06 Neues Deutschland tos

Die Pläne der Experten

Die zehnköpfige Kommission wurde im Mai 2005 von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss berufen. Die Leitung hatte der Historiker Martin Sabrow, im Gremium arbeiteten unter anderem die ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Tina Krone, Ulrike Poppe, Roland Jahn und Freya Klier. Letztere hat in einem Minderheitenvotum einen offensiveren Umgang mit der SED-Herrschaft gefordert.

Für die künftige Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte schlägt die Kommission ein Drei-Säulen-Modell vor:

Ein neues »Forum Aufarbeitung« in Berlins soll, mitgetragen von der Stiftung Aufarbeitung und in Kooperation mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, für die Themen »Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand« zuständig sein. Das Forum soll räumlich mit der Havemann-Gesellschaft und mit Bildungsträgern zusammengeführt werden. Mögliche Standorte: die ehemalige ADN-Zentrale, der ehemaligen Sitz der SED-Zentrale und eine ehemalige Brauerei Die Birthler-Behörde soll zu einem Dokumentations- und Forschungszentrum für »Überwachung und Verfolgung« werden. Ein Schwerpunkt bleibt zunächst die Erschließung der Akten, die »auf lange Sicht ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen« sollen. Die Behörde soll mit den Gedenkstätten im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit in der Normannenstraße und dem früheren Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen organisatorisch zusammengeführt werden.

Ein dritter Schwerpunkt sind die Themen »Teilung und Grenze«. Die Gedenkstätte Berliner Mauer soll zu einer Ausstellungs- und Forschungseinrichtung entwickelt werden, die für

Museen und Gedenkstätten entlang der innerdeutschen Grenze Koordinierungsaufgaben übernehmen könnte.

15.05.06 freiepresse

Bürgerkomitee Leipzig kritisiert Kommission zur DDR-Geschichte als Kopfgeburt

ddp

Keine pluralistische, transparente Debatte

Leipzig (ddp-lsc). Das «Bürgerkomitee Leipzig» hat die Vorschläge der Expertenkommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte als Kopfgeburt kritisiert. Es fehle eine offene, pluralistische, transparente Debatte, sagte der Vizechef des Trägervereins des Leipziger Stasi-Museums «Runde Ecke», Tobias Hollitzer, der Nachrichtenagentur ddp. Dieses Manko werde die Zukunftsfähigkeit des Konzepts nachhaltig beeinträchtigen. Durch die «Geheimdebatte» von zehn Gutachtern hinter verschlossenen Türen seien eineinhalb Jahre verschenkt worden, sagte Hollitzer.

Er bemängelte, dass das 1999 von der zweiten Enquetekommission des Bundestags auf Basis einer breiten gesellschaftlichen Diskussion entwickelte Konzept zur Gedenkstättenförderung mit keinem Wort erwähnt werde. Es sei klar, dass es einige Modifikationen geben müsse. Es sei aber undenkbar, so zu tun, als fange die Arbeit bei Null an. Er räumte ein, dass Mängel teilweise zurecht aufgezeigt würden. Allerdings lägen die meisten in fehlenden Mitteln begründet. «Man kann nicht verlangen, professioneller zu arbeiten, ohne gleichzeitig mehr Geld zur Verfügung zu stellen», kritisierte Hollitzer.

Die in den vergangenen 15 Jahren entstandene pluralistische Aufarbeitungslandschaft habe sich bewährt, betonte Hollitzer. Das Nebeneinander von ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen sowie von Trägerschaften durch private Vereine, durch das Land und den Bund müsse erhalten bleiben. Ein «staatlich gelenktes Aufarbeitungskombinat» dürfe es nicht geben, sagte Hollitzer.

«Was wir brauchen, ist ein stärkeres, auch finanzielles Engagement des Bundes», fügte Hollitzer hinzu. Allerdings blende das Konzept die finanziellen Folgen der Vorschläge gänzlich aus. Die «Runde Ecke» benötige auch künftig ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes. Sie sei keine reine Landesangelegenheit, hob er hervor.

Das Papier spreche der Leipziger Gedenkstätte Museum in der «Runden Ecke» eine bundesweite Bedeutung ab, ohne dies jedoch zu begründen. Die flächendeckende Arbeit der Staatssicherheit lasse sich nicht anhand der Berliner Zentrale allein, sondern nur am Beispiel einer Bezirksverwaltung darstellen. Das Leipziger Museum sei die einzige Gedenkstätte, die in original erhaltenen Räumen einer Bezirksverwaltung ihren Sitz hat. Darüber hinaus werde durch die einzigartige Kombination mit der ehemaligen Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung, dem Stasi-Bunker, nur in Leipzig auch die militärische Dimension der Tätigkeit der Stasi der DDR beleuchtet.

Darüber hinaus dürfe nicht die Bedeutung von Leipzig als Zentrum der friedlichen Revolution vergessen werden. «Hier werden nicht nur die Verbrechen der Stasi gezeigt, sondern zugleich auch der positive Aspekt, dass wir es selbst geschafft haben, uns zu befreien», betonte Hollitzer.

Nach den Vorstellungen der Experten sollte die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU) verkleinert und in ein Dokumentations- und Forschungszentrum «Diktatur und Geheimpolizei» umgewandelt werden. Im Zuge der Neustrukturierung sollen ihr auch bislang unabhängige Gedenkstätten zugeordnet werden.

14.05.06 Welt am Sonntag

Interview: Ralf Georg Reuth

"Die Stasi war eine kriminelle Vereinigung". Die Bürgerrechtlerin Freya Klier übt Kritik an den Plänen zum neuen Umgang mit der SED-Diktatur

Im Abschlussbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird eine inhaltliche und organisatorische Neuordnung empfohlen. Dem Papier zufolge, das morgen an Kulturstaatsminister Bernd Neumann übergeben wird, sollen die Stasi-Akten langfristig in die Bestände des Bundesarchivs integriert werden. Die für die Stasi-Hinterlassenschaft zuständige BIRTHLER-Behörde soll personell "abgeschmolzen" und in ein Forschungszentrum umgewandelt werden. Dieses soll dann in einem nationalen "Forum Aufarbeitung" aufgehen, das die Tätigkeit nahezu aller Institutionen koordiniert, die sich mit der DDR-Vergangenheit beschäftigen.

Das Konzept der Expertenkommission unter Leitung des Potsdamer Historikers Martin Sabrow sieht auch einen Wechsel von der politischen zur historischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit vor. Mit anderen Worten: Das Thema SED-Diktatur und Staatssicherheitsdienst soll als abgeschlossener geschichtlicher Zeitraum behandelt werden. Dagegen wehren sich ehemalige, im Bürgerbüro Berlin organisierte DDR-Bürgerrechtler, die das Unwesen der alten Stasi-Kader für ein sehr aktuelles Problem halten. Eine von ihnen ist die Filmemacherin Freya Klier, die der Expertenkommission der Bundesregierung angehört. Sie folgt deren Empfehlungen in wesentlichen Punkten nicht und gibt morgen ein Sondervotum ab.

Welt am Sonntag: Frau Klier, warum weichen Sie mit einem Sondervotum von den Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines "Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur" ab?

Freya Klier: Weil die abschließenden Empfehlungen nicht die adäquate Antwort auf das Weiterwirken und die Neupositionierungen der DDR-Kader sind, die die Verharmlosung des SED-Regimes immer aggressiver in unsere Gesellschaft hineintragen. Diese Leute marschieren ja nicht nur in Gedenkstätten auf, sie sitzen auch im Bundestag, in den Medien, in den Schulen und in unzähligen Gremien.

Woran liegt das?

Klier: Das ist die Folge von schweren juristischen Fehlern, die im Zuge der deutschen Einheit begangen wurden. So hätte der Staatssicherheitsdienst unbedingt zur kriminellen Vereinigung erklärt werden müssen. Dann würden diese Leute heute nicht so auftrumpfen.

Aber was hat das alles mit dem künftigen Archivierungsort der Stasi-Akten zu tun?

Klier: Die Stasi-Akten-Behörde ist nicht irgendeine Behörde, sondern ein Erbe der friedlichen Revolution in der DDR. Die Empfehlung der Expertenkommission ist angesichts der immer frecher werdenden Altkader zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein falsches Signal. Statt über eine Verschiebung der Stasi-Akten zu sinnieren, wäre es angebrachter, die Regelanfrage für den öffentlichen Dienst sowie für Mandatsträger über den Dezember 2006 hinaus zu verlängern.

Aber die BIRTHLER-Behörde bliebe doch als Gedenk- und Forschungsstätte bestehen.

Klier: Das ist richtig. Aber sie verlöre ihren Charakter, denn die Empfehlungen sehen vor, diese in einem zentralistisch organisierten Verbund aufgehen zu lassen. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit würde somit letztendlich bürokratisch erstickt werden.

Sehen Sie das nicht etwas zu dramatisch, Frau Klier?

Klier: Keineswegs. Denn die Organisationsform ist ja nur das eine. Hinzu kommt, daß die Empfehlungen der Expertenkommission sehr vage gehalten und nicht besonders geeignet sind, nachfolgenden Generationen das Wesen von Diktaturen nahezubringen.

Werden Sie doch etwas präziser.

Klier: Durch meine langjährige Erfahrung an Schulen weiß ich, daß man jungen Leuten Diktatur nur näherbringen kann, indem man sie personalisiert. Es sind die menschlichen Schicksale, die zuhören lassen. Dies gilt für die Auseinandersetzung mit der DDR ebenso wie

für die nationalsozialistische Diktatur: Akademische Abstraktionen, wie sie von der Kommission favorisiert werden, rauschen an der jungen Generation vorbei. Was wir brauchen, ist eine methodische Neuausrichtung in den Schulen.

Sie lassen kein gutes Haar an der Empfehlung der Kommission.

Klier: Keineswegs. Es gibt auch einzelne Punkte, die ich mittragen kann. So begrüße ich zum Beispiel die von der Kommission geforderte stärkere Thematisierung des Alltags in der 40jährigen DDR-Geschichte. Doch insgesamt beschleicht mich beim Lesen der Empfehlung das ungute Gefühl, daß die aktuelle politische Dimension des Themas gar nicht erfaßt wird. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir können nicht zulassen, daß das DDR-Unrecht verharmlost wird, indem weitvernetzte Demokratiefeinde die Deutungshoheit über die DDR-Geschichte erlangen. Sie sollen nicht auch noch unsere Zukunft mitbestimmen.

<http://www.wams.de/data/2006/05/14/886896.html>

13.05.06 Frankfurter Allgemein Zeitung S. 10

Jochen Staadt

Kollision der Fachleute. Die Einrichtungen zur DDR-Aufarbeitung sollen neu geordnet werden

13.05.06 Der Tagesspiegel

Matthias Schlegel

Streitbare Gedanken ums Gedenken. Noch ehe das Konzept über den Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ veröffentlicht ist, gibt es Auseinandersetzungen darüber

13.06.05 Merkische Allgemeine Zeitung

dpa

Geteilte Wahrnehmung. Experten empfehlen, die Aufarbeitung der SED-Diktatur neu zu ordnen

13.06.05 Berliner Morgenpost

Sven Felix Kellerhoff

DDR-Gedenken in der SED-Zentrale? Expertekommission schlägt für das Haus Torstraße 1 ein „Forum Aufarbeitung“ vor

12.05.06 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Pressemitteilung Nr. 138

Staatsminister Bernd Neumann: "Konsequente und differenzierte Aufarbeitung der SED-Diktatur ist und bleibt ein zentrales Anliegen der Bundesregierung"

Anlässlich der Veröffentlichungen über die Empfehlungen der Kommission für einen "Geschichtsverbund zur Aufarbeitung des SED-Unrechts" hat Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärt:

"Die konsequente und differenzierte Aufarbeitung der SED-Diktatur ist und bleibt ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Die jüngsten Vorfälle in Hohenschönhausen, aber auch die große Publikumsresonanz des Films "Das Leben der anderen" belegen, dass die SED-Vergangenheit für unsere Gesellschaft noch sehr gegenwärtig ist und noch lange nicht ad acta gelegt werden darf. Wir müssen entschieden allen Tendenzen der Verklärung der ehemaligen DDR, der "Ostalgie", mit Aufklärung und Information entgegenwirken. Und wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Täter zu Opfern stilisieren. Dazu sind die Birthler-Behörde, die Stiftung Aufarbeitung, aber auch historische Gedenkorte wie Hohenschönhausen, die Mauergedenkstätte Bernauer Straße oder die Normannenstraße

entscheidend. Deshalb stehe ich für Aufwertung, bessere Profilierung und Stärkung dieser Institutionen und Orte ein."

Staatsminister Bernd Neumann betonte: "In diesem Zusammenhang kommt auch der Novellierung des Stasiunterlagengesetzes große Bedeutung zu. Wir müssen auch im Gesetz klar zum Ausdruck bringen, dass wir das Unrecht nicht vergessen oder nivellieren wollen. Dazu gehört für mich z.B. die Erweiterung von Zugangsrechten sowie die Wiedereröffnung des Zugangs zum Zentralen Einwohnerregister der DDR. Akteneinsicht und Überprüfungen müssen weiterhin möglich sein. Wir werden daher rechtlich klären, ob und wie die Frist für die Überprüfung bestimmter Personengruppen verlängert werden kann. Unrecht muss Unrecht bleiben."

Kulturstaatsminister Bernd Neumann sieht in den Empfehlungen der von der Vorgängerregierung eingesetzten Expertenkommission einen Denkbaustein für die weitere Meinungsbildung: "Die Ergebnisse der Kommission werden nun einer eingehenden Prüfung und Beratung unterzogen. Die Fachöffentlichkeit wird ihre Positionen im Rahmen eines für Anfang Juni geplanten Hearings einbringen können. Diese Beratungen werden einfließen in die Fortschreibung der Konzeption der Gedenkstättenförderung des Bundes mit dem Ziel der angemessenen Berücksichtigung der beiden Diktaturen in Deutschland, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde."

12.05.06 junge Welt

ddp/jW

Experten wollen Birthler Berlin.

Die Birthler-Behörde soll nach den Empfehlungen einer Expertenkommission verkleinert und in ein Dokumentations- und Forschungszentrum »Diktatur und Geheimpolizei« umgewandelt werden. Zudem solle sich die Behörde künftig verstärkt um die Erforschung des Themas auch in den früheren »Ostblockstaaten« kümmern, heißt es in dem vorab bekanntgewordenen Papier der Kommission, das am Montag offiziell vorgestellt werden soll. Die Akten des früheren DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sollen demnach irgendwann dem Bundesarchiv übergeben werden. »Gedenkstätten«, wie das ehemalige Untersuchungsgefängnis des MfS in Berlin-Hohenschönhausen, sollen in die neue Behörde eingegliedert werden.

12.05.06

ERB/ddp

Neue Hoffnung für „Lindenstraße 54“. Potsdamer Gedenkstätte soll Bestandteil des „Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur“ werden

Berlin/Potsdam – Der weitere Ausbau der Potsdamer Gedenkstätte „Lindenstraße 54“ wird sehr wahrscheinlich finanzielle und institutionelle Unterstützung erfahren. Eine beim Kulturstaatsminister des Bundes angesiedelte Expertenkommission will am kommenden Montag ihre Empfehlung zur Schaffung eines „Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vorstellen. Geplant ist unter anderem, ein Netzwerk regionaler Gedenkstätten mit Bezug zum ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu bilden – mit der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ als einem Bestandteil. Wie es in dem Papier heißt, seien die außerhalb Berlins befindlichen Stasi-Gedenkstätten „bis auf wenige Ausnahmen unterfinanziert, nicht ausreichend gesichert und personell mitunter nicht adäquat besetzt“. Sie sollen künftig stärker miteinander vernetzt werden, ohne das Konzept einer dezentralen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit aufzugeben. Weiter heißt es: „Unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft schlägt die Kommission daher die Bildung eines Netzwerkes regionaler Gedenkstätten mit MfS-Bezug vor.“ Auf der Liste, die den PNN vorliegt, befindet sich auch die Gedenkstätte in der Potsdamer Lindenstraße.

Im Rahmen des neuen Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sollen Erforschung und Darstellung der DDR-Geschichte institutionell neu geordnet werden. Dabei soll die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen – Birthler-Behörde – eine zentrale Rolle spielen und zu einem Dokumentationszentrum für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte umgewandelt werden. Da der Jahresetat in Höhe von etwa 100 Millionen erhalten bleiben soll, würden sich „neue finanzielle Spielräume für die Arbeit der regionalen Gedenkstätten ergeben“, hieß es. Zwar heißt es in der Empfehlung der Expertenkommission, dass die Grundfinanzierung der Gedenkstätten „grundsätzlich auf Landes- und kommunaler Ebene“ erfolgen soll. Jedoch sei der Aufbau eines innerhalb des Netzwerkes abgestimmten Ausstellungsangebotes am aussichtsreichsten durch Kooperationsvereinbarungen mit der Birthler-Behörde zu erzielen. Der Leiter des Potsdam-Museums, Hannes Wittenberg, begrüßte den Vorschlag der Kommission. Das Potsdam-Museum betreut das ehemalige Untersuchungsgefängnis der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit im Auftrag der Stadt. Während der NS-Zeit war das Gebäude Sitz des Erbgesundheitsgerichts, das Menschen zur Zwangssterilisation verurteilte. Zudem waren dort politische Gegner des NS-Systems inhaftiert. Nach 1945 übernahm das sowjetische Militärtribunal und der Geheimdienst NKWD das Haus. 1953 richtete die Staatssicherheit der DDR ein Untersuchungsgefängnis ein, im Volksmund „Lindenhotel“ genannt.

Erst vor wenigen Monaten hatte Hans-Hermann Hertle vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in einem Memorandum erklärt, das gestiegene Besucherinteresse stehe „in krassem Gegensatz zu dem, was in der Gedenkstätte bisher an Informationen und Exponaten geboten wird und was der historischen Bedeutung dieses Ortes angemessen ist“. Zugleich hatte er ein Gesamtkonzept für die Gedenkstätte angemahnt.

12.05.06 die tageszeitung

Rolf Lautenschläger

SED muss auf den Todesstreifen. Expertenkommission schlägt Bernauer Straße als Standort für geplantes "Forum Aufarbeitung" vor. Institutionen zur SED- und DDR-Geschichte werden neu geordnet

In der Berliner Erinnerungslandschaft wird die Bernauer Straße zukünftig wohl kein Schattendasein mehr führen. Der Gedenkort, den die Kulturverwaltung und das Land zu der zentralen Mauergedenkstätte in der Stadt umgestalten möchten, könnte durch das vom Bund geplante "Forum Aufarbeitung der SED-Diktatur" eine Aufwertung und zusätzlich mehr Besucher erzielen. Bislang rangiert die Bernauer Straße in der Attraktivität des Mauer-Sightseeings und der Information, besonders unter Berlin-Touristen, klar hinter dem Checkpoint Charlie.

Am kommenden Montag will Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) die Empfehlungen der "Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes" der Öffentlichkeit vorstellen. Im Kern beinhaltet die Expertise, die der taz vorliegt und noch 2005 von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) initiiert worden war, die Schaffung einer zentralen Institution. Sie soll bestehende Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Stiftungen zur DDR-Geschichte sowie zur Aufarbeitung des SED-Regimes besser strukturieren und vernetzen.

So könnten zum Beispiel die Ausrichtung der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU/Birthler-Behörde), die Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen oder andere Forschungseinrichtungen neu geordnet, zusammengelegt oder gar mit neuen Arbeitsschwerpunkten versehen werden. Insgesamt soll ein stärkeres Augenmerk auf den Alltag in der DDR statt der Fixierung auf die Stasi erreicht werden.

Zu den zentralen Vorschlägen zählt auch, dass die Bernauer Straße wohl die beste Adresse für die Einrichtung des "Forums Aufarbeitung" sei. Das ehemalige Gelände der Oswald-Berliner Brauerei mit rund 7.000 Quadratmeter Nutzfläche und in unmittelbarer Nähe zur Gedenkstätte

Berliner Mauer eigne sich vorzüglich als neuer "kompakter Schwerpunkt" in der Lern- und Erinnerungstopografie Berlins. Die bestehende Mauer dort, die Geschichte der Teilung der Stadt in der geplanten Gedenkstätte und die neue Institution zur Aufarbeitung der SED-Diktatur könnten sich in dieser "Kombination" ergänzen.

Die beiden anderen Vorschläge, das Haus Torstraße 1, einst Sitz der SED-Parteizentrale und des Instituts für Marxismus-Leninismus, und das einstige ADN-Gebäude in Mitte, empfiehlt die Expertise dagegen weniger.

Bereits gestern - und vor der offiziellen Veröffentlichung des Berichts - lehnten der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, und sein Kollege von der Gedenkstätte Normannenstraße das neue Forum ab.

12.05.06 n-tv

"Trivialisierung der DDR"

Bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur gibt es nach Ansicht einer vom Kanzleramt eingesetzten Expertenkommission Defizite. Zu beobachten sei "eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die gerade in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden wird", heißt es in einem Papier von Historikern, DDR-Bürgerrechtlern und einem Theologen, das am Montag vorgestellt werden soll.

Zu den Defiziten gehörten auch eine zunehmende "Trivialisierung der DDR als politisches System" sowie Versuche, den Diktaturcharakter zu negieren. Es sei wichtig, einer "drohenden Verinselung der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein entgegenzutreten". Das zehnköpfige Experten-Gremium empfiehlt die Schaffung eines dezentralen Geschichtsverbundes mit drei Kernbereichen. Im Bereich "Herrschaft -Gesellschaft - Widerstand" sollte ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes "Forum Aufarbeitung" im Herzen der Hauptstadt eingerichtet werden.

Für den Teil "Überwachung und Verfolgung" regt die Kommission an, dass aus der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen im früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis sowie dem Sitz der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße mittelfristig ein Forschungs- und Dokumentationszentrum "Diktatur und Geheimpolizei" wird.

Im dritten Kernbereich "Teilung und Grenze" solle die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße ausgebaut werden. Die neuen Institutionen sollten als Stiftung geführt werden. Bemängelt wurde in dem Gutachten, dass sich auf Bundesebene derzeit die Aktivitäten der Einrichtungen zur Aufarbeitung überlappten. Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung sollte der Bund finanzieren.

Vorgeschlagen wurde eine "gleitende strategische Neuausrichtung" für die Stasi-Unterlagenbehörde. Im Zuge dieses Paradigmenwandels sollten die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit "auf lange Sicht ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen". Bei der Umwandlung in das Dokumentations- und Forschungszentrums befürwortet die Kommission aber eine derzeitige Konzentration der Behörde unter Marianne Birthler auf Erschließung und Auswertung von Stasi-Unterlagen. Die Behörde dürfe wegen ihrer "besonderen politischen Bedeutung" aus dem Prozess der SED-Auseinandersetzung "nicht zur Gänze herausfallen".

Die Kommission war im Vorjahr von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss eingesetzt worden. Auftrag war, ein Konzept für die Vernetzung von Gedenkeinrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung zu erarbeiten.

12.05.06 MV Regio

mv/bln

tenkommission: Aufarbeitung der SED-Diktatur neu ordnen

12.05.2006: Berlin/MVr Die Aufarbeitung der SED-Diktatur soll nach Ansicht einer vom Kanzleramt eingesetzten Expertenkommission völlig neue Konturen bekommen.

Es gebe Defizite und "eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die gerade in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden wird", heißt es in dem der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vorliegenden Papier von Historikern, DDR-Bürgerrechtlern und einem Theologen. Das Gutachten soll am kommenden Montag vorgestellt werden.

Zu den Defiziten gehörten auch eine zunehmende "Trivialisierung der DDR als politisches System" sowie Versuche, den Diktaturcharakter zu negieren. Es sei wichtig, einer "drohenden Verinselung der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein entgegenzutreten".

Unterdessen hat die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, vor einem Ende der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit gewarnt. "Es gibt diese gewisse Sehnsucht nach einem Schlussstrich, nach Vergeben und Vergessen", sagte Birthler.

Das Expertengremium empfiehlt die Schaffung eines dezentralen Geschichtsverbundes mit drei Kernbereichen. Im Bereich "Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand" sollte ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes "Forum Aufarbeitung" im Herzen der Hauptstadt eingerichtet werden. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse lobte das neue Konzept als "intelligenten Plan". Es sei notwendig, die "Reduktion von DDR-Biografien auf Verrat und Stasi zu überwinden" und genauer hinzusehen, sagte Thierse heute der "Berliner Zeitung".

Für den Teil "Überwachung und Verfolgung" regt die Kommission an, dass aus der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen im früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis sowie dem Sitz der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße mittelfristig ein Forschungs- und Dokumentationszentrum "Diktatur und Geheimpolizei" wird.

Im dritten Kernbereich "Teilung und Grenze" solle die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße ausgebaut werden. Die neuen Institutionen sollten als Stiftungen geführt werden. Derzeit überlappen sich laut Gutachten auf Bundesebene die Aktivitäten der Aufarbeitungs-Einrichtungen. Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung sollte der Bund finanzieren.

Vorgeschlagen wurden eine "gleitende strategische Neuausrichtung" der Stasi-Unterlagenbehörde und ein "Paradigmenwandel". Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit sollten "auf lange Sicht ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen". Bis zur Umwandlung in das Dokumentations- und Forschungszentrums befürwortet die Kommission aber eine Konzentration auf Erschließung und Auswertung von Stasi-Unterlagen. Frühere DDR-Bürgerrechtler kritisierten nach einem heutigen Bericht der "Thüringer Allgemeine" die Pläne. Die Neuprofilierung bedeute eine "faktische Zerschlagung" der Behörde, wurde der Vorsitzende des Bürgerbüros, Erhard Neubert, zitiert.

Die authentischen Erinnerungsorte in Hohenschönhausen und der Normannenstraße arbeiteten bislang isoliert. Sie könnten in die Birthler-Behörde eingegliedert werden, schlagen die Experten als eine Variante vor. Konstatiert wurde eine "deutlich übergewichtige Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung". Der Alltag "einer diktaturunterworfenen Bevölkerung" sei in der Gedenklandschaft aber noch weitgehend ausgeblendet.

In der Hauptstadt soll es laut Kommission künftig mit dem "Forum Aufarbeitung" einen Ort geben, an dem Machtmechanismen der SED-Diktatur dargestellt werden. Es sollte Diskussionsforum und zentrale Anlaufstelle für Fragen der DDR-Aufarbeitung sein. Der Umgang mit dem Leben in der Diktatur sollte nicht unkritischen Sammlungen zur DDR-Alltagskultur überlassen werden.

Die Kommission war im Vorjahr noch von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) eingesetzt worden. Kommissionsmitglied Freya Klier war mit dem Konzept nicht einverstanden und legte ein Sondervotum ab.

12.05.06 N24 Netzzeitung

Kommission klagt Defizite bei Sicht auf DDR

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur muss nach Ansicht einer vom Kanzleramt eingesetzten Expertenkommission völlig neue Konturen bekommen. Es gebe Defizite und "eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die gerade in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden wird", heißt es in einem Papier von Historikern, DDR-Bürgerrechtlern und einem Theologen, aus dem verschiedene Medien bereits vor der Veröffentlichung zitierten. Offiziell wird das Gutachten am Montag vorgestellt.

Zu den Defiziten gehören nach Auffassung der Forscher auch eine zunehmende "Trivialisierung der DDR als politisches System" sowie Versuche, den Diktaturcharakter abzustreiten. Es sei wichtig, einer "drohenden Verinselung der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein entgegenzutreten". Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, warnte vor einem Ende der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit: "Es gibt diese gewisse Sehnsucht nach einem Schlusstrich, nach Vergeben und Vergessen", sagte sie am Freitag in Berlin.

Das Experten-Gremium empfiehlt die Gründung eines dezentralen Verbundes von Gedenkstätten mit drei Schwerpunkten. Für das Thema "Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand" soll ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes "Forum Aufarbeitung" in der Hauptstadt eingerichtet werden. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) lobte das neue Konzept als "intelligenten Plan". Es sei notwendig, die "Reduktion von DDR-Biografien auf Verrat und Stasi zu überwinden" und genauer hinzusehen, sagte er der "Berliner Zeitung". Für den Teil "Überwachung und Verfolgung" regt die Kommission an, dass aus der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen im früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis sowie dem Sitz der ehemaligen Zentrale des DDR-Geheimdienstes in Berlin mittelfristig ein Forschungs- und Dokumentationszentrum "Diktatur und Geheimpolizei" wird. Für den dritten Schwerpunkt "Teilung und Grenze" solle die Gedenkstätte Berliner Mauer ausgebaut werden.

Bürgerrechtler unzufrieden

Die neuen Institutionen sollen als Stiftungen geführt werden. Derzeit überlappen sich laut Gutachten auf Bundesebene die Aktivitäten der Aufarbeitungs-Einrichtungen. Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung sollte der Bund finanzieren. Vorgeschlagen wurden eine "gleitende strategische Neuausrichtung" der Stasi-Unterlagenbehörde und ein "Paradigmenwandel": Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit sollten "auf lange Sicht ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen". Bis zur Umwandlung in das Dokumentations- und Forschungszentrum befürwortet die Kommission aber eine Konzentration auf Erschließung und Auswertung von Stasi-Unterlagen.

Frühere DDR-Bürgerrechtler kritisierten die Pläne. Die Neuprofilierung bedeute eine "faktische Zerschlagung" der Behörde, sagte der Vorsitzende des Bürgerbüros, Erhard Neubert, der "Thüringer Allgemeinen". Die Kommission war im Vorjahr noch von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) eingesetzt worden. Kommissions-Mitglied Freya Klier war mit dem Konzept nicht einverstanden und gab ein Sondervotum ab.

12.05.06 Leipziger Volkszeitung

dpa

Expertenkommission: Aufarbeitung der SED-Diktatur neu ordnen

Berlin. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur soll nach Ansicht einer vom Kanzleramt eingesetzten Expertenkommission völlig neue Konturen bekommen. Es gebe Defizite und „eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die gerade in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden wird“, heißt es in dem der Deutschen Presse- Agentur (dpa) vorliegenden Papier von Historikern, DDR- Bürgerrechtlern und einem Theologen. Das Gutachten soll an diesem Montag vorgestellt werden.

Zu den Defiziten gehörten auch eine zunehmende „Trivialisierung der DDR als politisches System“ sowie Versuche, den Diktaturcharakter zu negieren. Es sei wichtig, einer „drohenden Verinselung der DDR- Geschichte im Geschichtsbewusstsein entgegenzutreten“.

Unterdessen hat die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, vor einem Ende der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit gewarnt. „Es gibt diese gewisse Sehnsucht nach einem Schlussstrich, nach Vergeben und Vergessen“, sagte Birthler am Freitag in Berlin.

Das Experten-Gremium empfiehlt die Schaffung eines dezentralen Geschichtsverbundes mit drei Kernbereichen. Im Bereich „Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand“ sollte ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes „Forum Aufarbeitung“ im Herzen der Hauptstadt eingerichtet werden. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse lobte das neue Konzept als „intelligenten Plan“. Es sei notwendig, die „Reduktion von DDR-Biografien auf Verrat und Stasi zu überwinden“ und genauer hinzusehen, sagte Thierse der „Berliner Zeitung“ (Freitag). Für den Teil „Überwachung und Verfolgung“ regt die Kommission an, dass aus der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen im früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis sowie dem Sitz der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße mittelfristig ein Forschungs- und Dokumentationszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ wird.

Im dritten Kernbereich „Teilung und Grenze“ solle die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße ausgebaut werden. Die neuen Institutionen sollten als Stiftungen geführt werden. Derzeit überlappen sich laut Gutachten auf Bundesebene die Aktivitäten der Aufarbeitungs-Einrichtungen. Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung sollte der Bund finanzieren.

Vorgeschlagen wurden eine „gleitende strategische Neuausrichtung“ der Stasi-Unterlagenbehörde und ein „Paradigmenwandel“. Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit sollten „auf lange Sicht ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen“. Bis zur Umwandlung in das Dokumentations- und Forschungszentrums befürwortet die Kommission aber eine Konzentration auf Erschließung und Auswertung von Stasi-Unterlagen. Frühere DDR-Bürgerrechtler kritisierten nach einem Bericht der „Thüringer Allgemeine“ (Freitag) die Pläne. Die Neuprofilierung bedeute eine „faktische Zerschlagung“ der Behörde, wurde der Vorsitzende des Bürgerbüros, Erhard Neubert, zitiert.

Die authentischen Erinnerungsorte in Hohenschönhausen und der Normannenstraße arbeiteten bislang isoliert. Sie könnten in die Birthler-Behörde eingegliedert werden, schlagen die Experten als eine Variante vor. Konstatiert wurde eine „deutlich übergewichtige Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung“. Der Alltag „einer diktaturunterworfenen Bevölkerung“ sei in der Gedenklandschaft aber noch weitgehend ausgeblendet.

In der Hauptstadt soll es laut Kommission künftig mit dem „Forum Aufarbeitung“ einen Ort geben, an dem Machtmechanismen der SED- Diktatur dargestellt werden. Es sollte Diskussionsforum und zentrale Anlaufstelle für Fragen der DDR-Aufarbeitung sein. Der Umgang mit dem Leben in der Diktatur sollte nicht unkritischen Sammlungen zur DDR-Alltagskultur überlassen werden.

Die Kommission war im Vorjahr noch von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) eingesetzt worden. Kommissions-Mitglied Freya Klier war nicht einverstanden mit dem Konzept und legte ein Sondervotum ab.

12.05.06 Deutschlandradio

Expertenkommission kritisiert Defizite bei Aufarbeitung der SED-Diktatur

Moderation: Klaus Remme

Der Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat, Professor Manfred Wilke von der FU Berlin, hält den Vorschläge der Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Erinnerung an die deutsche Teilung in mehrere große Komplexe aufzuteilen für ungünstig. Eine Teilung würde bloß eine Selbstbeschäftigung der Gedenkstätten und der Museen mit der Neuordnung auslösen.

Klaus Remme: Wir haben im Vorlauf der Sendung so kurz nach halb eins bereits berichtet über eine Kommission, die Vorschläge gemacht hat, wie die Aufarbeitung der SED-Diktatur neu geordnet werden soll. Diese Kommission war von der Vorgängerregierung eingesetzt worden, hat die Vorschläge jetzt öffentlich gemacht. Sie sind etwas eher bekannt geworden als geplant, aber so ist das nun einmal in einer Mediendemokratie. - Am Telefon ist jetzt Manfred Wilke, Professor an der FU Berlin und Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat. Herr Wilke, guten Tag!

Manfred Wilke: Ich grüße Sie Herr Remme!

Remme: Ein Stichwort in dem Bericht, den unsere Korrespondentin aus dem Hauptstadtstudio für uns gemacht hat, war das Stichwort Trivialisierung, die Trivialisierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Welche Indizien gibt es dafür?

Wilke: Das Minderheitengutachten, das Freya Klier abgegeben hat, die sich nicht dem Votum angeschlossen hat, macht darauf aufmerksam, dass die Kommission keine Stellung genommen hat zu dem schleichenden Wandel des DDR-Bildes, der durch zum einen mangelnden Auseinandersetzungswillen der westdeutschen Eliten mit diesem Thema und zum anderen durch das Auftreten von ehemaligen SED- und Ministerium-für-Staatsicherheit-Leuten nicht nur spektakulär, sondern alltäglich in den Schulen stattfindet und dass auf diese Kernfragen so ähnlich wie im Gesundheitswesen, was eben Ellis Huber dargestellt hat, dieser Bericht überhaupt keine Antwort gibt, vor allen Dingen nicht, dass es jetzt schon um die historische Bildung der kommenden Generationen geht.

Remme: Herr Wilke, können denn die Defizite in der Aufarbeitung durch eine formale Neuausrichtung von Stiftungen und Einrichtungen behoben werden?

Wilke: Das gehört sicher dazu und die Kernfrage ist: Was wird aus der Behörde der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, die ja durch einen mutigen Schritt von Innenminister Schily 2004 endlich aus dem Innenministerium heraus und dem Staatsministerium für Kultur überantwortet wurde. Das heißt, wir betrachten jetzt die Vergangenheitsbewältigung der DDR als Teil unserer kulturellen Staatsaufgaben.

Der zentrale Punkt dabei ist, dass die Behörde für die Stasi-Unterlagen, gemeinhin Gauck- oder Birthler-Behörde genannt, dass deren politische Funktion, regelmäßig Überprüfungen von Bewerbern im öffentlichen Dienst auf Stasi-Zugehörigkeit zu machen, jetzt ausläuft. Die Behörde wurde 1992 gegründet mit einem befristeten Auftrag. Heute ist sie ein großes zeithistorisches Archiv, die aber über einen Etat von 100 Millionen Euro verfügt. Die Frage ist, ob man diesen Apparat so weiterführen soll oder ob es nicht einer neuen Aufgabenstellung bedarf, die zum Beispiel zur - wie es manche formulieren - Zerschlagung der Behörde führen sollte.

Remme: Ein anderer Punkt in den Empfehlungen und in den Wahrnehmungen der Kommission ist eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte. Sie wird dort festgestellt. Herr Wilke, wie überraschend kann denn dieser Befund sein? Wie sollte es denn anders sein?

Wilke: Damit haben Sie es gesagt. Wobei ich dazu sagen muss, ein Punkt ist in dieser Kommission drin, der in der öffentlichen Diskussion des Berichtes hoffentlich Beachtung findet, nämlich dass sie zum ersten Mal sehr prominent die Frage nach oben ziehen, die Frage des Erinnerns an die innerdeutsche Grenze, an die Mauer in Berlin und dass gewissermaßen die Teilungsgeschichte der beiden Deutschländer von '45 bis '90 zu einer neuen Perspektive wird, die in die Erinnerung an die DDR mit eingebaut wird. Das dürfte und könnte eine Brücke sein, um die west-ost-deutschen Unterschiede in der Wahrnehmung der Erlebnisgenerationen für die Zukunft zu überbrücken. Dieses ist ein Punkt, der es meiner Meinung nach wirklich verdient, hervorgehoben zu werden, während die Kommission in Bezug auf die anderen Ordnungsvorstellungen, die sie macht, merkwürdig unentschieden ist. Sie schlägt vor, die Erinnerungen zu teilen in drei große Komplexe: Alltag der Diktatur, dann Geheimpolizei und Diktatur und schließlich Teilung und Grenze. Dieses würde eine Selbstbeschäftigung der Gedenkstätten und der Museen mit der Neuordnung auslösen, die ich in diesem Zusammenhang nicht für so günstig halte.

12.05.06 freiepresse

ddp

«Keine wirkliche Lösung»

Knabe zweifelt Empfehlung einer Expertenkommission des Bundes an

Der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, sieht Kooperationspläne für die «Gedenkstätte Lindenstraße 54» in Potsdam mit Skepsis. Die Empfehlung einer Expertenkommission des Bundes biete «keine wirkliche Lösung», sagte Knabe der Nachrichtenagentur ddp in Berlin. Denn dadurch kämen nicht mehr Besucher in die Gedenkstätte.

Potsdam/Berlin (ddp-lbg). Der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, sieht Kooperationspläne für die «Gedenkstätte Lindenstraße 54» in Potsdam mit Skepsis. Die Empfehlung einer Expertenkommission des Bundes biete «keine wirkliche Lösung», sagte Knabe der Nachrichtenagentur ddp in Berlin. Denn dadurch kämen nicht mehr Besucher in die Gedenkstätte. Diese müsse aber «stärker in die Öffentlichkeit gerückt» werden. Dagegen begrüßte der Leiter des Potsdam-Museums, Hannes Wittenberg, den Vorschlag. Das Potsdam-Museum betreut das ehemalige Untersuchungsgefängnis der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS).

Eine beim Kulturstaatsminister angesiedelte Expertenkommission wird am Montag ihre Empfehlung zur Schaffung eines «Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur» vorstellen. Geplant ist offenbar unter anderem, ein Netzwerk regionaler Gedenkstätten mit Bezug zum ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu bilden - mit der Potsdamer «Gedenkstätte Lindenstraße 54» als einem Bestandteil. Für die Gedenkstätte KGB-Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße ist danach eine Bund-Länder-Finanzierung auf Basis einer Stiftung vorgesehen.

Wittenberg betonte im Hinblick auf die unterschiedliche Nutzungsgeschichte des Gebäudes, in dem sich heute die «Gedenkstätte Lindenstraße 54» befindet: «Das ist ein guter Vorschlag.» Kontakte zu anderen Einrichtungen mit einem ähnlichen Hintergrund seien bislang eher zufällig gewesen. Die Stadt Potsdam als Träger könne «stolz» darauf sein, dass die Gedenkstätte nach Kommissionsmeinung in den Verbund eingegliedert werden solle. Dieser Vorschlag bestätige auch die Arbeit des Hauses.

In seiner Funktion als Vorsitzender des Vereins Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis in Potsdam wertete Knabe die Empfehlung der Expertenkommission für diese Einrichtung positiv. Eine Bund-Länder-Stiftung wäre «das beste Modell». Es Sorge langfristig für finanzielle, rechtliche und personelle Sicherheit. Das Gebäude in der Leistikowstraße diene dem sowjetischen Geheimdienst seit 1946 als Gefängnis.

12.05.06 Netzzeitung

Kommission beklagt Defizite bei Sicht auf DDR

Die DDR wird von den Deutschen häufig nicht als Diktatur wahrgenommen und trivialisiert, fand eine vom Kanzleramt eingesetzte Kommission heraus. Die Experten machen auch Vorschläge, wie das zu ändern ist.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur muss nach Ansicht einer vom Kanzleramt eingesetzten Expertenkommission völlig neue Konturen bekommen. Es gebe Defizite und «eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die gerade in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden wird», heißt es in einem Papier von Historikern, DDR-Bürgerrechtlern und einem Theologen, aus dem verschiedene Medien bereits vor der Veröffentlichung zitierten. Offiziell wird das Gutachten am Montag vorgestellt.

Zu den Defiziten gehören nach Auffassung der Forscher auch eine zunehmende «Trivialisierung der DDR als politisches System» sowie Versuche, den Diktaturcharakter abzustreiten. Es sei wichtig, einer «drohenden Verinselung der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein entgegenzutreten». Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, warnte vor einem Ende der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit: «Es gibt diese gewisse Sehnsucht nach einem Schlusstrich, nach Vergeben und Vergessen», sagte sie am Freitag in Berlin.

Drei dezentrale Schwerpunkte

Das Experten-Gremium empfiehlt die Gründung eines dezentralen Verbundes von Gedenkstätten mit drei Schwerpunkten. Für das Thema «Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand» soll ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes «Forum Aufarbeitung» in der Hauptstadt eingerichtet werden. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) lobte das neue Konzept als «intelligenten Plan». Es sei notwendig, die «Reduktion von DDR-Biografien auf Verrat und Stasi zu überwinden» und genauer hinzusehen, sagte er der «Berliner Zeitung».

Für den Teil «Überwachung und Verfolgung» regt die Kommission an, dass aus der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen im früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis sowie dem Sitz der ehemaligen Zentrale des DDR-Geheimdienstes in Berlin mittelfristig ein Forschungs- und Dokumentationszentrum «Diktatur und Geheimpolizei» wird. Für den dritten Schwerpunkt «Teilung und Grenze» solle die Gedenkstätte Berliner Mauer ausgebaut werden.

Bürgerrechtler unzufrieden

Die neuen Institutionen sollen als Stiftungen geführt werden. Derzeit überlappen sich laut Gutachten auf Bundesebene die Aktivitäten der Aufarbeitungs-Einrichtungen. Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung sollte der Bund finanzieren. Vorgeschlagen wurden eine «gleitende strategische Neuausrichtung» der Stasi-Unterlagenbehörde und ein «Paradigmenwandel»: Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit sollten «auf lange Sicht ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen». Bis zur Umwandlung in das Dokumentations- und Forschungszentrum befürwortet die Kommission aber eine Konzentration auf Erschließung und Auswertung von Stasi-Unterlagen.

Frühere DDR-Bürgerrechtler kritisierten die Pläne. Die Neuprofilierung bedeute eine «faktische Zerschlagung» der Behörde, sagte der Vorsitzende des Bürgerbüros, Erhard Neubert, der «Thüringer Allgemeinen». Die Kommission war im Vorjahr noch von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) eingesetzt worden. Kommissions-Mitglied Freya Klier war mit dem Konzept nicht einverstanden und gab ein Sondervotum ab. (nz)

12.05.06 Deutschlandradio Kultur

Moderation: Birgit Kolkmann

Thierse: Linkspartei.PDS betreibt "Doppelspiel"

SPD-Politiker fordert klare Distanzierung von DDR

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse hat der Linkspartei.PDS vorgeworfen, sich nicht ausreichend vom ehemaligen Unterdrückungsstaat DDR und seinen Stasikadern zu distanzieren. Die Partei wolle die Stimmen der unkritischen DDR-Anhänger erhalten und bediene "die Vorurteile, die Uneinsichtigkeit und die Wut der Leute", sagte der SPD-Politiker. Es reiche nicht aus, wenn sich nur einzelne PDS-Politiker stalinismuskritisch äußerten.

Birgit Kolkmann: Herr Thierse, wie empfinden Sie die unverblühten und immer häufigeren öffentlichen Auftritte der ehemaligen Stasileute?

Wolfgang Thierse: Sie erschrecken mich, aber sie überraschen mich nicht vollständig. Sie erschrecken mich, weil es ja erschreckend ist, wenn Menschen aus einer geschichtlichen Katastrophe, aus dem Scheitern des Kommunismus, diesem jämmerlichen Scheitern nichts lernen wollen. Und sie überraschen mich nicht, weil ich das ja in den vergangenen 15 Jahren immer wieder gesehen habe, wie viele Stasileute, wie viele SED-Mitglieder nicht gelernt haben aus der Vergangenheit. Und dass sie jetzt, 16 Jahre danach, wieder lauter, selbstbewusster, ja frecher ihre Stimme erheben, das ist halt so.

Kolkmann: Viele von ihnen schreiben sogar Briefe an deutsche Schulen mit der Aufforderung, die Stasi-Gedenkstätten in Berlin-Hohenschönhausen und in der Normannenstraße nicht zu besuchen. Müsste man, kann man überhaupt dagegen juristisch vorgehen?

Thierse: Das weiß ich nicht. Und das schiene mir auch nicht entscheidend zu sein. Sondern wichtig ist die öffentliche Auseinandersetzung. Dass die Deutschen, die Politiker, aber auch Menschen aus der Gesellschaft, aus der Kultur da widersprechen. Und dass auch die Ex-DDR-Bürger das nicht einfach schweigend und demütig hinnehmen, sondern durchaus auch aufschreien. Man muss auch gelegentlich Kritik an der PDS, alias Linkspartei, üben: Wenn deren Ehrenvorsitzender, Hans Modrow, öffentlich erklärt, dass an den Mauertoten beide Seiten schuld sind, dann ist das Geschichtsverfälschung und Entschuldung der eigentlich Verantwortlichen. Denn die Mauer richtete sich gegen die Bürger der DDR und nicht gegen den Westen. Es war ein Einsperrvorgang. Aber da wird umgefälscht und er ist Ehrenvorsitzender dieser Partei nach wie vor. Dass es ein paar andere von der PDS gibt, die was anderes sagen, zeigt nur, welches Doppelspiel da gespielt wird.

Kolkmann: Ein Doppelspiel, das möglicherweise auch auf die Wählerstimmen aus diesen Bereichen der Gesellschaft zählt?

Thierse: Ja. Offensichtlich. Offensichtlich will die PDS Linkspartei diese Stimmen haben. Sie bedient also die Vorurteile, die Uneinsichtigkeit, die Wut der Leute, um sie bei sich zu halten. Und auf der anderen Seite, andere Teile des Wahlpublikums, auch teilweise in Westdeutschland, tut man stalinismuskritisch. Das ist nur glaubwürdig, wenn diese Partei sich einheitlich kritisch und entschieden von der SED- und Stasi-Vergangenheit verabschiedet.

Kolkmann: Die Kader können ja auch so unverblüht auftreten, weil viele Menschen schlecht informiert sind, schon vergessen haben oder noch zu jung sind. Müsste eigentlich an den Schulen der Geschichtsunterricht in Bezug auf die DDR-Geschichte intensiviert werden?

Thierse: Ja, unbedingt. Und zwar muss man begreiflich machen, dass diese DDR-Geschichte Teil der deutschen Geschichte ist. Also bundesdeutsche, westdeutsche und ostdeutsche Geschichte auch in ihrer Parallelität zeigen. Natürlich auch brauchen wir nicht nur gute Lehrpläne dafür, gutes, didaktisch aufbereitetes Material, sondern wir brauchen auch die Lehrer dazu, die bereit sind, das auch darzustellen, differenziert und kritisch, damit nicht nur das, was zu Hause an Verklärung der DDR stattfindet oder an normaler Vergesslichkeit - ich will das menschlich gar nicht abqualifizieren, das sind ja normale Vorgänge, dass man vergisst, dass man sich an die freundlicheren Seiten erinnert, dass man in Zeiten der Arbeitslosigkeit und ökonomischer Umwälzungen, die viele Menschen so verunsichert und ihnen Angst macht, sich an die sozial sicheren Zeiten der DDR freundlich erinnert. Das ist so.

Aber - das kann auch so sein -, aber wenn man dabei vergisst, welchen Preis wir gezahlt haben, dass die DDR nicht nur ein sozialer Fürsorgestaat war, auf ökonomisch höchst teure Weise, sondern eben auch ein Unterdrückungsstaat, ein Bewachungsstaat, ein Staat, in dem Andersdenkende, Andersglaubende verfolgt wurden. Also beides muss man in Erinnerung rufen. Es geht nicht nur um Schwarzmalerei, sondern um die schwarzen, die grauen und meinetwegen auch die hellen Töne. Aber nicht nur die hellen Töne bitte.

Kolkmann: Nun wird in den letzten Wochen vor allen Dingen über die Täter von damals diskutiert - ob ihre Vereine vom Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen, ja oder nein. Die Opfer geraten wieder einmal aus dem Blick. Wird zu wenig für die Opfer getan? Zehntausende haben nach Behördeneinschätzungen noch keinen Antrag auf Rehabilitierung gestellt.

Thierse: Also wir haben ja verschiedene gesetzliche Regelungen in den vergangenen Jahren verabschiedet. Manches davon ist auch wirksam, gewiss nicht alles. Und man wird auch materiell, finanziell nicht alles Unrecht angemessen würdigen und angemessen ausgleichen können. Das ist so. Und in einem Rechtsstaat zum Beispiel ist die Rente nicht ein Instrument der Bestrafung. Die DDR-Bürger, egal wo sie gearbeitet haben, haben einen Rechtsanspruch auf Rente erworben. Das ist, gehört mit zu den Fairnessregeln des Sozialstaats. Das mag einen ärgern, aber es ist so. Und dass dieser Rechtsstaat sich nicht hat hinreißen lassen zu Unrechtsurteilen, dass er eben keine politische Justiz gewesen ist, auch das will ich ausdrücklich loben. Auch wenn es gelegentlich weh tut.

Kolkmann: Wie wir mit der Geschichte der DDR-Vergangenheit umgehen, das ist ja entscheidend in den nächsten Jahren, Jahrzehnten. Eine Expertenkommission wird dem Kulturstatsminister am Montag Empfehlungen vorlegen, wie ein neuer Geschichtsverbund geschaffen werden kann. Offenbar ist davon die Rede, die Stasi-Unterlagen-Behörde mit den Stasi-Gedenkstätten zusammenzufassen. Für wie sinnvoll halten Sie das?

Thierse: Also man wird über Einzelheiten davon reden müssen, aber dass man langfristige Perspektiven entwickelt, das halte ich für sinnvoll. Es ist in den vergangenen Jahren sehr viel von der Basis, von unten her entstanden. Man hat, es gab viel Initiative, viel Engagement. Aber dass wir mittel- und langfristig differenzieren, professionalisieren müssen, auch vernünftig organisieren müssen, weil man nicht alles gleichermaßen bezahlen kann, weil nicht alles gleichermaßen wirksam ist, darüber sollte man in aller Ruhe, in aller Behutsamkeit reden. Nur die eigene Vergangenheitspfünde jeweils verteidigen zu wollen - so verständlich das ist -, das dürfte nicht ausreichen. Also nicht nur interessengeleitete Pro-domo-Debatten führen, sondern sagen: Was dient einer kritischen und differenzierten Aufarbeitung von DDR-Geschichte? Welche Instrumente brauchen wir? Welche Forschungsschwerpunkte, welche Akteure brauchen wir, damit DDR-Geschichte, Unterdrückung, Verfolgung, aber auch Alltag in der DDR nicht vergessen, nicht verdrängt, nicht verfälscht wird? Das muss der leitende Gesichtspunkt sein. Und da wird nicht alles so bleiben, wie es jetzt ist. Dann wird man vernünftigerweise Änderungen diskutieren müssen. Und das ist eine Sache der nächsten Monate. Diese Kommission hat dazu offensichtlich Vorschläge erarbeitet. Soweit ich das gesehen habe sind das sehr anregenswerte, sehr diskussionswürdige Vorschläge.

Kolkmann: Zum Umgang mit der DDR- und mit der Stasi-Vergangenheit insbesondere war das Wolfgang Thierse, der Bundestagsvizepräsident von der SPD. Ich bedanke mich für das Gespräch.

Thierse: Auf Wiederhören.

12.05.2006 Berliner Zeitung
Thomas Rogalla und Renate Oschlies
Nur wer sich ändert, bleibt sich treu

Wie war die DDR wirklich? Künftig sollen Profi-Historiker mehr mitzeichnen am Bild. Das ist sinnvoll, rührt aber auch an empfindliche Stellen von Bürgerrechtlern und weckt finanzielle Begehrlichkeiten.

BERLIN. Die Aufgabe der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur verlangt viel Fingerspitzengefühl. Einerseits betont das Papier, das am Montag Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) vorgelegt werden soll, die Verdienste der Bürgerrechtsbewegung in der DDR: Nur ihr mutiger Einsatz habe 1989 die friedliche Revolution ermöglicht, die Öffnung der Stasi-Akten erzwungen und eine Vielzahl authentischer Lernorte über die SED-Diktatur für die Nachwelt erhalten - etwa das ehemalige Hauptquartier von Stasi-Chef Erich Mielke in der Normannenstraße. Andererseits listet das Gremium eine lange Liste von Defiziten auf, die sich aus eben dieser urwüchsigen Entstehungsgeschichte ergeben: eine zu starke Fixierung auf die Themen Stasi und Repression, eine Unterbelichtung der Alltagsgeschichte in der DDR, eine unzureichende finanzielle und fachliche Ausstattung von Archiven und Gedenkstätten, mangelnde Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Aufarbeitungsinstitutionen, einen durch die Rechtsprechung eingeschränkten Zugang zu den Akten des MfS.

Nun mutet die Kommission - in der bemerkenswerterweise Historiker aus Ost und West und Bürgerrechtler wie Roland Jahn, Ulrike Poppe und Freya Klier sich ein Jahr lang zusammengerauft haben, einiges zu: Jene, die 1989 die Welt verändert haben, sollen ihren Blick auf die DDR und ihre Gedenkinstitutionen überprüfen und ändern. Das führt zu Streit, und bereits vor Veröffentlichung des Kommissionspapiers formiert sich insbesondere dort, wo institutionelle Veränderungen vorgesehen sind, der Widerstand: Er wolle nicht, wie die Kommission vorschläge, in die Birthler-Behörde integriert werden, sagt zum Beispiel Jörg Drieselmann, Geschäftsführer der Antistalinistischen Aktion (Astak), die in Berlin seit 1990 mit dürren Projektmitteln mehr schlecht als recht ausgestattet das "Mielke-Büro" betreibt - parallel zur Stasi-Unterlagenbehörde, die im Nebengebäude nach eigenem Konzept Archivführungen anbietet.

Drieselmann weist, ähnlich wie Hubertus Knabe, Chef der Gedenkstätte Hohenschönhausen, auf den "Widerspruch" hin, dass die Birthler-Behörde dem Konzept der Kommission zufolge mittelfristig zu einer kleineren Forschungseinrichtung schrumpfen, sich zuvor aber noch das Mielke-Büro und die Gedenkstätte Hohenschönhausen einverleiben soll. Knabe setzt offen darauf, dass er die Ergebnisse der seiner Meinung nach zu linken Kommission mithilfe von CDU-Kulturstaatsminister Neumann in seinem Sinne beeinflussen kann. Er wirft der Kommission Verharmlosung der DDR-Diktatur vor.

Tobias Hollitzer vom Bürgerkomitee "Runde Ecke" in Leipzig wettet gegen die Errichtung eines übermächtigen "Aufarbeitungskombinats" in der Hauptstadt.

Fachleute wie die Vorsitzende des Vereins Berliner Mauer, Gabriele Camphausen, sind skeptisch, ob das von der Kommission entwickelte "Drei-Säulen-Modell" geeignet ist, die DDR angemessen abzubilden: Säule 1 soll sich dem Themenkomplex "Herrschaft, Gesellschaft, Widerstand" widmen, wozu in Berlin ein neues Forum Aufarbeitung eingerichtet werden soll. Säule 2 trägt den Themenschwerpunkt "Überwachung und Verfolgung", Säule 3 widmet sich dem Aspekt "Teilung und Grenze". Diesen Säulen sollen die entsprechenden Gedenkorte und Institutionen zugeordnet werden - was entsprechende Widerstände in den seit 15 Jahren existierenden Strukturen erzeugt. Camphausen plädiert dafür, die unauflöselichen Zusammenhänge zwischen den Themenbereichen nicht künstlich zu trennen.

Auch der frühere DDR-Bürgerrechtler und SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel sieht die vorgeschlagenen thematischen Abgrenzungen skeptisch. Für ganz besonders fragwürdig hält er die Empfehlung, aus der Stasi-Unterlagen-Behörde eine Dokumentationsstelle für Diktatur und Geheimpolizei zu machen und die Akten ins Bundesarchiv zu geben. Die

Behörde soll Meckels Ansicht nach frühestens 30 Jahre nach ihrer Einsetzung andere Funktionen übernehmen oder abgewickelt werden, also um das Jahr 2023 herum.

Ganz anders sieht dies der CDU-Abgeordnete Arnold Vaatz, ebenfalls früherer DDR-Oppositioneller. Er plädiert dafür, dass Behördenchefin Marianne Birthler die Behörde noch in ihrer bis 2010 laufenden Amtszeit abwickelt und die Akten dem Bundesarchiv "geordnet übergibt". Die Diskussion darüber, wer künftig wie aufarbeiten soll und darf, ist eröffnet. Der Kampf um Geld und Posten steht damit bevor.

12.05.2006 Frankfurter Rundschau

Karl-Heinz Baum

Deutsche Geschichte. Erinnerung an die DDR-Diktatur verblasst

Die Geschichte des SED-Staats muss künftig wesentlich breiter aufgearbeitet werden als bisher. Das empfiehlt eine vom Kanzleramt berufene Fachkommission.

Auftrag der zehnköpfigen Kommission mit Historikern, DDR-Bürgerrechtlern und einem Theologen war, ein Konzept zu erarbeiten, um Einrichtungen zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit zu vernetzen. Die Empfehlungen, die sie am Montag veröffentlichen, liegen der Frankfurter Rundschau vor. Am 6. Juni sollen sie in einem Hearing diskutiert werden.

Für die künftige Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte schlagen die Experten drei Themenschwerpunkte vor: Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand, Überwachung und Verfolgung sowie Teilung und Grenze. Einrichtungen in Berlin sollen die Forschung zu den drei Schwerpunkten koordinieren. Für "Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand" wird von der Kommission eine Stiftung namens "Forum Aufarbeitung" vorgeschlagen, die in Berlins Mitte entstehen soll. Den Bereich "Überwachung und Verfolgung" soll die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen koordinieren. Für "Teilung und Grenze" wäre demnach die Mauer-Gedenkstätte in der Bernauer Straße zuständig.

Das künftige Netzwerk soll die DDR-Geschichte breiter als bisher präsentieren und nicht allein das Thema Staatssicherheit (Stasi) zum Mittelpunkt haben. Die Experten sprechen kritisch von einer in Ost und West "geteilten Wahrnehmung" der DDR; gerade in den alten Bundesländern werde sie "nur sehr bedingt als Teil gesamtdeutscher Geschichte verstanden". In den vergangenen Jahren sei die DDR als politisches System immer mehr "trivialisier" worden; damit würden ihr Diktaturcharakter verneint und die Opfer verächtlich gemacht. An Schulen und Hochschulen trete die DDR immer mehr in den Hintergrund.

Die verblässende Anschaulichkeit der vergangenen Diktatur führt der Kommission zufolge zu einem allmählichen Akzentwechsel. Er erlaube auch eine "Reglementierung" des überwundenen Herrschaftssystems, wie die jüngste Zeit zeige. Die Expertenkommission will die DDR-Geschichte im europäischen Kontext und eingebettet in eine integrierte deutsch-deutsche Geschichte zwischen 1945 und 1990 sehen.

Ein Sondervotum zu den Empfehlungen gibt das Kommissionsmitglied Freya Klier ab. Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin, heute als Schriftstellerin und Regisseurin tätig, wirft der Kommission vor, in der "wichtigsten Aufgabe", der Übertragung des Wissens an die nächsten Generationen, "ausgesprochen vage" zu bleiben.

Für die Jüngeren, so Klier, scheine jenseits der Jahrhundertwende Geschehenes "so fern zu sein wie das Römische Reich". Für junge Leute heute sei "fast der einzige Einstieg", um ein anderes System als Demokratie überhaupt denken zu können, "der sinnliche Nachvollzug staatlicher Repression und die Frage, was Menschen in Diktaturen einander anzutun vermögen". Die stärkste Wirkung erreiche dabei die Stasigedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen.

Die Kommission will diesen Ort in einem Zentrum für "Diktatur und Geheimpolizei" zusammenführen unter Anleitung der Stasibeauftragten.

http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=880691

12.05.2006 Süddeutsche Zeitung S. 13

Franziska Augstein

Im Garten der Erinnerung. Der Bericht der Kommission: Die Zukunft der DDR-Geschichte

12.05.2006 die tageszeitung S. 4

Christian Semler

Ausleuchten der Spielräume

In der verminteten Geschichtslandschaft DDR sind Räumungsarbeiten im Gang. Die noch von Rot-Grün eingesetzte Expertenkommission zur DDR-Aufarbeitung hat ihre Empfehlungen fertig gestellt. Heftiger Streit ist vorprogrammiert: "Wir dürfen", so die Kommission, "den erinnernden Umgang mit dem Leben in der Diktatur nicht der beschönigenden DDR-Nostalgie und den unkritischen Sammlungen zur DDR-Alltagskultur überlassen". Will sagen: Bislang hat die DDR-Aufarbeitung einen Bogen um die Lebenswirklichkeit gemacht.

Für viele der einstigen Bürgerrechtler ist das ein unakzeptabler Vorwurf. Sie beklagen die systematische Verniedlichung der SED-Herrschaft im Zeichen einer angeblich authentischen DDR-Lebenswelt. Sie fürchten, das Urteil über die DDR als Unrechtsstaat könnte umgestoßen werden. Umgekehrt sehen viele Bürger der DDR ihre Lebenswirklichkeit im Begriff der "zweiten deutschen Diktatur" verzerrt.

Die zweite Streitlinie verläuft zwischen der westlich dominierten Zeitgeschichtsschreibung und den östlichen Zeitzeugen. Hinzu tritt als allseits verschärfendes Element die Konkurrenz um die zukünftige Verteilung knapper Mittel an die Institutionen und Gedächtnisorte, die die DDR-Geschichte behandeln.

Die im Mai 2005 eingesetzte Kommission sollte so etwas wie ein Konzept für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund erarbeiten. An dieser Kommission nahmen Zeithistoriker, Museumsleute, Pädagogen und Bürgerrechtler teil. Am Montag werden die Kommissionsempfehlungen öffentlich präsentiert.

Dass es überhaupt zu gemeinsamen Vorschlägen gekommen ist (nur die Bürgerrechtlerin Freya Klier formulierte ein ablehnendes Sondervotum), ist angesichts der schroff differierenden Interessen- und Gemütslagen der Beteiligten keineswegs selbstverständlich. Das Unternehmen stand mehrfach auf des Messers Schneide. Dass es dennoch gelang, ist sicher der Bereitschaft der Kommission zuzuschreiben, offen über Defizite zu reden, das wachsende Desinteresse an der DDR-Geschichte ebenso zu konstatieren wie Tendenzen zum Geschichtsrevisionismus, die die DDR verklären. Der Text trägt allenthalben Spuren des Kompromisses zwischen einer historisch distanzierten und einer emotional geprägten Haltung, zwischen Professionalität und Engagement.

Ein wesentlicher Mangel der bisherigen Gedenkkultur, so die Kommission, ist, dass die Unterdrückungsapparate des DDR-Regimes zu sehr im Vordergrund standen - während der Alltag der herrschaftsunterworfenen Bevölkerung im Dunkeln blieb. Diese Konzentration auf die Repression, so die Kommission, hätte verhindert, dass die alltägliche Funktionsweise des Regimes analysiert und die realen Möglichkeiten des Einzelnen, also seine Spielräume, ausgeleuchtet worden wären. Das Ministerium für Staatssicherheit war eben nicht die Schaltzentrale des SED-Staats, ebenso wenig wie die Existenz der Mauer allein die Lebensweise der DDR-Bürger erklärt.

Praktisch schlägt die Kommission vor, die zukünftige öffentliche Arbeit zur DDR-Geschichte um drei große Komplexe zu gruppieren. Der Themenbereich Herrschaft/Gesellschaft/Widerstand soll die Bundesstiftung "Aufarbeitung" und das Leipziger, dem Widerstand der DDR-Bevölkerung gewidmete Institut zum Kern haben. Beide Institute sollen in Berlin ein "Forum Aufarbeitung" gründen. Vor allem dieses Forum soll der Ort für eine thematische Erweiterung und Vertiefung der DDR-Geschichtsbehandlung sein.

Der zweite Schwerpunkt betrifft den Komplex "Überwachung und Verfolgung". Hier soll ein Dokumentationszentrum "Diktatur und Geheimpolizei" entstehen. Wenn die Birtler-Behörde ihre Gründungsaufgabe erledigt hat, sollen ihre Forschungskapazitäten hier eingebracht werden - natürlich in "abgespeckter" Form. Dem Komplex "Überwachung und Verfolgung" sollen sowohl die Gedenkstätten beim Stasigefängnis Hohenschönhausen als auch das Stasihauptquartier in der Normannenstraße zugeordnet werden.

Der dritte Aufarbeitungsschwerpunkt "Teilung und Grenze" soll die verschiedenen Mauer- und Grenzmuseen aufeinander beziehen.

Damit ist die Kommission sichtlich bemüht, die Autonomie der einzelnen Gedenkstätten, Orte und Institutionen zu achten. Von Zentralisierungsbestrebungen keine Spur. Der in der Welt vorab geäußerte Verdacht, hier werde nach Art der DDR an einem zentralen Aufarbeitungskombinat gebastelt, ist somit der üblichen Verleumdungsstrategie zuzurechnen. Diese "Empfehlungen" stellen in ihrer umsichtigen Vorgehensweise vielmehr einen Versuch dar, die DDR auch einer Generation zu erschließen, die über keine persönlichen Erfahrungen mehr mit ihr verfügt.

12.05.2006 die tageszeitung S. 4

Interview mit Reinecke, Stefan

"Ostpartys glorifizieren nichts". Die Jüngeren sind neugierig auf DDR-Alltagskultur, meint Historiker Lutz Niethammer

taz: Herr Niethammer, welche Defizite gibt es in der Darstellung und Erforschung der DDR-Geschichte?

Lutz Niethammer: Es fehlt an einer Geschichtsaufarbeitung, die für viele Ostdeutsche anschlussfähig ist. Die Geschichtswissenschaft hat sich in den 90er-Jahren sehr auf die Regierungs- und Stasiakten konzentriert. Es gibt auch viel akribische Detailforschung, vor allem über die Ulbricht-Ära und die Wende 1989.

Warum diese Zeiträume?

Historiker sind es gewohnt, nach Aktenlage zu forschen. Die Akten für die Ära Honecker werden immer schlechter. Die DDR ist immer unschriftlicher geworden - nur die Stasi hat immer mehr Papier produziert. Das führt dazu, dass manche Historiker sagen: Zur Honecker-Zeit kann man nicht so richtig forschen, da fehlt das Material. Auch deshalb ist der Erfahrungsraum der Honecker-Ära unterbelichtet. Vor allem die Alltagsgeschichte der Honecker-DDR ist lückenhaft. Und gleichzeitig ist diese Zeit bei vielen aufgefüllt mit DDR-Nostalgie.

Sie meinen, die DDR-Nostalgie ist die Kehrseite einer zu engen historischen Forschung?

Wir müssen feststellen, dass das historische Alltagsbewusstsein der Ostdeutschen und die Geschichtswissenschaft weitgehend unverbunden sind. Viele im Osten denken: Das ist Fremdforschung. Mit unserem Leben in der Diktatur hat das nichts zu tun.

Dafür gab es in der Popkultur ja eine richtige Ostalgiewelle, inklusive FDJ-Blauhemd als Modetextil. Wie deuten Sie das?

Das ist die Ostvariante der Spaßgesellschaft. Wer darin verbissen die Rückkehr der Blauhemden wahrnimmt, übersieht das Ironische, Zitierende. Es handelt sich um eine Wiederaneignung von Alltagsgegenständen, die zu Teufelszeug erklärt wurden. Wenn man Westlern alle Marken ihrer Kindheit entziehen würde, wäre die Reaktion ähnlich. Die Ostparty, bei der Club-Cola getrunken wird, ist eine Mischung aus regionalem Protestverhalten und spezifisch ostdeutscher Spaßgesellschaft. Vibrierender Alarmismus ist da fehl am Platze.

Die Expertenkommission schlägt vor, die Darstellung der DDR über Stasi und staatliche Repression hinaus zu erweitern. Ist das richtig?

Ja. Schon weil viele Jüngere andere, neue Interessen haben. Für die ist die DDR völlig fremdes Gebiet. Viele wollen wissen, wie ihre Eltern und Großeltern gelebt haben. Mit einer

Glorifizierung der DDR hat das nichts zu tun. Diese Neugierde auf Fremdes gab es in den 90er-Jahren noch nicht. Damals stand an den Universitäten in der Tat die Stasi im Vordergrund - und zwar so sehr, dass viele Studenten gesagt haben: Bitte nicht schon wieder Stasi.

Nun sind aber einstige Stasikader derzeit aktiv. Wie erklären Sie sich das? Ist das Vorzeichen einer drohenden DDR-Verklärung, wie manche Bürgerrechtler warnen?

Dass Stasigeneräle öffentlich auftreten, ist neu - und natürlich muss man ihren Opfern den Rücken stärken. Das als Zeichen für die Restauration eines geschönten DDR-Bildes zu deuten, ist grob übertrieben. Ich glaube, dass die Stasidebatten oft kurzschlüssig waren. Zuerst erschienen ja die IMs als Hauptakteure, und die Hauptamtlichen waren in einer Art Verschattung. Die öffentliche Debatte war lange sehr schwarz-weiß gemalt, sehr moralisch und personalisiert.

Was ist die Alternative?

Die Stasileute als sozial und kulturell geprägte Angehörige ihrer Apparate zu verstehen. Wir versuchen zum Beispiel in Gera einen Kulturkonflikt zwischen Stasi und Alternativszene, darunter Liedermachern wie Stefan Krawczyk, in den 80er-Jahren aufzuarbeiten.

Wieso ist das ein Kulturkonflikt - und keine staatliche Repression?

Es war beides. Es war auch ein Generations- und Typkonflikt: hier die Alternativen - dort der Typus angepasste, halb militarisierte DDR-Existenz, die sich für das normale, anständige Leben hielt. Diesen Kern muss man freilegen - dann kann man sehen, wie der Repressionsapparat diesen Konflikt, den es so ähnlich auch im Westen gab, gewalttätig löst. Auch im Westen waren in den 80er Jahren ja viele Bürger unglücklich über die alternative Jugend. Kurzum: Es geht nicht darum, die Stasi schönzureden, sondern sie in ihrem Kontext begreifbar zu machen. Es ist falsch und zu simpel, in den Stasileuten nur Marionetten des Regimes zu sehen.

So zeigt es auch der erstaunlich erfolgreiche Kinofilm "Das Leben der anderen" ...

Ja. Der Film schildert die Wandlung eines Stasioffiziers - und das ist gerade keine Entschuldigung. Nur wenn man zeigt, dass sogar im Apparat moralische Entscheidungen möglich waren, gibt es einen Verantwortungsdiskurs.

12.05.2006 die tageszeitung S. 1

Kommentar: Reinecke, Stefan

Die DDR, klug historisiert

Die DDR ist, 16 Jahre nach ihrem Verschwinden, noch immer ein Kampfplatz. Rechtskonservative malen die DDR unverdrossen als naziartigen Staat. Gleichzeitig sind Ampelmännchen oder Mokka Fix Gold Zeichen von Popinszenierungen, in denen die DDR als lustige, harmlose Warenwelt zitiert wird. Offenbar aber wird die DDR als Heimat empfunden - paradoxerweise erst, seit sie von der politischen Landkarte verschwunden ist. Das verbittert wiederum manche Stasiopfer.

All diese Erinnerungstexte stehen meist unverbunden nebeneinander. Das kollektive Gedächtnis ist in Bezug auf die DDR erstaunlich widersprüchlich, buntscheckig und unübersichtlich. Das hat Vorzüge: Es ist fast anarchisch und denkbar weit entfernt von verordneten staatlichen Reglements. Aber es hat auch Schattenseiten. So schauen täglich hunderte Touristen am Berliner Checkpoint Charlie auf ein sandsackbewehrtes Wachhäuschen, das dort bis 1989 nie stand. Hauptsache, die Touristen haben etwas zum Fotografieren. In solcher Ignoranz spiegelt sich auch das beharrliche Desinteresse der Westdeutschen am Osten. All die pädagogischen Bestrebungen der 90er-Jahre unter dem Slogan "Wir müssen uns unsere Biografien erzählen" haben nichts daran geändert, dass dem gemeinen Westbürger die DDR-Geschichte herzlich egal ist.

Eine Expertenkommission aus Ostbürgerrechtlern und Westzeithistorikern schlägt nun einen Geschichtsverbund zur "Aufarbeitung der SED-Diktatur" vor, mit durchweg vernünftigen

Anregungen zur Zukunft von Birthler-Behörde und Stasigedenkstätten. Die Vorschläge sind fern von staatlicher Bevormundung und eher eine sanfte Kursbestimmung. Die Botschaft lautet: weniger Stasi, mehr Blick für den Alltag in einer Diktatur. Das ist, auch wenn es einstigen Bürgerrechtlern wie Freya Klier nicht passt, die richtige Richtung: eine kluge Historisierung, die der Vielfalt der DDR gerecht wird.

Und: An der Bernauer Straße soll ein neues Zentrum der DDR-Darstellung entstehen, das authentische Mauerreste mit Aufklärung über das Leben in der DDR verknüpft. Dann braucht man Touristen auch kein falsches Wachhäuschen mehr als echt zu verkaufen.

11.05.06 Berliner Morgenpost

Lars-Broder Keil

Dem Wirken der Stasi-Kader auf der Spur. Ausschuß prüft auf Antrag der CDU, ob Verfassungsschutz aktiv werden soll

11.05.2006 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 41

Regina Mönch

Meine DDR. Vorab zerpfückt: Das Gedenkstätten-Gutachten.

Am Montag soll das Gutachten zur Neuordnung der DDR-Gedenkstätten, der Stasi-Unterlagenbehörde und der Stiftung Aufarbeitung vorgestellt werden. Noch bevor es auch nur ein einziger Mensch außer seinen Verfassern und Auftraggebern ...

11.05.2006 Berliner Zeitung S. 1

Thomas Rogalla

Zukunft für DDR-Geschichte. Expertenkommission legt neues Konzept zur Aufarbeitung vor Stärkeres Augenmerk auf Alltag statt Fixierung auf Stasi

BERLIN. In Berlins Zentrum soll ein neues "Forum Aufarbeitung" entstehen, in dem die Geschichte der DDR thematisch wesentlich breiter als bisher und ohne die alleinige Fixierung auf das Thema Stasi präsentiert und diskutiert werden soll. Das schlägt die vom Kanzleramt eingesetzte "Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung des SED-Diktatur" in ihrem vertraulichen Abschlussbericht vor, der heute an Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) übergeben werden soll.

Die Einrichtung des "Forums Aufarbeitung", das in der ehemaligen SED -Zentrale in der Torstraße, im früheren Haus der Nachrichtenagentur ADN in Mitte oder in einer alten Fabrik nahe der Mauergedenkstätte Bernauer Straße unterkommen könnte, gehört zu den zentralen Vorschlägen zur Neuordnung, Sicherung und Professionalisierung der DDR-Aufarbeitung. Die Kommission, in der unter Leitung des Potsdamer Historikers Martin Sabrow Zeitgeschichtler und ehemalige DDR-Bürgerrechtler wie Roland Jahn arbeiten, fordert unter anderem, sich stärker als bisher mit dem Alltag in der SED-Diktatur auseinanderzusetzen.

"Während sich die Abschottungs- und Unterdrückungsmaßnahmen des SED-Staates in zahlreichen baulichen und symbolischen Relikten niederschlagen, bleiben insbesondere Alltag und Widerstand einer diktaturunterworfenen Bevölkerung weitgehend ausgeblendet", monieren die Experten. Man dürfe "den erinnernden Umgang mit dem Leben in der Diktatur nicht der beschönigenden DDR-Nostalgie und den unkritischen Sammlungen zur DDR-Alltagskultur überlassen", heißt es. Neben diesem Schwerpunkt "Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand" sollen die Themen "Überwachung und Verfolgung" sowie "Grenze und Teilung" treten.

Die in Berlin vorhandenen authentischen Orte wie die Mauergedenkstätte Bernauer Straße und die ehemalige Stasi-Zentrale in der Normannenstraße sowie das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen sollen finanziell und personell dauerhaft gesichert werden. Sie sollen der Birthler-Behörde angegliedert werden, die in einer "gleitenden Umstrukturierung" langfristig stark verkleinert und zu einem Forschungszentrum über kommunistische Diktatur und

Geheimpolizei umgebaut werden soll. Die Stasi-Akten sollen dem Papier zufolge langfristig in das Bundesarchiv übernommen werden.

Das Reformkonzept sorgte bereits in der Kommission für Streit. In einem Minderheitenvotum distanzierte sich die einstige DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier vom "Geist des Abwickelns und Historisierens" in dem Papier. Vielmehr sei es notwendig, Jugendlichen den "sinnlichen Nachvollzug staatlicher DDR-Repression" nahezubringen.

10.05.2006 Leipziger Volkszeitung

Armin Görtz

Rebellen droht das Abseits. Zweifelhafte Aussichten für Behörden-Chefin Birthler und Historiker Knabe

09.05.2006 Süddeutsche Zeitung

Constanze von Bullion

Giftiges Erbe. Experten wollen Aufarbeitung der DDR-Diktatur straffen

08.05.2006 Die Welt

Hubertus Knabe

Das Aufarbeitungskombinat. Merkwürdige Vorschläge zur Neuorganisation des DDR-Gedenkens

Am Anfang stand eine Indiskretion: Als die frühere Kulturstaatsministerin Christina Weiss im Herbst 2004 Überlegungen in Auftrag gab, die Erinnerungsstätten zur DDR-Geschichte neu zu ordnen, fanden sich diese plötzlich in der Presse wieder. Dem internen Papier zufolge wollte die Bundesregierung die Berliner Stasi-Akten-Behörde bis 2010 ins Bundesarchiv integrieren - ein Sturm der Entrüstung war die Folge und ein eiliges Dementi der Ministerin: "Die Birthler-Behörde wird nicht angetastet."

Die Frage, was mit den Stasi-Akten werden soll, wird von den Verantwortlichen seither nur noch hinter vorgehaltener Hand diskutiert. Experten sind sich einig, daß auch diese Akten über kurz oder lang in das föderale Archivsystem der Bundesrepublik überführt werden sollten. Unterstützung erhalten sie von Historikern und Journalisten, die die schleppende Erschließung und die verstümmelte Herausgabe durch die Behörde beklagen. Angesichts einer zunehmenden DDR-Verklärung fragen sich auch viele Politiker, ob die jährlich 100 Millionen Euro für die Aktenverwaltung nicht effektiver angelegt werden können.

Um sich selbst nicht die Finger zu verbrennen, setzte die damals noch rot-grüne Bundesregierung im Mai 2005 eine Expertenkommission ein. Sie sollte eine Perspektive für den Umgang mit der DDR-Erinnerung entwickeln, was ohne Umverteilung der Ressourcen kaum möglich ist. Damit die Verteilungskämpfe nicht gleich aufbrechen, bekam die Gruppe den unpräzisen Auftrag, eine "Gesamtkonzeption für einen Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" zu erarbeiten.

Über die Auswahl der Experten kam es schon im Vorfeld zu Auseinandersetzungen. Die Stiftung Aufarbeitung monierte die Dominanz linker Historiker. Die parteilose Staatsministerin nominierte daraufhin u. a. die frühere Bürgerrechtlerin Freya Klier nach. Doch auch nach diesen Korrekturen beschwerten sich der Berliner Forschungsverbund SED-Staat und die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft bei Weiss' Nachfolger Bernd Neumann (CDU) über die problematische Zusammensetzung der Kommission.

Was aus der Kommission bisher herausickerte, ist wenig geeignet, das Zutrauen in ihre Arbeit zu stärken. Im April meldete der "Spiegel", daß die beiden wichtigsten DDR-Gedenkstätten - die einstige Stasi-Zentrale und das frühere Stasi-Gefängnis in Berlin - der Birthler-Behörde angeschlossen werden sollten. Diese, so hieß es weiter, sollte dann mittelfristig abgewickelt werden. Triumphierend verkündete die "Junge Welt", Zentralorgan

unbelehrbarer DDR-Nostalgiker, bereits das mögliche Ende der Behörde und die geplante Enthauptung der Gedenkstätte Hohenschönhausen - Herzenswunsch aller ehemaligen Stasi-Kader.

Am kommenden Montag sollen nun die Vorschläge der Presse vorgestellt werden. Den Experten wird die DDR offensichtlich zu grau dargestellt. Sie beklagen eine "Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression". Die Zeit ist ihrer Meinung nach reif für einen "Akzentwechsel" und eine "Perspektivendifferenzierung". Mit ihren Empfehlungen wollen sie jedenfalls "der deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegenwirken". Als zentrale Neuerung wollen sie in einer Berliner Brauerei ein "Forum Aufarbeitung" mit einer Ausstellung zum DDR-Alltag einrichten.

Der Vorschlag kommt zu einer Zeit, in der sich die DDR wieder wachsender Beliebtheit erfreut. Symbole des untergegangenen SED-Staates auf T-Shirts oder Kaffeetassen finden massenhaft Absatz, ohne daß daran jemand Anstoß nimmt. Millionen Ostdeutsche haben die Schrecken des Regimes vergessen und verklären zunehmend die Vergangenheit. Politiker und ehemalige Funktionäre bestärken sie, daß in der DDR "nicht alles schlecht" gewesen wäre, während Jugendliche nicht mehr wissen, wer Erich Mielke war. Nicht ohne Grund kommen die ehemaligen Stasi-Kader jetzt aus der Deckung.

Statt diesem Trend entgegenzuwirken, will die Kommission in dem geplanten Zentrum die "Bindungskräfte" der DDR-Gesellschaft zum Thema machen - ein merkwürdiges Mißverständnis staatlicher Gedenkpolitik, das beim Nationalsozialismus einen Aufschrei auslösen würde. Denn bislang war man sich in Deutschland darüber einig, daß der Staat bei Diktaturen nur für ein angemessenes Opfergedenken zu sorgen hat und das Erbe des Widerstands wachhalten muß. Aus gutem Grund sind es deshalb allein die Orte der Macht, des Terrors und des Widerstands, die bislang zu Gedenkmuseen wurden - zur Abschreckung gegen Wiederholungsversuche.

Noch bedenklicher als die staatlich geförderte Ostalgie ist der Wunsch der Experten, die Erinnerung an die DDR in Zukunft zentralistisch zu organisieren. Schon der Auftrag, einen "Geschichtsverbund" zu schaffen, erinnert an die Planwirtschaft der SED, die jeden Kleinstbetrieb in ein Großkombinat preßte. Trotz verbaler Bekenntnisse zu dezentralen Strukturen will die Kommission das Gedenken gern in drei Institutionen konzentrieren: neben dem Alltagsmuseum sind dies zwei weitere Stiftungen, die ebenfalls in Berlin ihren Sitz haben sollen.

Das Thema Teilung soll - in Einklang mit den Vorstellungen von Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) - in Zukunft bei der Gedenkstätte Berliner Mauer angesiedelt sein. Diese soll mit der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde zusammengelegt werden und auch andere Mauermuseen koordinieren. Weder die Forderung des Bundestags nach einer zentralen Mauergedenkstätte am Brandenburger Tor noch die vergebliche Suche der jährlich 15 Millionen Berlin-Besucher nach den tödlichen Grenzanlagen spielt bei den Überlegungen der Kommission eine Rolle.

Am wenigsten ausgegoren wirken die Vorschläge indes beim Thema "Diktatur und Geheimpolizei". In gewundenen Sätzen drücken sich die Experten um eine klare Antwort, was mit den Stasi-Akten geschehen soll. Auf lange Sicht sollen sie "ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen", doch wann dies geschehen soll - Voraussetzung für jede Planung - bleibt völlig offen. Statt dessen bemühen sich die Experten, der Birthler-Behörde neue Aufgaben zuzuführen, um diese "auch nach Erledigung ihrer Hauptaufgaben" am Leben zu erhalten. Da die Arbeit mit den Akten ausläuft, soll sie die Berliner Stasi-Gedenkstätten übernehmen.

Die Vorstellung, historisches Gedenken aus einer Behörde zu betreiben, ist ebenso ungewöhnlich wie vorbelastet. Bislang wurden die Gedenkstätten in der Bundesrepublik vom zivilgesellschaftlichen Engagement der Bürger getragen, das der Staat behutsam förderte. Institutionelle Vielfalt, politischer Pluralismus und Freiheit von staatlicher Einflußnahme

kennzeichnen das westlich-demokratische Modell des Opfergedenkens. Das Gegenstück dazu bildete die DDR mit ihren Mahn- und Gedenkstätten, denen das Geschichtsbild zentral vorgeschrieben wurde.

Das vorgeschlagene Aufarbeitungskombinat wäre nicht nur ein Traditionsbruch in der Gedenkkultur der Bundesrepublik. Es baut auch auf falschen Voraussetzungen auf: Die Bürgerrechtler, die die Stasi-Zentrale seit 1990 zu einem erfolgreichen Museum ausgebaut haben, haben schon früher alle Übernahmegelüste der Gauck-Behörde zurückgewiesen. Bei der Gedenkstätte im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen ist es noch schwieriger, da sie eine Landesstiftung ist, deren Unabhängigkeit von allen Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus - außer der PDS - per Gesetz gesichert wurde.

Die eigentlichen Kernfragen lassen die Experten unbeantwortet: Wie soll erreicht werden, daß man sich auch im Westen Deutschlands mit der SED-Diktatur auseinandersetzt? Wie kann Ostalgie und erschreckender Unwissenheit der Jugend entgegengewirkt werden? An welchem Ort könnte eine "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" für die DDR geschaffen, wo an den Volksaufstand vom 17. Juni und an die friedliche Revolution von 1989 erinnert werden? Wer soll den baulichen Erhalt der ehemaligen Stasi-Zentrale finanzieren und wer hilft den notleidenden Gedenkstätten in der Provinz?

Daß der erfahrene Kulturpolitiker Neumann beim Gedenken an die SED-Diktatur den zentralistischen Weg der DDR beschreiten wird, ist schwer vorstellbar. Schon im Vorfeld hat er die Vorschläge der Kommission nur als "Denkbaustein" bezeichnet. Wenn er ein anderes, plurales Konzept verfolgen will, muß er im Grunde nur in die Schublade seiner Amtsvorgängerin greifen: In dem 2004 dementierten Papier ist präzise benannt, was ein adäquates Förderinstrument für die Gedenkorte sein könnte: die vom Bundestag bereits 1998 geschaffene Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Allerdings müßte deren Etat dazu deutlich erhöht werden.

Der Autor leitet die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen

08.05.2006 Berliner Morgenpost

Hubertus Knabe

Die DDR als Light-Version. Staatlich geförderte Ostalgie: Expertenkommission will die SED-Diktatur weniger grau zeichnen

Wenn die Expertenkommission ihre Vorschläge zur Neuorganisation des DDR-Gedenkens am Montag kommender Woche vorstellen will, dann gibt es nicht mehr viel Neues zu verkünden. Schon seit Wochen kursieren ihre Empfehlungen in den Medien. Indiskretionen begleiteten die Arbeit der Kommission, in der weder Opferverbandsvertreter noch konservative Historiker mitarbeiten durften.

Den noch von der alten Bundesregierung ausgesuchten Experten wird die DDR offensichtlich zu grau dargestellt. In ihrem Votum beklagen sie jedenfalls eine "Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression". Sie plädieren für eine "Perspektivendifferenzierung" und wollen "der deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegenwirken".

Aus diesem Grund hält es die Kommission für unabdingbar, in Berlin eine Ausstellung zum DDR-Alltag einzurichten. In einem "Forum Aufarbeitung" sollen die "Bindungskräfte" der DDR-Gesellschaft zum Thema gemacht werden - wahrscheinlich in einer ehemaligen Brauerei nahe der Bernauer Straße.

Für Kenner der Gedenkstättenpolitik ist das ein ungewöhnlicher Vorschlag. Bislang war man sich in Deutschland einig, daß der Staat in erster Linie für ein angemessenes Opfergedenken zu sorgen hat sowie das Erbe des Widerstands pflegen muß. Allein die Orte der Macht, des Terrors und des Widerstands wurden deshalb zu Gedenkmuseen gemacht. Niemand kam auf

die Idee, die "Bindungskräfte" des Nationalsozialismus in einem eigenen Zentrum zu behandeln.

Die Vorschläge der Experten beinhalten aber nicht nur eine neue Form staatlich geförderter Ostalgie. Sie wollen die Erinnerung an die DDR auch zentralistischer organisieren. Schon der offizielle Auftrag der Kommission, einen "Geschichtsverbund" zu schaffen, erinnert an die Planwirtschaft der SED, die jeden Kleinstbetrieb in ein Großkombinat preßte. Trotz verbaler Bekenntnisse zu dezentralen Strukturen plant die Kommission, das Gedenken in nur noch drei Institutionen zu konzentrieren: Neben dem Alltagsmuseum sind das zwei weitere Stiftungen, die ebenfalls in Berlin ihren Sitz haben sollen.

Eine davon soll sich der deutschen Teilung widmen. In Einklang mit den Vorstellungen von Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) soll das Thema Grenze in Zukunft bei der Gedenkstätte Berliner Mauer angesiedelt sein. Diese soll mit der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde zusammengelegt werden und auch andere Mauermuseen koordinieren. Weder die Forderung des Bundestags nach einer zentralen Mauergedenkstätte am Brandenburger Tor noch die vergebliche Suche der jährlich 15 Millionen Berlin-Besucher nach den tödlichen Grenzanlagen spielt bei den Überlegungen der Kommission eine Rolle.

Auch die Orte der Repression sollen in Zukunft zentral verwaltet werden. Ginge es nach der Kommission, würde die Birthler-Behörde dazu die beiden wichtigsten Gedenkstätten - die einstige Stasi-Zentrale und das frühere Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen - übernehmen. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die Behörde "auch nach Erledigung ihrer Hauptaufgaben" bestehen bleibt.

Die eigentlichen Kernfragen lassen die Experten indes unbeantwortet: Wie soll erreicht werden, daß man sich auch im Westen Deutschlands mit der SED-Diktatur auseinandersetzt? Wie kann Ostalgie und erschreckender Unwissenheit der Jugend entgegengewirkt werden? Auch auf die zur Zeit umstrittenste Frage gibt die Kommission keine klare Antwort: Was soll mit den Stasi-Akten geschehen, deren Verwaltung den Bund jährlich rund 100 Millionen Euro kostet. Auf lange Sicht sollen sie nach Meinung der Kommission zwar "ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs übergehen", doch wann dies geschehen soll - Voraussetzung für jede Planung - bleibt völlig offen.

08.05.2006 Focus S. 67/68

F. Hauke-Steller/R. Vernier

Abschied von der Akte. Eine Kommission empfiehlt Kulturstaatsminister Neumann eine radikale Wende bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur

08.05.2006 Focus (Kurzmitteilung Online)

Birthler-Behörde wird „radikal abgeschmolzen“ – Empfehlungen der Expertenkommission zur SED-Diktatur sind umstritten

München. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur plant eine Neuordnung der Erinnerung an das DDR-Unrecht. Das berichtet das Nachrichtenmagazin FOCUS, dem die Empfehlungen des Gremiums vorliegen. Am härtesten würde die Birthler-Behörde getroffen. Sie soll die Stasi-Akten an das Bundesarchiv abgeben und danach personell „radikal abgeschmolzen“ und in ein „Dokumentations- und Forschungszentrum Diktatur und Geheimpolizei“ umgewandelt werden.

Die Strukturen des Gedenkens werden nach den Vorstellungen der Kommission künftig in die Themenbereiche „Teilung und Grenze“, „Überwachung und Verfolgung“ und „Herrschaft – Widerstand – Gesellschaft“ gegliedert. Sie sollen FOCUS zufolge jeweils von der Gedenkstätte Berliner Mauer, dem Rest der Birthler-Behörde sowie der Stiftung Aufarbeitung geleitet werden. Die Stiftung wird demnach zusätzlich ein „Haus der DDR-Aufarbeitung“ im Zentrum Berlins errichten, um den Alltag in der Diktatur darzustellen.

Die Vorschläge sind innerhalb der Kommission FOCUS zufolge umstritten. Die frühere Bürgerrechtlerin Freya Klier kündigte ein Minderheitenvotum an und würde so die angestrebte Einstimmigkeit verhindern, mit der die Vorschläge „Durchschlagskraft“ erhalten sollten. Entzündet hat sich der Streit an den Plänen, die Gedenkstätte des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen der BIRTHLER-Behörde zu unterstellen. Klier befürchtet, der Leiter der Gedenkstätte, Hubertus Knabe, solle „mundtot“ gemacht werden. Das Papier der Expertenkommission soll am 15. Mai öffentlich vorgestellt werden.

08.05.2006 Der Tagesspiegel

Benedict Maria Mülder

„Defizite“ bei Aufarbeitung des SED-Staats

Berlin - Die mangelnde Vernetzung der Archive, Sammlungen und Dokumentationszentren, die facettenreiche Topografie von Lern- und Gedenkort, so die Beurteilung der vor einem Jahr von der rot-grünen Bundesregierung beauftragten zehnköpfigen Expertenkommission, hat „trotz aller Leistungen eine Reihe von Defiziten“ in der historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur hervorgebracht. Dies geht aus dem „fünften Entwurf“ eines vertraulichen, 21-seitigen Papiers hervor, dessen Endfassung am Donnerstag Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) offiziell übergeben werden soll. Ohne einen konkreten Zeitpunkt zu nennen, spricht sich die Kommission für eine „gleitende Neuausrichtung“ der BIRTHLER-Behörde aus. Ihre MfS-Bestände sollten „auf lange Sicht“ vom Bundesarchiv übernommen werden.

Zu den Defiziten der gegenwärtigen Aufarbeitung zählen nach Ansicht der Experten „eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die finanzielle Unterausstattung, mangelnde Koordinierung und unzureichende Professionalität einzelner Einrichtungen, das Fehlen einer gemeinsamen Planungsstrategie von Bund und Ländern“ und vor allem die „Vorrangstellung der Dokumentation staatlicher Repression gegenüber Fragen von Widerstand und Anpassung, Ideologie, Parteiherrschaft und Alltag in der Diktatur“. Ihre Wirkungsmechanismen blieben in den 41 überprüften Einrichtungen vielfach „deutlich unterbelichtet“.

Zu den Defiziten der gegenwärtigen Aufarbeitung zählen nach Ansicht der Experten „eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die finanzielle Unterausstattung, mangelnde Koordinierung und unzureichende Professionalität einzelner Einrichtungen, das Fehlen einer gemeinsamen Planungsstrategie von Bund und Ländern“ und vor allem die „Vorrangstellung der Dokumentation staatlicher Repression gegenüber Fragen von Widerstand und Anpassung, Ideologie, Parteiherrschaft und Alltag in der Diktatur“. Ihre Wirkungsmechanismen blieben in den 41 überprüften Einrichtungen vielfach „deutlich unterbelichtet“.

Zwar verspricht die Kommission, der Historiker, Publizisten und ehemalige Bürgerrechtler angehören, die gewachsene Vielfalt der Institutionen sichern zu wollen, hält aber eine „Strukturierung, Straffung und gezielte Ergänzung“ für notwendig. Ihr Vorschlag eines „Geschichtsverbundes“ sieht vor, dass die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur einem „Haus der DDR-Aufarbeitung“ vorsteht, das zusammen mit den Archiven der Bürgerbewegung im ehemaligen SED-Parteigebäude an der Torstraße unterkommen könnte und den Themenbereich „Herrschaft-Widerstand-Gesellschaft“ bearbeitet. Das Themenfeld „Überwachung und Verfolgung“ soll im Mittelpunkt eines Forschungs- und Dokumentationszentrums „Diktatur und Geheimpolizei“ stehen, das „mittelfristig“ aus einer verschlankten, rund um die Abteilung Bildung und Forschung gruppierten BIRTHLER-Behörde, der Gedenkstätte Hohenschönhausen und dem Haus 1 in der früheren Stasi-Zentrale Normannenstraße gebildet werden soll. Trotz des für die Forschung unzureichenden Zugangs zu den MfS-Akten nach dem Stasi-Unterlagengesetz und der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes sieht die Kommission in der kurzfristigen Übernahme der

Bestände durch das Bundesarchiv keine Verbesserung. Ein dritter Schwerpunkt, „Teilung und Grenze“, soll unter Federführung der Gedenkstätte Berliner Mauer dargestellt werden. Kommissionsmitglied Freya Klier will offenbar nicht allen Empfehlungen folgen. Sie befürchtet, dass vor allem die Gedenkstätte Hohenschönhausen mundtot gemacht werden soll. Ihr Direktor Hubertus Knabe sprach von der Gefahr eines entstehenden „Aufarbeitungskombinats“.

08.05.2006 die tageszeitung

epd/ap

das wichtigste

"DDR falsch dargestellt"

Birthler kritisiert Behörden-Pläne. Chef des Sachsenhausen-Komitees war Stasi-Offizier

BERLIN. Der Generalsekretär des Internationalen Sachsenhausen-Komitees, Hans Rentmeister, war hauptamtlicher Stasi-Offizier. Das teilte die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit. Laut Birthler-Behörde war Rentmeister - immerhin elf Jahre lang Chefgedenker - zuvor in der "Sektion Spezialdisziplinen" der Stasi tätig - eine Truppe von Lehrmeistern, die etwa Überwachungs-, Zersetzungs- und Verhörtechnik vermittelte. Rentmeister, dessen Vater im KZ Sachsenhausen gesessen hatte, führte seit Jahren einen Kampf gegen Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm: Der hatte immer wieder auch an die 60.000 Regime-Kritiker erinnert, die zuerst die Sowjets und dann die DDR im KZ Sachsenhausen nach ihrer Machtübernahme eingesperrt hatten.

Unterdessen plant die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Birthler-Behörde personell "radikal abzuschmelzen" und in ein "Dokumentations- und Forschungszentrum Diktatur und Geheimpolizei" umzuwandeln. Das berichtet der Focus.

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, warnte am Wochenende vor der Verharmlosung der DDR-Diktatur. "In den Schulbüchern taucht die DDR zu wenig auf, oft wird sie falsch dargestellt", sagte die frühere Bürgerrechtlerin der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Es sei auch Besorgnis erregend wenig, "was an den Hochschulen zum Thema DDR angeboten werde", kritisierte Birthler. "Offenbar vollzieht sich der Abschied von einer Diktatur in den Köpfen sehr viel langsamer als in den Strukturen einer Gesellschaft."

07.05.2006 MDR.de

<http://www.mdr.de/nachrichten/meldungen/2839741.html>

Birthler-Behörde soll Stasi-Akten abgeben

Für die Birthler-Behörde gibt es neue Pläne. Das berichtet das Nachrichtenmagazin Focus. Eine Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur habe vorgeschlagen, die Stasi-Akten an das Bundesarchiv abzugeben. Die Birthler-Behörde solle dann mit weniger Mitarbeitern in ein Forschungszentrum zu Diktatur und Geheimpolizei umgewandelt werden. Die Vorschläge sind in der Kommission allerdings umstritten. Die frühere Bürgerrechtlerin Klier kündigte bereits ihr Veto für die Pläne an.

06.05.2006 Associatet Press

AP

Birthler-Behörde soll «radikal abgeschmolzen» werden

Berlin (AP) Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur plant eine Neuordnung der Stätten zur Erinnerung an das DDR-Unrecht. Das berichtete am Samstag das Münchner Nachrichtenmagazin «Focus», dem die Empfehlungen des Gremiums vorliegen. Am härtesten werde die Birthler-Behörde getroffen. Sie solle die Stasi-Akten an das Bundesarchiv abgeben. Danach werde sie personell «radikal

abgeschmolzen» und in ein «Dokumentations- und Forschungszentrum Diktatur und Geheimpolizei» umgewandelt werden.

Die Strukturen des Gedenkens werden nach den Vorstellungen der Kommission künftig in die Themenbereiche «Teilung und Grenze», «Überwachung und Verfolgung» und «Herrschaft - Widerstand - Gesellschaft» gegliedert. Sie sollen dem Blatt zufolge jeweils von der Gedenkstätte Berliner Mauer, dem Rest der BIRTHLER-Behörde sowie der Stiftung Aufarbeitung geleitet werden. Die Stiftung wird demnach zusätzlich ein «Haus der DDR-Aufarbeitung» im Zentrum Berlins errichten, um den Alltag in der Diktatur darzustellen.

Die Vorschläge sind nach Informationen des Magazins innerhalb der Kommission umstritten. Die frühere Bürgerrechtlerin Freya Klier habe ein Minderheitenvotum angekündigt und wolle so die angestrebte Einstimmigkeit verhindern, mit der die Vorschläge «Durchschlagskraft» erhalten sollten.

Entzündet hat sich der Streit an den Plänen, die Gedenkstätte des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen der Stasi-Akten-Behörde zu unterstellen, die von der früheren DDR-Bürgerrechtlerin Marianne BIRTHLER geführt wird. Klier befürchtet, der Leiter der Gedenkstätte, Hubertus Knabe, solle «mundtot» gemacht werden.

Das Papier der Expertenkommission soll am 15. Mai öffentlich vorgestellt werden.

06.05.2006 N24.de, Netzeitung

Bund will BIRTHLER-Behörde Stasi-Akten nehmen

Der BIRTHLER-Behörde stehen radikale Änderungen bevor. Nach dem Komplettumbau der DDR-Erinnerungsstätten soll nur noch ein Dokumentations- und Forschungszentrum bleiben, empfehlen Experten.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur empfiehlt, die Stasi-Akten an das Bundesarchiv zu übergeben. Die bisher für die Aufarbeitung der Stasi-Hinterlassenschaft zuständige BIRTHLER-Behörde solle zudem personell "radikal abgeschmolzen" und in ein "Dokumentations- und Forschungszentrum Diktatur und Geheimpolizei" umgewandelt werden, berichtet das Magazin "Focus". Gemäß einer Empfehlung des Gremiums werde das Gedenken künftig in die Themenbereiche "Teilung und Grenze", "Überwachung und Verfolgung" und "Herrschaft - Widerstand - Gesellschaft" gegliedert.

Vollkommen neu sind die Pläne nicht: Schon im Dezember 2004 irritierte die damalige Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) die Stasi-Akten-Behörde mit einem Papier, demnach die Akten ins Bundesarchiv sollten. Die Verfasser schlugen zudem vor, die Bildungs- und Forschungsarbeit der Behörde an die Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts zu übertragen. Weiss bezeichnete den Plan damals im Nachhinein als "gegenstandslos".

Laut "Focus" sollen künftig die Gedenkstätte Berliner Mauer, der verbleibende Rest der BIRTHLER-Behörde sowie die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wichtige Rollen spielen. Die Stiftung wird zusätzlich ein "Haus der DDR-Aufarbeitung" im Zentrum Berlins errichten, um den Alltag in der Diktatur darzustellen.

Die Vorschläge sind innerhalb der Kommission umstritten. Die frühere Bürgerrechtlerin Freya Klier habe ein Minderheitenvotum angekündigt und wolle so die angestrebte Einstimmigkeit verhindern, mit der die Vorschläge "Durchschlagskraft" erhalten sollten. Die Kommission hatte Weiss im Mai 2005 berufen und beauftragt, ein Konzept für den künftigen Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu erarbeiten.

BIRTHLER für Gedenkstätten zuständig

Entzündet hat sich der Streit an den Plänen, die Gedenkstätte des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen der Stasi-Akten-Behörde zu unterstellen, die von der früheren DDR-Bürgerrechtlerin Marianne BIRTHLER geführt wird. Klier befürchtet, der Leiter der Gedenkstätte, Hubertus Knabe, solle "mundtot" gemacht werden.

Der "Spiegel" hatte Anfang April berichtet, die BIRTHLER-Behörde solle künftig auch für die Stasi-Gedenkstätten zuständig sein. Dies wolle die Mehrheit einer vom Kanzleramt einberufenen Expertenkommission zur DDR- Geschichte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) vorschlagen. Demnach würde BIRTHLERs auch für die Berliner Gedenkstätten Hohenschönhausen (Untersuchungsgefängnis der Stasi) und Normannenstraße (Stasi-Hauptquartier) verantwortlich werden. Kritiker halten beiden Institutionen museumspädagogische Mängel vor.

Auch der "Spiegel" schrieb, die Kommission aus Historikern, Museumsfachleuten und Bürgerrechtlern wolle die Stasi-Unterlagen-Behörde mittelfristig abwickeln. Nur deren Wissenschaftler sollen in einem neuen Institut weiterarbeiten, die Stasi-Akten soll das Bundesarchiv übernehmen.

Die Expertenkommission will ihr Papier am 15. Mai öffentlich vorstellen

**06.05.2006 Frankfurter Allgemeine Zeitung
Stasi-Beauftragte BIRTHLER „DDR-Unrecht nicht verschweigen“**